Mittwoch, 28. September 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 226 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Ausland": Neben der Befreiung von Kindern vom Zwangsumtausch bei Besuchsreisen in die „DDR" und nach Ost-Berlin gibt die SED-Führung eine Verordnung für die Zusammenführung von Familien bekannt, deren Mitglieder in der „DDR" und im „Ausland" leben. Mit „Ausland" ist auch die Bundesrepublik Deutschland gemeint. Eine Ausreise darf aber „gesellschaftlichen Interessen" nicht zuwiderlaufen.

Säuberungen in Moskau: In der Sowjetunion soll eine großangelegte Säuberungsaktion in den *Gewerkschaften, mit 130 Millionen* Mitgliedern größte Massenorganisation des Staates, gestartet werden. (S. 10)

„DDR"-Rüstung: In der vom Ostberliner Verteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Militärwesen" werden die Streitkräfte des SED-Staates aufgefordert, einen „sprunghaften Zuwachs an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft" zu leisten, ohne daß der Rüstungsaufwand der „DDR" – wegen wirtschaftlicher Grenzen – gesteigert werde.

Flucht: In einem Auto versteckt, ist ein 38jähriger Mann aus der „DDR" über die Tschechoslowakei *nach Bayern gekommen.* Das Auto war speziell für die Flucht umgebaut worden.

Kreml lehnt ab: Die Sowjetführung lehnt die neuen Vorschläge Präsident Reagans für die Genfer Verhandlungen zur Kontrolle der Mittelstreckenrüstung ab. In Wahrheit sei dies nur eine Modifizierung der bekannten Null-Option, die für die Sowjetunion aber nicht akzeptabel sei. Die Null-Option sieht Verzicht auf Stationierung im Westen und Abbau aller Sowjetraketen vor.

„Friedensbewegung": Besorgt über die Militanz eines Teils der sogenannten „Friedensbewegung" hat sich deren führendes *Mitglied* Leinen (BBU) ausgesprochen.

CDU und FDP gemeinsam: Für den Fall einer Regierungsbeteiligung in Hessen sollten CDU und FDP nur gemeinsam eine Koalition mit der SPD bilden, schlägt Dregger vor.

Flugschreiber lokalisiert: Der Flugschreiber des von den Sowjets abgeschossenen südkoreanischen Passagierflugzeugs ist von US-Schiffen lokalisiert worden. Er soll aus der See geborgen werden.

Heute: Fragestunde im Bundestag. – Übersee-Messe „Partner des Fortschritts" wird in Berlin eröffnet. – *Innenminister* Zimmermann spricht beim BGS-Verbandstag.

Energie-Report

Es ist noch nicht lange her, daß alle von Energieverknappung sprachen. Heute ersticken die Steinkohlereviere unter Halden, die Gasversorger strecken ihre Bezüge aus dem Ausland, Öl ist in Hülle und Fülle im Angebot. Die WELT beschäftigt sich auf 32 Seiten mit dem Thema Energie.

WIRTSCHAFT

Wachstumsoffensive: Arbeitgeberpräsident Esser ruft Unternehmer, Gewerkschaften und Politiker zu einer „Wachstumsoffensive" auf, mit der der Arbeitsmarkt wieder in Ordnung gebracht werden soll.

Zeitbombe Dritte Welt: Die wirtschaftliche Not der ärmsten Entwicklungsländer sei eine „Zeitbombe", erklärte Weltbankpräsident Clausen bei der Eröffnung der Jahrestagung von IWF und Weltbank. (S. 11)

Brasilien: Am Rande der IWF-Tagung ist Einigung über ein Elf-Milliarden-Dollar-Kreditpaket an Brasilien erzielt worden, das allerdings noch von den 850 Gläubigerbanken gebilligt werden muß. (S. 11 und S. 2)

Japan-Autos: Die Exporte japanischer Autohersteller nach Westeuropa im August gegen 1982 um 20 Prozent gestiegen; insgesamt stiegen die Pkw-Ausfuhren nur um 4,6 Prozent.

Börse: Nach freundlichem Beginn gaben die Aktienkurse wegen geringer Nachfrage durchweg nach. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 139,3 (139,0). Dollarmittelkurs 2,6528 (2,6444) Mark. Goldpreis pro Feinunze 413,50 (415,00) Mark.

ZITAT DES TAGES



„Es ist an der Zeit, daß die Freiheit in die Offensive geht."

Premierministerin Margaret Thatcher in Ottawa zu der sowjetischen Propagandakompagne gegen den NATO-Doppelbeschluß FOTO: WEREK

KULTUR

„Super-Duden": Der Duden-Verlag hat jetzt das „Deutsche Universalwörterbuch" vorgestellt, das mit 120 000 Artikeln und mehr als 500 000 Rechtschreibhinweisen zum „Wörterbuch für jeder*mann*" werden soll.

Eurovision ohne Israel: Der Fernseh-Schlagerwettbewerb Grand Prix Eurovision wird 1984 wieder ohne Israel gehalten. Am Termin, dem 6. Mai, ist in Israel Nationaltrauertag. Ein Ausweichtermin wurde nicht gefunden.

SPORT

Segeln: Zum erstenmal seit 132 Jahren verlor eine Yacht aus den USA das Rennen um den America's Cup. Die Liberty unterlag der Australia II in der entscheidenden siebten Wettfahrt und verlor mit 3:4 Siegen.

Fußball: Bayer Uerdingens Manager Dieter Tippenhauer wird bei Borussia Dortmund einen Zwei-Jahres-Vertrag unterschreiben. Kaufmann Frank Roring (37) wurde neuer Präsident von Borussia Dortmund. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Teneriffa: Ein gewaltiges Wald- und Buschfeuer auf Teneriffa bedroht auch die Urlaubssiedlungen. Seit Sonntag sind schon 2500 Hektar Wald vernichtet worden. Nur der Berg Teide stoppt die Feuerwalze bisher vor weiterer Ausbreitung. (S. 20)

Tod nach Bestrahlung: Ein argentinischer Techniker starb nach einem Unfall im Atomzentrum nahe der Hauptstadt Buenos Aires.

Wetter: Im Norden wolkig, sonst heiter mit Temperaturen bis 24 Grad. Nachts nur bis *10* Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mitteleuropa – eine Aufgabe; über die Renaissance eines Begriffes S. 2

USA: In „Fritztown" wird Texas deutsch; die Überreste eines Einwanderer-Traumes S. 3

Audiologische Schule: Das gehörlose Kind wird nicht mehr versteckt S. 3

München: Für seine Attacken gegen Bonn erntet Tandler Lob von Strauß S. 4

Bundeswehr: Personelle und materielle Planung für die 90er Jahre; wichtige Entscheidungen S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Philippinen: US-Stützpunkte sind für den Frieden in Asien unersetzlich S. 7

Fernsehen: „Bilder aus der Wissenschaft" berichtet über Arzneimittel in der Dritten Welt S. 8

A. V. Thelen: Der große Schalksnarr unter den deutschen Schriftstellern wird 80 S. 19

BBC: Gewalt soll neuen Richtlinien weichen; Reaktion auf zehnjährige Untersuchung S. 20

Ost-Berlin gibt Erleichterungen bekannt. Viele Einschränkungen

Bonn ernüchtert: Neuregelungen entsprechen nicht den Erwartungen

DW. Berlin/Bonn

Die „DDR" ist, wie gestern bestätigt wurde, in der Frage des Zwangsumtauschs lediglich zu Konzessionen bei Kindern bereit. Von gestern an sind nach offiziellen Angaben aus Ost-Berlin „Kinder aus dem nichtsozialistischen Ausland, die zum Zeitpunkt ihrer Einreise in die DDR das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, vom Mindestumtausch befreit". Am selben Tag wurde eine „DDR"-Verordnung über Familienzusammenführung erlassen, die in *bestimmten Fällen Erleichterungen* für die Menschen im geteilten Deutschland bringen können. In Bonner Regierungskreisen wird nicht verhehlt, daß die neuen Anordnungen Ost-Berlins auf keinen Fall den Erwartungen entsprechen. Vor allem die Beschränkung der Umtauschbefreiung auf Kinder wurde als allenfalls erster Schritt von Gegenleistungen für den Milliarden-Kredit an die „DDR" gewertet.

Der verbindliche Mindestumtausch von 7,50 D-Mark im Verhältnis 1:1 in Ostmark für Kinder und Jugendliche war am 13. Oktober 1980 eingeführt worden. Am selben Tag war der Mindestumtausch für Erwachsene von 13 auf 25 Mark pro Tag und Person angehoben worden. Diese drastische Erhöhung führte zu einem teilweise erheblichen Rückgang der Besuche in der „DDR" und Ost-Berlin. Nach Kontakten mehrerer Politiker der Bundesrepublik Deutschland mit Funktionären der „DDR" war die Hoffnung geäußert worden, daß die „DDR" auch zu einer Befreiung der Rentner von dem Mindestumtausch bereit sein würde. Diese Hoffnung zerschlug sich. Unmittelbar nach der Begegnung des Berliner Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker mit SED-Chef Erich *Honecker stellte sich dann heraus,* daß die „DDR" nur bei Kindern eine Ausnahme machen wird (WELT v. 24. 9.).

Die neue Verordnung zu Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung von „DDR"-Bewohnern mit „Ausländern", zu denen Ost-Berlin auch Einwohner der Bundesrepublik Deutschland zählt, soll am 15. Oktober in Kraft treten. Ausgestellt wurde sie bereits am 15. September.

Nach dem Text der Verordnung kann eine Genehmigung für „Wohnsitzänderung nach dem Ausland", wie die Ausreise umschrieben wird, für die „Zusammenführung von Eltern mit ihren minderjährigen Kindern, für die sie das Erziehungsrecht besitzen, erteilt werden", sofern Eltern oder Kinder im „Ausland" wohnen. Dies gilt auch für „alleinstehende volljährige Kinder oder für Eltern, die sich aufgrund ihres physischen oder psychischen Zustandes zur Pflege und Betreuung an den Wohnsitz der Eltern oder ihrer Kinder begeben wollen".

Genehmigungen für Ausreisen können auch für die Zusammenführung von Ehegatten erteilt werden, wenn die Ehe „mit Zustimmung der zuständigen staatlichen Organe" ge*schlossen wurde oder ein Ehegatte* mit Genehmigung der Behörde „seinen Wohnsitz im Ausland genommen hat". Die Genehmigung kann versagt werden, „soweit Rechte der Bürger und andere gesellschaftliche Interessen" der „DDR" beeinträchtigt werden, so wenn „aufgrund einer vom Antragsteller ausgeübten Tätigkeit Nachteile für die Betreuung oder Fürsorge der Bürger entstehen würden".

Die Genehmigung „ist zu versagen", wenn Interessen der „DDR" insbesondere „zum Schutz der öffentlichen Ordnung sowie ihrer Sicherheit" dem entgegenstünden oder ein „Antragsteller Wehrdienst oder einen Dienst, der der Ableistung ei-

● Fortsetzung Seite 10

Moskau: Vorschlag „unannehmbar"

„Rechtfertigungsversuch für Nachrüstung" / Sowjetdelegierter verschiebt UNO-Rede

DW. Moskau/New York/Rom

Die Sowjetunion hat gestern die UNO-Rede von US-Präsident Ronald Reagan, in der dieser Moskau vorgeschlagen hatte, bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) weltweite Obergrenzen festzulegen, als „unannehmbar" zurückgewiesen.

Radio Moskau kommentierte, es handele sich lediglich um „eine simple Veränderung der wohlbekannten Null-Option, die auf eine einseitige Abrüstung der Sowjetunion abzielt" und daher „unannehmbar" sei. Unmittelbar nach der Rede Reagans hatte die amtliche Nachrichtenagentur Tass die Rede des amerikanischen Präsidenten als „Heuchelei" bezeichnet. Reagan habe sich einer „groben Verzerrung der Tatsachen", der „Demagogie, der Desinformation und der offenen Lügen" bedient, schrieb Tass, ohne die Abrüstungsvorschläge darzustellen.

Differenzierter behandelte die Nachrichtenagentur Nowosti die Rede Reagans. Nach ihrer Darstellung habe Reagan versucht, die Bestrebungen Washingtons zu bemänteln, mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa zu beginnen. Reagans Angebot, die Zahl der zu stationierenden Raketen zu verringern, sei „nicht mehr als eine Änderung des bekannten Interimsvorschlages, der auf die Entwaffnung der UdSSR hinausläuft und die Tür für die amerikanischen Europa-Raketen öffnen", heißt es. Immerhin habe der US-Präsident aber signalisiert, daß die Vereinigten Staaten jetzt bereit seien, in Genf über Bomber, die zum Tragen von Atomwaffen geeignet seien, ebenso zu verhandeln wie über die Raketenfrage. Die US-Regierung habe damit, wenn auch mit Verspätung, anerkannt, was sich von Anfang an angeboten habe.

Daß die Rede Reagans die Sowjetunion zumindest zu einem Überdenken ihrer Antwort bewegt hat, wurde deutlich, als der sowjetische UN-Delegierte Trojanowski zur allgemeinen Überraschung seine ursprünglich für gestern geplante Rede vor der Vollversammlung verschob.

Als gutes Omen für die Entspannung bezeichnete der mexikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Profirio Munoz-Ledo, die Rede Reagans. Sie werde helfen, den Dialog zwischen den Großmächten wieder in Gang zu bringen, meinte der mexikanische Diplomat. Ähnlich äußerte sich der Vertreter Singapurs bei der UNO, Tommy Koh: „Sie half, den Eindruck zu zerstreuen, daß die Reagan-Administration gegen die UNO eingestellt ist. Die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten zur Abrüstung sollten vor allem der Dritten Welt deutlich machen, daß die Vereinigten Staaten es ehrlich mit der Waffenkontrolle meinen", sagte Koh.

Die italienische Regierung bezeichnete die Vorschläge Reagans als „ernsthaften und klaren" Schritt in Richtung auf eine Vereinbarung über die atomare Abrüstung mit der Sowjetunion. Damit könnten einige größere Hindernisse bei den Genfer INF-Verhandlungen ausgeräumt werden, hieß es in einer Stellungnahme des Außenministeriums in Rom. Die italienische Regierung hoffe nun, daß Moskau „auf konstruktive Weise auf diese neue Demonstration des westlichen Willens, zu einer Vereinbarung zu kommen", antworten werde.

Esser dringt auf flexible Tarifpolitik

Arbeitgeberstrategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit / Für „Wachstumsoffensive"

rtr. Bonn

Umfangreiche Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, darunter eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und eine Korrektur der Arbeitsschutz-Gesetze, haben die Deutschen Arbeitgeberverbände vorgeschlagen. Arbeitgeber-Präsident Otto Esser sagte gestern vor Journalisten, das gesamte Paket der Maßnahmen könne dazu führen, daß innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes eine zufriedenstellende Arbeitsmarkt-Situation geschaffen werde. Ziel sei eine „starke Annäherung an die Vollbeschäftigung".

Die von Esser vorgelegten „Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit" sehen neben flexibleren Arbeitszeit-Regelungen und Änderungen im Bereich des Arbeitnehmer-Schutzes eine Veränderung der Lohn- und Tarifpolitik, eine am Arbeitsmarkt ausgerichtete Ausländerpolitik und Hilfen für beschäftigungsuchende Jugendliche vor. Erforderlich ist nach den Worten Essers vor allem eine „Wachstums-Offensive". Er appellierte an Unternehmer, Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Politiker, dafür alle denkbaren Anstrengungen zu unternehmen.

Als Voraussetzungen für eine Wachstumsbelebung nannte Esser die Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen, die Verbesserung ihrer Kapitalausstattung, eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen und sozialen Haushalte sowie die *Entlastung der Arbeitnehmer und* der Unternehmen bei Steuern und Sozialabgaben. Esser schätzte, daß bei einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von etwa drei Prozent im Jahr und einem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt von zwei bis 2,5 Prozent die Zahl der Beschäftigten innerhalb von fünf Jahren um etwa eine Million zunehmen würde.

In der Lohn- und Tarifpolitik setzen sich die Arbeitgeber für eine stärkere Berücksichtigung der Beschäftigungslage ein. Sie wenden sich gegen „Nivellierungstendenzen" und verlangen die Förderung einer leistungsgerechten Lohn- und Gehaltsgestaltung. Begrenzt werden müßten die Personalzusatzkosten. Auch zu weit gehende Begünstigungen bestimmter Arbeitnehmergruppen müßten korrigiert werden.

Zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit schlagen die Arbeitgeber zum Beispiel Halbwochen- oder *Halbmonatsarbeit, Job-Sharing (zwei* Arbeitnehmer teilen sich einen Arbeitsplatz) und die Festlegung einer individuellen Soll-Arbeitszeit für einen längeren Zeitraum vor. Nach Angaben Essers suchen derzeit rund 250 000 Arbeitslose eine Teilzeit-Arbeit. Auch 1,6 Millionen Vollzeit-Arbeitnehmer seien an Teilzeitarbeit interessiert. Unternehmer schätzten, daß etwa eine Million Vollzeit-Arbeitsplätze als Teilzeitplätze eingerichtet werden könnten.

IG Metall für vollen Lohnausgleich

Kampf um 35-Stunden-Woche / Arbeitgeber: Verhängnisvolle Fehlentwicklung

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit der Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen in den Manteltarifverträgen der Metallindustrie hat die IG Metall gestern den Kampf um die 35-Stunden-Woche konkret aufgenommen. Die großen Tarifkommissionen der 17 Tarifgebiete waren zusammengerufen worden, um die vom Vorstand längst verabschiedete Forderung formell zu beschließen.

In Frankfurt erklärte das für die Tarifpolitik der IG Metall zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen, seine Gewerkschaft sei bereit, nötigenfalls für die Arbeitszeitforderung zu streiken. In jedem Falle müsse die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einem vollen Lohnausgleich einhergehen. Allerdings räumte Janßen ein, daß in den Lohntarif-Verhandlungen, die im Februar beginnen, die Arbeitszeitergebnisse berücksichtigt würden.

Die Metall-Arbeitgeber halten die Argumentation der IG Metall, daß durch die 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze gesichert und auch neue Stellen geschaffen würden, für falsch. Gesamtmetall-Präsident Wolfram Thiele sagte gestern, er halte „die Fixierung der IG Metall auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich für eine verhängnisvolle Fehlorientierung gewerkschaftlicher Tarifpolitik". Die Kostenbelastung einer Wochenarbeitszeitverkürzung um fünf Stunden, wie sie von der IG Metall gefordert werde, bezifferte Thiele auf mehr als 18 Prozent der heutigen Lohnkosten. Er wiederholt die Bereitschaft der Metall-Arbeitgeber zu einer konstruktiven Gesamtstrategie, in der auch kürzere Arbeitszeiten als „flankierende Maßnahmen" ihren Platz hätten, soweit sie kostenneutral seien und auf freiwilliger Basis zwischen Unternehmen und Arbeitnehmer vereinbart werden könnten.

Die Tarifverhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung werden voraussichtlich noch im Dezember beginnen. Sie werden sich allerdings so schwierig gestalten, daß mit einem Überführen dieser Verhandlungen in die alljährlichen Lohntarifverhandlungen gerechnet wird. Der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter und designierte zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, erklärte zu den bevorstehenden Verhandlungen, man müsse sich auf Auseinandersetzungen gefaßt machen, „wie sie in ihrer Härte seit 1949 nicht mehr bekannt" gewesen seien.

DER KOMMENTAR

Zu wenig

MANFRED SCHELL

Die Mitteilungen, die nach einer Sitzung des SED-Politbüros gestern in den Westen getikkert wurden, mögen zunächst erfreulich klingen. Sieht man sie genauer an, wird dieser Eindruck freilich getrübt. Und es bleibt festzustellen, daß das, was Ost-Berlin gestern verkünden ließ, deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt, die man in Bonn nach der Gewährung des Milliardenkredits gehegt hatte.

Die „DDR" hat den Zwangsumtausch für Jugendliche bis zum 14. Lebensjahr zurückgenommen, nicht aber auch für Rentner. Und Mitte Oktober soll eine Verordnung wirksam werden, die theoretisch geeignet ist, die Zusammenführung zerrissener Familien zu erleichtern. Wenn es tatsächlich so käme, daß die „DDR" alle Kinder zu ihren Eltern, alle Frauen zu ihren geflüchteten Männern in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen ließe, die das beantragen, dann wäre dies sicher ein Fortschritt, zugleich ein Erfolg der Deutschland-Politik dieser Regierung.

Aber Euphorie ist fehl am Platze. Der Text der gestern veröffentlichten Verordnung über Familienzusammenführung offenbart *nämlich, daß sich die SED-Behörden* jede Möglichkeit offenhalten, jenseits aller humanitären Gesichtspunkte zu entscheiden. Die Einschränkungen, die festgeschrieben sind, sind beträchtlich. Ausreisegenehmigungen können danach beispielsweise versagt werden, „soweit Rechte der Bürger und andere gesellschaftliche Interessen" der „DDR" beeinträchtigt werden. Das läßt dem SED-Staat jeden Spielraum offen. Und Personen, die Wehrdienst leisten oder geleistet haben, dürfen nicht ausreisen, ehe eine gewisse Frist verstrichen ist. Wie lange diese dauert, wird wohlweislich nicht gesagt. Gleiches gilt übrigens auch für Antragsteller, die nach der Definition der SED „Geheimnisträger" sind – oder dazu gemacht werden.

Erst die Praxis wird also erweisen, was die neue Verordnung tatsächlich wert ist.

Eine andere Hoffnung hat sich gestern nicht erfüllt. Die Rentner, die pro Tag 15 Mark Zwangsumtausch bezahlen müssen und es sich deshalb in vielen Fällen nicht leisten können, Kinder und Enkel jenseits der Mauer öfter zu besuchen, sind leer ausgegangen.

Die Bundesregierung darf sich nun nicht wundern, wenn ihr, die den Grundsatz „Leistung gegen Gegenleistung" als Handlungsprinzip in der Deutschland-Politik vertritt, jetzt kritische Fragen gestellt werden. Zuviel ist von „Signalen" gesprochen worden. *Der Wettlauf zahlloser Politiker* zu SED-Chef Honecker hat zusätzliche Hoffnungen geweckt. Wie sich nun zeigt, zu Unrecht; bis jetzt jedenfalls. Eine Basis für neue Kredite an die „DDR" kann es unter diesen Umständen nicht geben.

Dregger gegen „ungebetene Ratgeber"

ms./DW. Bonn

Mit einer – offenbar auf Franz Josef Strauß gemünzten – schroffen Zurechtweisung hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, auf Empfehlungen geantwortet, die Union solle in Hessen eine große Koalition eingehen. Vor den CDU/CSU-Mitgliedern sagte Dregger gestern in Bonn, die SPD mit Holger Börner sei darum bemüht, die FDP als Partner in einer Landesregierung zu gewinnen. Es habe bereits ein erstes Signal in Richtung FDP gegeben. „Diese Börner-Signale", so Dregger, „werden um so erfolgreicher sein, je mehr ungebetene Ratgeber aus den Reihen der Union von der großen Koalition in Hessen reden."

Dregger, früherer Landesvorsitzender der CDU in Hessen, stellte sich voll und ganz hinter die Entscheidungen seiner Parteifreunde, ein „Oppositionsbündnis mit der FDP" anzustreben. Eine Unterstützung des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Börner könne nur in Frage kommen, „wenn wir die Inhalte der hessischen Landespolitik ganz wesentlich mitbestimmen".

Ohne die Wahlhilfe von Walter Wallmann für die FDP wären die Freien Demokraten möglicherweise nicht in den Landtag zurückgekehrt, räumte Dregger ein. Dies hätte aber zu einer absoluten Mehrheit der SPD geführt.

Dregger appellierte an die Politiker der Union, politische Aussagen und Vorschläge künftig mehr auf deren Wirkungen hin zu bedenken.

Seite 4: Gegengewicht zu Bonn

Beweise für sowjetische U-Boot-Spionage

dpa, Stockholm

Die schwedische Marine hat zum ersten Mal eindeutige Beweise dafür vorgelegt, daß sowjetische U-Boote im Oktober vergangenen Jahres in militärisches Sperrgebiet südlich von Stockholm eingedrungen waren. Der Chef des Verteidigungsstabes, Admiral Bror Stefenson, gab gestern in Stockholm bekannt, Taucher hätten exakt die gleichen Kielspuren auf dem Grund der Ostsee festgestellt, die das ein Jahr zuvor vor Karlskrona an der Südküste gestrandete U-Boot 137 der Whisky-Klasse hinterlassen habe.

Im Oktober 1982 hatten Einheiten der schwedischen Marine und Luftwaffe eine Woche lang ein fremdes U-Boot gejagt, das in die Schären südlich von Stockholm eingedrungen war und sich in unmittelbarer Nähe einer der geheimsten Marinestützpunkte auf dem Meeresgrund versteckt hatte. Trotz des Einsatzes von Tauchern und Wasserbomben gelang es damals nicht, das U-Boot an die Oberfläche zu zwingen und damit eine eindeutige Identifikation zu ermöglichen.

Es sei erwiesen, daß ein sowjetisches U-Boot-Mutterschiff bis vor die Marinebasis Berga in die schwedischen Territorialgewässer eingedrungen sei, sagte Stefenson. Die eingesetzte Untersuchungskommission hatte in ihrem Ende April dieses Jahres vorgelegten Bericht lediglich erklärt, daß aufgrund einer Kette von Indizien die Anwesenheit sowjetischer *U-Boote* festgestellt werden müsse. Das wird von der Sowjetunion nach wie vor bestritten.

Tausende Iraner insgeheim gefoltert und hingerichtet

ai: Auch Jugendliche und Schwangere unter den Opfern

rtr/SAD, London

Der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) liegen nach eigenen Angaben Beweise dafür vor, daß in Iran politische Gefangene insgeheim gefoltert und hingerichtet werden. In einem heute veröffentlichten Brief an den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini schreibt ai: „Die Gesamtzahl der Hinrichtungen in Iran seit der Revolution von 1979 muß beträchtlich höher sein als die bisher offiziell mitgeteilten über 5000." Die UN-Menschenrechtskommission sprach im März von 4500 bis 20 000 Hinrichtungen in Iran.

Tötungen in Gefängnissen seien von Iranern bestätigt worden, die während der vergangenen drei Jahre in Gefängnissen des Landes inhaftiert waren. Diese Gefangenen hätten ai von nächtlichen Hinrichtungen auf den Gefängnishöfen berichtet. Unter den Opfern seien Jugendliche und Schwangere, deren Exekution das Völkerrecht verbietet.

Ein Häftling aus dem Teheraner Evin-Gefängnis berichtete ai, dort seien im Juli 1981 in einer Nacht 497 politische Gefangene hingerichtet worden. Später seien jedoch nur 33 Exekutionen bekanntgegeben worden. In den vergangenen drei Jahren hätten im Hof des Gefängnisses jede Nacht Hinrichtungen stattgefunden.

Die Umfrage von Amnesty International habe ihre Befürchtungen bestätigt, daß die meisten Gefangenen gefoltert würden und daß Angeklagte in den meisten Fällen keinen fairen Prozeß hätten. Die Organisation bot die Entsendung einer Delegation an, um Khomeini Beweise vorzulegen.

In Isfahan sei eine Elfjährige hingerichtet worden, enthüllte ai. Ein gleichaltriger Junge und sein 18jähriger Bruder seien in Fasa bei Shiraz exekutiert worden. Auspeitschungen mit Lederpeitschen, Stromkabeln, Gummischläuchen und drahtumwickelten Holzlatten seien in iranischen Gefängnissen die am häufigsten angewandte Foltermethode. Im Evin-Gefängnis, so schrieb ai, würden Männer, die Aussagen verweigern, gefesselt und erhielten Schläge auf die Geschlechtsteile. Nur etwa 70 Prozent der Opfer überlebten diese Form der Folter.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Moskaus Dank

Von Heinz Barth

In *Moskau wußte man es schon am* Abend, bevor Ronald Reagan ans Rednerpult bei der UNO trat. Die Sowjet-Agentur Tass hatte sämtliche ihr dienstbaren Medien für den Abschuß präpariert, als wären es Rampen der SS 20. Kaum war der Präsident mit den erstaunlichen Zugeständnissen, die er zu den Genfer Verhandlungen machte, dem Kreml bis an die unterste Grenze westlicher Sicherheit entgegengekommen, da fauchten die Feuerschweife der Desinformations-Raketen schon aus den Propaganda-Werfern.

Sich Zeit für eine – und sei es nur flüchtige – Prüfung der amerikanischen Angebote zu nehmen war für die Kreml-Machthaber Verschwendung. Unbesehen wurde Reagans Verzicht auf die Mittelstreckenparität in Europa und das Zugeständnis, die eurostrategischen Bomber in die Verhandlungen einzubeziehen, als Entstellung der Tatsachen, als „demagogische Lügen" und pure Heuchelei abgetan.

Überraschen kann das nur die durch keine Erfahrung Belehrbaren, die nicht begreifen wollen, daß es „Verhandlungen" auf gleicher Ebene mit den Sowjets nie gegeben hat, weil sie Verhandlungen nur als eine Phase ihres Hegemoniestrebens verstehen. Auch jetzt wieder werden die Konzessionen des Präsidenten von Moskau ungerührt kassiert. Zugeständnisse werden dort höchstens als lästige Störung empfunden, weil sie die Kampagne der *pazifistischen Hilfstruppen im* Westen behindern könnten.

Als Störung, *doch freilich auch als Bestätigung dafür*, daß die chinesische Wassertortur des ständigen Nachgebigkeits*tropfens, der das Weiße Haus durch die europäischen* Verbündeten ausgesetzt war, ihre Wirkung zu tun beginnt. Ronald *Reagan blieb wohl* keine andere Wahl als einen Teil der Last, die ihm die Europäer aufbürdeten, auf die Schultern des *japanischen Ministerpräsidenten* Nakasone zu legen, der sich nun mit einer unkompensierten SS-20-Bedrohung konfrontiert sieht.

Aber auch bei der NATO ist erste Beunruhigung zu spüren. Die Einbeziehung der eurostrategischen Bomber in ein Mittelstrecken-Abkommen, die von der Sowjetunion immer wieder gefordert wurde, setzt zeitraubende Experten-Gespräche voraus. Eine Einigung darüber vor dem Nachrüstungstermin der Allianz zum Jahresende ist praktisch ausgeschlossen. Diese Verzögerung muß den Sowjets hochwillkommen sein, weil sie längeren Spielraum gewinnen, um auf den Nerven der westlichen Friedensfreunde herumzubohren. Die Reaktion des Kreml auf die Reagan-Vorschläge macht es zur Gewißheit, daß er an einer baldigen Einigung nicht interessiert ist.

Die Bastionen halten

Von Herbert Kremp

Die Wahlergebnisse von Hessen und Bremen auf die Persönlichkeiten Börner und Koschnick zu reduzieren, wie es in den schlußfolgernden Diskussionen zuweilen geschieht, ist sicher übertrieben. Es gibt viele Gründe, warum es so kam und nicht anders. Doch lassen sich an die Personen zwei Überlegungen knüpfen:

1. Die Erfolge Börners und Koschnicks können Rückwirkungen auf den zukünftigen Typus des führenden sozialdemokratischen Politikers haben. Beide zählen nicht zur neuen Intelligenzia, die sich in der SPD breitgemacht hat. Beide sind „alte Linke", dem Charakter eines Georg Leber näher als der Prägung eines Hans-Jochen Vogel oder eines Eppler/Lafontaine. Sie sind keine „*Pietkongs*", wie *Wehner sich einmal* vernehmen ließ, sondern Praktiker, Diesseitige.

Mehr *zu sagen wäre falsch*, aber das *wenige genügt: Es* ist nicht ausgeschlossen, daß der Erfolg Börners und Koschnicks *zu einer Erkenntnis wird, die in den Regelkreis* des sozialdemokratischen Denkens Eingang findet. Die Folge wäre eine *Ernüchterung*, eine Absage an Dädalus und Ikarus, eine Wende zum Konkreten. War es denn nicht auffallend, wie wenig der Hesse und der *Hanseat* von Raketen, dem ewigen Frieden, der Neuverfassung des Menschen und anderen überirdischen Dingen sprachen?

2. Die komplementäre Überlegung in der Union lautet: Man muß stark bleiben, wo man stark ist, denn die anderen sind oder bleiben nicht schwach. Also sollte der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker weiter als Bürgermeister Berlin regieren. Denn sonst könnte die CDU Berlin wieder verlieren. Der Verlust wäre mehr als schmerzlich.

Und in Bonn braucht die Union nicht nur einen starken Kanzler, sondern genauso einen starken Fraktionsvorsitzenden. Einen wie Alfred Dregger. Die Fraktion ist ein hochkompliziertes, differenziertes, an den Rändern fransendes Gebilde. Sie muß geführt werden, läßt sich aber nur von einer kraftvollen Persönlichkeit führen. Für die Regierung mag der Organisator vielgestaltigen Willens manchmal unbequem sein. Aber sein Wirken zahlt sich aus.

Zitterpartie

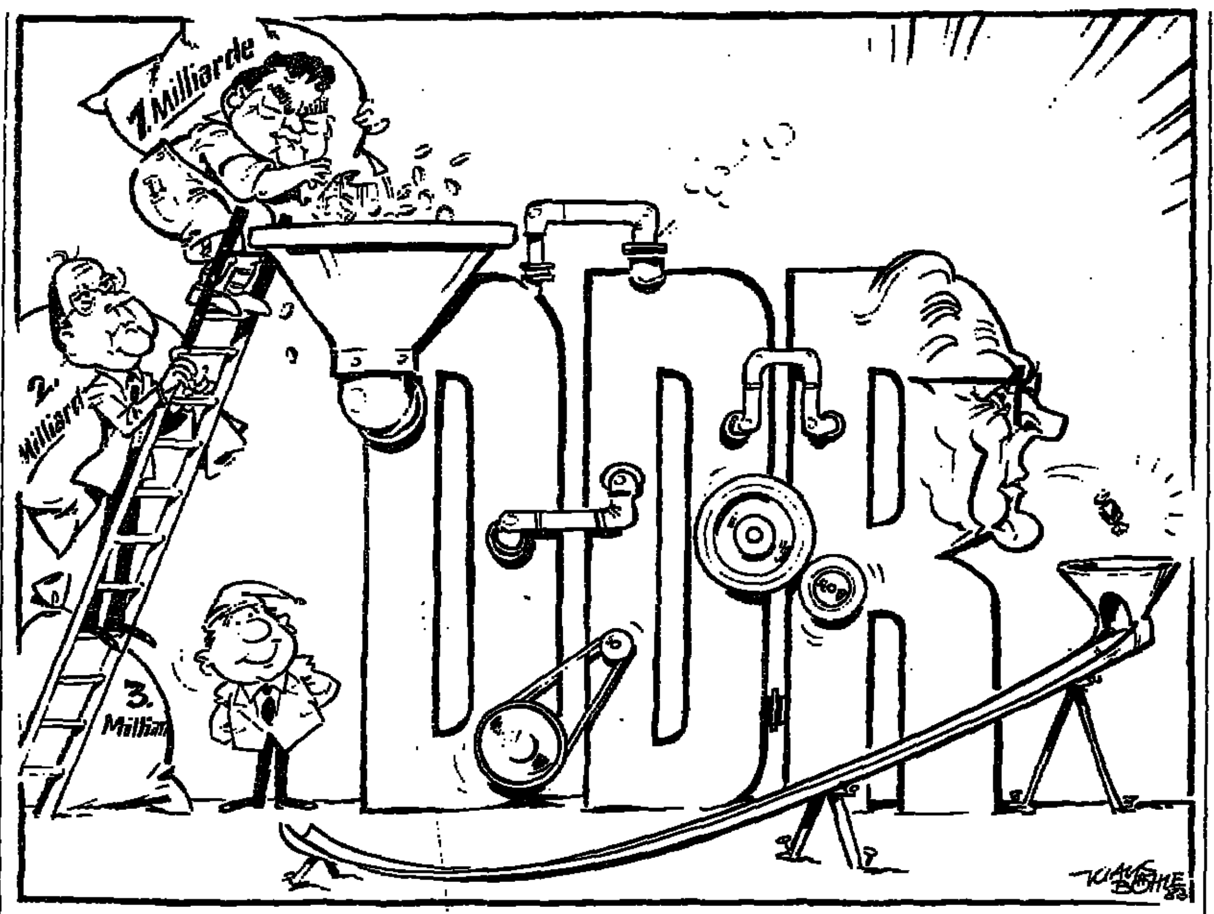
Von Claus Dertinger

Das Zusammenschnüren des Elf-Milliarden-Hilfspakets für Brasilien ist zweifellos das wichtigste Ergebnis der Washingtoner Währungstagung, auch wenn es offiziell nicht zur Tagesordnung gehört. Die 14 großen internationalen Banken, die federführend für die insgesamt rund 850 ausländischen Gläubigerbanken das Arrangement mit dem IWF ausgehandelt haben, sind über ihren Schatten gesprungen. Sie geben dem in ärgsten Nöten steckenden größten Schuldner Amerikas *mehr* Kredite als sie *ursprünglich beabsichtigt hatten*.

Die Bankiers haben damit jene Verantwortung unter Beweis gestellt, die man von ihnen als für die Funktionsfähigkeit des Internationalen Währungssystems und der Weltwirtschaft mitverantwortlich erwartet hat. Wir können aufatmen, daß der größte Schuldner der Welt nun formal wieder zahlungsfähig wird. Doch die Zitterphase ist noch nicht endgültig vorbei, denn die Finanzhilfe ist noch keine Garantie dafür, daß die wirtschaftliche Sanierung des Landes wirklich gelingt.

Das Wichtigste für den Augenblick ist vor allem, daß wirklich alle 850 Banken auch zu den Vereinbarungen stehen, die jetzt von ihrer Verhandlungsführungsgruppe *mit dem* IWF geschlossen wurden. Noch ist Skepsis angebracht. Erst die nächsten Tage *werden zeigen, ob die sich* bislang zögernd gebenden Bankiers nur gepokert haben oder ob sie wirklich entschlossen sind, ihr Schäfchen auf Kosten anderer ins Trockene zu bringen.

Gefragt ist jetzt die Solidarität aller Banken, das sei vor allem jenen ins Stammbuch geschrieben, die sich einst auf der Suche nach neuen Märkten als Mitläufer in das internationale Geschäft hineingeschlichen haben. Dazu gehören nicht nur Provinzbankiers in den USA, sondern auch deutsche Banken von gar nicht bescheidener Größe.



Das Endprodukt

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mitteleuropa – eine Aufgabe

Von Carl Gustaf Ströhm

Ein *Begriff, der seit vielen* Jahren – eigentlich seit Ende des Zweiten Weltkrieges – nicht mehr gebräuchlich und aktuell zu sein schien, erlebt in diesen Tagen eine Renaissance: „Mitteleuropa". Papst Johannes Paul II., selber ein polnischer Mitteleuropäer aus dem Beskiden-Gebirge, erinnerte in Wien an die Gemeinsamkeit der europäischen und besonders mitteleuropäischen Nationen. Der amerikanische Vizepräsident George Bush, der Mann von der Ostküste der USA, griff das Thema frontal auf, indem er kurz darauf erklärte, jene Länder Europas, die heute von den Sowjets beherrscht seien, gehörten nicht zum Randgebiet, *sondern zum Herzen des euro*päischen Kontinents. Wörtlich: „Sie als Österreicher nennen diesen Teil der Welt sehr richtig ‚Mitteleuropa'."

Es war gewiß mehr als Zufall, daß der polnische Papst und der amerikanische Vizepräsident ihre *Thesen gerade in Wien verkünde*ten. An dieser Stelle Europas drängt sich jedem halbwegs sensiblen Betrachter täglich die Absurdität der Teilung und Zerreißung des Kontinents Europa auf. Auch nach fast drei Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft über die Länder jenseits des Eisernen Vorhangs, trotz Kommunismus und „realem" Sozialismus, sind die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn mitteleuropäische Länder geblieben, die in ihrer *Mentalität* und *Lebensweise* sicher viel mehr Gemeinsamkeiten *mit Wien oder Berlin aufweisen* als etwa mit Moskau oder Nowosibirsk. Ähnliches gilt für die weiter entfernten Balkanländer am Unterlauf der Donau; der europäische Südosten ist in seinem heute noch spürbaren Individualismus, seiner manchmal chaotisch anmutenden Freiheitsliebe eigentlich die Antithese zum kollektiven Grau der großen östlichen Ebene.

Die Westeuropäer haben allerdings schon bei den „mitteleuropäischen" Andeutungen des Papstes, erst recht aber bei den Worten des Vizepräsidenten Bush, ein gewisses Unbehagen verspürt. Denn es war und ist die stille Prämisse vieler westeuropäischer Politiker – *übrigens nicht nur solcher* der Linken –, sich im Status quo mehr oder weniger gemütlich *einzurichten*. Die Polen, die Tschechen und all die anderen (einschließlich der „Ostdeutschen", die ja – analog zu *Mitteleuropa* – „*Mitteldeutsche*" sind) nun, die haben eben 1945 Pech gehabt. Die Pflicht der osteuropäischen, pardon: wollte man sagen mitteleuropäischen Nationen unter sowjetischer Herrschaft ist es, sich möglichst abzufinden und im Interesse des Friedens und der Entspannung ruhig zu sein.

Es gehört zu den Paradoxien und Absurditäten der europäischen Geschichte, daß zu den eifrigsten Vorkämpfern einer solchen Politik von geradezu Metternichscher Unbeweglichkeit jene politischen Gruppierungen gehören, die sonst nach innen und außen Demokratisierung, „Transparenz", Mitbestimmung und Freiheit bis ins letzte *lateinamerikanische* Indio-Dorf und bis in jeden südafrikanischen *Eingeborenenkral fordern:* nämlich die europäische Linke und vorzugsweise *die deutsche* und mitteleuropäische Sozialdemokratie. Sogar ein in ost- und mitteleuropäischen Fragen so bewanderter Mann wie der österreichische Ex-Kanzler Bruno Kreisky meinte zur Bush-Rede dem Sinne nach, die vom amerikanischen Vizepräsidenten propagierte Politik der Differenzierung gegenüber den kommunistischen Staaten, die solle man zwar machen, aber um Gottes willen doch nicht darüber reden – denn das könne ja alles verderben.

Moskau macht überhaupt kein Geheimnis daraus, daß es seine jeweiligen nichtkommunistischen *Partner* – *oft übrigens auch die kommunistischen* Vasallen – unterschiedlich, „differenziert" behandelt. Dieses Konzept des globalen politischen Kampfes zum Sturz des Kapitalismus widerspreche aber, sagen die Sowjets, nicht der Entspannung, der Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Eigentlich hat der amerikanische Vizepräsident mit seiner Zurückweisung der Teilung von Jalta, mit seinem Anknüpfen an den Begriff „*Mitteleuropa*" als einer über alle Stacheldrahtzäune und Blockgrenzen *fortbestehenden* höheren Realität und mit seiner Ankündigung, *Amerika werde die unterschiedli*chen kommunistischen Staaten „differenziert" behandeln, nur das gleiche Recht in Anspruch genommen, das die Sowjets für sich als selbstverständlich reklamieren: Nämlich geistig-politische und historische Ziele zu setzen. Weder die USA noch sonst jemand im Westen kann und will irgendein Land gewaltsam vom Kommunismus oder von der sowjetischen Herrschaft „befreien". Die konkrete Aufgabe des Westens ist es vielmehr zunächst, die Sensibilität, das Gespür für die politischen, geistigen, menschlichen Veränderungen zu bewahren, *die sich überall auf der* Welt – und selbstverständlich auch *in Mitteleuropa jenseits des Sta*cheldrahtes – vollziehen. Eine Politik, die nicht über den eigenen Tellerrand zu schauen vermag und die sich nur auf Kredite und menschliche Erleichterungen beschränkt (so wichtig diese auch sein mögen), kann nur an ihrer eigenen Phantasielosigkeit scheitern.

Karol Wojtyla, der Papst, und George Bush, der Vizepräsident, haben, ein jeder auf seine Art und mit der ihm zur Verfügung stehenden Subtilität, jenen Mitteleuropäern, die zum Westen gehören – *nicht zuletzt auch den Deutschen* –, eine Vision von Mitteleuropa gezeigt; sie haben, vielleicht nicht immer mit adäquaten Mitteln, aber im Prinzip richtig und folgerichtig, gewisse Zusammenhänge verdeutlicht, die uns allen verlorenzugehen drohten. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Es geht nicht darum, Regime zu destabilisieren und rote Fahnen vom Mast zu holen, sondern geschichtlich gewachsene Zusammenhänge wiederher*zustellen. Mitteleuropa ist eine* große Aufgabe – in erster Linie für jene, die selber Mitteleuropäer sind.



Die Renaissance eines Begriffes: Johannes Paul II. und Österreichs *Bundespräsident Kirchschläger* FOTO: DW.

IM GESPRÄCH Peter Mitzscherling

Auf die gerade Tour

Von Peter Philipps

Die Bundestagsabgeordneten der SPD von der Spree, zu Zeiten des Bundeskanzlers Willy Brandt als „*Berliner Mafia*" *in vorderster* Politik-Front in Bonn, rücken wieder in verantwortliche *Positionen der Frak*tion vor. Gestern haben die Parlamentarier Peter Mitzscherling *in der* Nachfolge des ausgeschiedenen Manfred Lahnstein zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft und Weltwährung gewählt: Lohn für harte Sacharbeit und fundierten Kenntnisreichtum eines gestandenen Sozialdemokraten, der in seinem Leben noch nie jemandem nach dem Mund geredet hat.

Der Lebensweg des 54jährigen – fast typisch für einen Berliner Sozialdemokraten zu nennen – beweist dies: geboren und aufgewachsen in Sachsen, nach Arbeits- und Militärdienst *Eintritt in die dortige* SPD. Doch nur zwei Jahre, bis 1947, blieb Mitzscherling Genosse. Dann trat er aus. Die Umarmungsstrategie der Kommunisten, die in der „DDR" und Ost-Berlin schließlich zur Verschmelzung in die SED führte, war seine Sache nicht. Er zog deshalb nach dem Abitur von Radeberg nach West-Berlin, wo er sich sein Volkswirtschaftsstudium an der TU selbst verdienen *mußte*. Erst 1962, ein Jahr nach Beginn seiner Tätigkeit im *Deutschen Institut für Wirtschafts*forschung (DIW), band sich der Diplomkaufmann auch wieder politisch und trat in die Berliner SPD ein.

Die damalige rechte Mehrheit in der Partei hat den kenntnisreichen Spezialisten für die Wirtschaft der „DDR" und der anderen osteuropäischen Staaten sowie für den innerdeutschen Handel schnell und dankbar in ihre Reihen integriert. Mitzscherling gehörte zum Beispiel auch zur Partei-Arbeitsgruppe, die Ende der siebziger Jahre unter dem damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus Riebschläger ein fundiertes Thesenpapier zur Lage und den Perspektiven der Berliner Wirtschaft erarbeitete. In jenen Jahren – *von 1974 bis 1980 – erschloß sich* der Vater von zwei Kindern auch sein zweites Wissensfeld: Vom DIW war er als Senatsdirektor (Staatssekretär) in die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales gewechselt. Seit drei Jahren arbeitet er im Bundestag, bisher als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik seiner Fraktion und damit als Vollmitglied im Bundestagsausschuß für Wirtschaft.

Gerade in einer Phase, in der klügere Sozialdemokraten bemüht sind, sich nicht als Partei darzustellen, die *nur noch über Raketen debattiert*, sondern auch wieder stärker Profil *im wirtschafts- und sozialpolitischen* Geschehen zu entwickeln, sind Politiker wie Mitzscherling gefordert. Er würde sich zu Recht wehren, wenn jemand auf die Idee käme, an ihn die Meßlatte des Weltökonomen Schmidt-Bergedorf anzulegen. Er hat auch so genügend Profilierungsmöglichkeiten.



Ökonom von der Spree: Peter Mitzscherling FOTO: DW

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERNER ZEITUNG

Das Blatt schreibt zur Reagan-Rede vor den Vereinten Nationen:

Die Rede Reagans vor dem Forum der Weltorganisation ist keineswegs nur ein erneutes Angebot, über den Graben der Gegensätze hinweg im Interesse des Friedens zu verhandeln und die Rüstung zu begrenzen. Die stark betonte Bereitschaft zur Flexibilität, zum Entgegenkommen, zur Berücksichtigung auch der Interessen Moskaus wurde ebenso von Klage und Anklage begleitet. Mag die amerikanische Verhandlungstaktik gelegentlich von Unverständnis des Fühlens und Denkens anderer Nationen zeugen, so ist Washingtons Verhandlungsziel erkennbarer auf die gleichgewichtige und kontrollierbare Abrüstung gerichtet als das sowjetische ... Die von Reagan hervorgehobene Überprüfbarkeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil aller Übereinkünfte über Rüstungsbegrenzung. Dies macht Verhandlungen nicht *leichter*; diese Notwendigkeit strapaziert die Geduld der Völker noch *mehr als der eigentliche* Verhandlungsgegenstand. Doch nur über diese Hürde führt der Weg zu ein wenig mehr Sicherheit.

LE FIGARO

„Enttäuschung für Kohl" überschreibt die Pariser Zeitung ihren Kommentar:

Der Rückgang der *Christdemokra*ten und das Vordringen der Linken bei den Landtagswahlen von Bremen und Hessen haben eine psychologische Kehrseite für Helmut Kohl. Im üblichen parlamentarischen Räderwerk auf Bundesebene ist die Ausübung der Macht kaum schwieriger als vorher. Die beiden Länder bleiben – sicher in Bremen und wahrscheinlich in Hessen – sozialdemokratisch *regiert*. Die Christdemokraten können aber weniger als vorher „mit Lächeln und Entspannung", wie ihr Führer Kohl sagt, regieren. Die Eroberung von Nordrhein-Westfalen wird schwierig wenn nicht sogar unmöglich. Es erweist sich, daß die Propaganda der linken Opposition überzeugender ist als die Arbeit der Regierung.

Le Monde

Das Pariser Blatt befaßt sich mit den Wahlen in Hessen und Bremen:

Der Rückgang der CDU ist nicht nur mit lokalen Betrachtungen oder taktischen Ungeschicklichkeiten zu erklären. Er beweist eine Abkühlung der Wähler gegenüber der Politik von Bonn. Der „Wandel", der von der neuen Mannschaft groß angekündigt *worden ist, hat sich* kaum spürbar gemacht, mit Ausnahme der Einschnitte *in den Sozialprogrammen*. Nichts von der Linie, die die Bundesregierung verfolgt, kann Begeisterung wecken. Man muß es zugeben: Hessen bleibt mit seiner Industrie und seinen Bauern ein sozialdemokratischer Block. Zudem ist Börner trotz seiner wenig glänzenden Erfahrung als Minderheitsministerpräsident seit September 1982 populär.

DIE PRESSE

Die in Wien herausgegebene Zeitung stellt zu Reagan fest:

Ronald Reagan hat vor der UN so ziemlich zu allen heißen Fragen Stellung genommen; vor einem Forum *also*, dessen Wert offenbar doch nicht so gering ist, wie es manche in den USA jetzt *weismachen wollen*. Reagan hat vieles gesagt, was richtig ist. Vor allem aber hat er mit dem Satz mit dem Atomkrieg, der weder gewonnen werden könne noch geführt werden dürfe, einer Propaganda Wind aus den Segeln genommen, die immer wieder den USA genau solche Absichten unterschoben hat.

Shimon Peres und der Vorbehalt hinter dem Vorbehalt

Israels Arbeiterpartei kaschiert ihre Absage an eine Koalition der nationalen Einheit / Von Rafael Seligmann

Die Politik des Likud ist nicht unsere Politik, und das Programm des Likud ist nicht unser Programm." Also sprach Shimon Peres, Vorsitzender der israelischen Arbeiterpartei, und lehnte damit zunächst das Koalitionsangebot des designierten Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir ab.

In der Tat sprechen viele Gründe dagegen, daß die Arbeiterpartei auf das Koalitionsangebot Shamirs eingeht. Da ist zunächst einmal der Stolz, man mag ihn auch als politischen Selbsterhaltungstrieb bezeichnen: Die Arbeiterpartei stellt *mit 50 von 120* Sitzen die größte Knesset-Fraktion. In einer Regierung Shamir jedoch *müßte* sie notgedrungen die zweite Geige spielen. *Das Amt des Ministerpräsiden*ten bliebe ihr ebenso verwehrt wie *voraussichtlich das Außenministe*rium.

Dennoch *müßte* die Arbeiterpartei eine Politik mittragen, die in der Tat nicht die ihre ist: weder die gehäufte Errichtung jüdischer Siedlungen an historisch bedeutsamen, strategisch jedoch wenig relevanten Plätzen noch die Ausweitung des Einmarsches in Libanon über einen Streifen 40 Kilometer nördlich der Demarkationslinie; schon gar nicht eine Wirtschaftspolitik, die innerhalb von sechs Jahren die Inflationsrate verfünffachte und die Auslandsverschuldung mehr als verdoppelt hat. Daneben zählt auch ein parteiinterner Grund: Die sogenannte Arbeiterpartei ist ein Zusammenschluß der klassischen sozialdemokratischen Mapai Ben Gurions mit der Mapam – einer marxistisch-zionistischen Partei, die Ahdut ha-Avoda der Vereinigten Arbeiterpartei, einer stark sozialistisch und national ausgerichteten Gruppe, die ebenso wie die Mapam auf eine jahrzehntelange politische und militärische Tradition zurückblicken kann, sowie einer kleinen Bürgerrectsfraktion. *Die Mapam aber lehnt eine* Koalition mit der rechtsgerichteten *Heruth-Partei vor allem aus ideolo*gischen Gründen mit aller Ent*schiedenheit ab.*

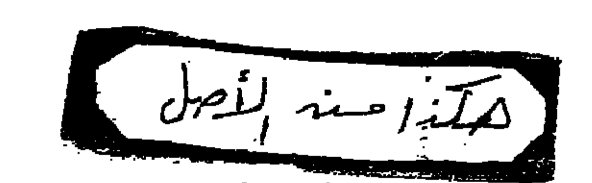
Eine Koalition mit dem Likud wäre für die Mapam und einige ihr nahestehende Abgeordnete Grund genug, aus der Arbeiterpartei auszuscheiden. Ein Ausscheiden der Mapam, womöglich auch mehrerer Abgeordneter der Ahdut ha-Avoda aus dem gemeinsamen Dach der Arbeiterpartei, würde diese nicht nur ihre Position als stärkste Fraktion im Parlament kosten. Auch eine wesentlich wirtschaftliche Unterstützung ginGe verloren: das Wohlwollen der Kibbuzim dieser Parteien mit ihren florierenden Wirtschaftsunternehmen.

Eine Koalition mit dem Likud würde also zumindest die Einheit der Arbeiterpartei gefährden. Was wäre gewonnen? Kaum mehr als eine Handvoll Ministersessel in einer unbequemen politischen Situation.

Daß diese Rechnung nicht restlos aufgeht, hat freilich am Wochenende die Abstimmung im Zentralkomitee der Arbeiterpartei bewiesen: Die Mitglieder, die ihr *Ohr näher am Puls des Wählers* haben als die Parteispitze, entschieden *sich für Koalitionsver*handlungen mit dem Likud. Am nächsten Tag wurde das Ergebnis einer repräsentativen Befragung bekannt: Fast drei Viertel der Israelis wünschen eine Große Koalition. Die überwiegende Mehrheit im jüdischen Staat weiß nämlich, daß die gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und Sicherheitsprobleme nur mit einer starken, eben einer „Regierung der Nationalen Einheit" gelöst werden können. Nicht von Kabinetten mit hauchdünnen Mehrheiten, die auf die erpresserischen Forderungen von Splitterparteien eingehen müssen, um im Amt zu bleiben.

Um dem Dilemma zwischen einer möglichen Parteispaltung und der Notwendigkeit, dem Willen der Bevölkerung nachzukommen, aus dem Weg zu gehen, ließ sich die Parteiführung unter Shimon Peres und Yitzhak Rabin eine „Konditions-Lösung" einfallen: Man sei durchaus zu Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition bereit, ließ man verlauten. Das Ergebnis müßte *allerdings eine* Verpflichtung des Likud zum Ver*zicht auf weitere Siedlungsgrün*dungen in den besetzten Gebieten, *der sofortige Abzug israelischer* Truppen aus Libanon und eine größere Flexibilität gegenüber Jordanien sein – Forderungen, wie sie ähnlich auch Amerikaner erheben. Peres und Yitzhak Rabin wissen, daß Shamir auf diese Konditionen nicht bedingungslos eingehen kann. Die Schuld an einem Scheitern der Koalitionsverhandlungen läge dann in den Augen der Wähler allein beim Likud. Allerdings, die Israelis durchschauen dieses Manöver. Sie werden es bei den nächsten Wahlen gewiß nicht vergessen, wenn die Arbeiterpartei den Likud und damit Israel mit seinen Problemen schmoren ließe.

Für die Arbeiterpartei gibt es nur einen Weg zurück an die Schalthebel der Macht: die Teilhabe an der politischen Verantwortung, *so un*bequem dies taktisch auch sein mag.



Das gehörlose Kind wird nicht mehr versteckt

Gehörlosigkeit muß nicht zur Vereinsamung führen. Audiologische Schulen verhelfen mit moderner Technik den Hörbehinderten zum Rüstzeug, mit dem sie in Beruf und Familie weiterkommen.

Von INGRID ZAHN

„P-P-P" Bert läßt mit ersichtlichem Eifer den Luftstrom aus den zusammengepreßten Lippen platzen, kontrolliert die entweichende Luftmenge auf dem Handrücken, wirft einen flüchtigen Blick auf das gleichzeitig auf die Leinwand projizierte Schriftzeichen „P p", sieht sich triumphierend nach den Mitschülern um. Bei „k-k-k" ist die Zunge gekrümmt. Also krümmt Bert auch seinen Zeigefinger zum Häkchen, eine begleitende Gebärde, die bei der Lautbildung helfen soll, die als Gedächtnisstütze parallel zum Phonem eingeübt wird: Achtung, das müssen die anderen wieder alle mit ansehn: Berts deutliches Fingerhäkchen, Berts Lippen, die das „k-k" hervorstoßen.

Der Älteste in der Runde von sieben Erstkläßlern weiß sich die Aufmerksamkeit *zu sichern*. Sein ausgestreckter Bubenarm, souverän in die Runde der im Halbkreis vor dem Lehrer sitzenden Mitschüler geschwungen, ist nicht zu übersehen. Trödeln und Träumen gilt nicht. Hier muß jede Minute des Unterrichts konzentriert ausgenutzt werden. Beim Nebenmann hilft der Lehrer mit, schiebt seinen eigenen Finger behutsam in den Mund des Schülers an die Stelle, wo sich die ratlos tastende Zunge aufwölben soll. Das „k" läßt sich noch ziemlich röchelnd vernehmen, aber es kommt. „Prima, Klaus!" Ein Kindergesicht strahlt. Und weiter geht's mit dem „t", das die aufgerichtete Zunge verlangt, und dazu den sie begleitenden „spitzen Zeigefinger", nach einem phonembestimmten Manualsystem, das Professor Klaus Schulte aus Heidelberg erarbeitet hat.

„Wunderbar!" – zur Belohnung dürfen die Kinder malen: die vorgegebene Lokomotive auf einem Blatt mit einer üppig gelockten Rauchschlange in verschiedenen Farben schmücken. Lockernde Schreibübungen in riesigen Girlanden- und Arkadenschwüngen an der Wandtafel, die den ganzen Kinderkörper in die Armbewegung miteinbeziehen, sind diesem Malabschnitt vorausgegangen. Sie werden der hospitierenden Mutter eines blondgelockten „I-Dötzchens", das heute verspätet mit der bunten Tüte zum ersten Schultag eingerückt ist, zur Nacharbeitung empfohlen. Die Mutter will das Küchenfenster zum Bemalen opfern. Ihr Nesthäkchen, ebenfalls körperbehindert, besucht den Kindergarten, der dem Unterricht an der Rheinischen Landesschule für Gehörlose Aachen-Laurensberg vorgeschaltet ist. Lernt bereits dort das Achtgeben auf die anderen Kinder, auf die Lehrperson. „Antlitzgerichtetheit" ist die unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Unterricht.

Berufliche Aussichten sind nicht schlecht

Die beruflichen Aussichten für Gehörlose aus seiner Schule sind nicht schlecht, sagt Direktor Otto Bunsen. Alle 30 Absolventen des vergangenen Jahres haben Lehrstellen gefunden, ein Mädchen hat aus persönlichen Gründen zwei gute Angebote ausgeschlagen, ein zweites hat seinen Platz für das kommende Jahr sicher in Aussicht.

Vorbei sind die Zeiten, in denen gehörlose Kinder schamhaft versteckt wurden. Wenn heute die Ärzte, gerade auch im Einzugsbereich des Laurensberger Schulzentrums, dem die Landesgehörlosenschule angegliedert ist, hellhörig auf das geringste Anzeichen einer möglichen Gehörstörung achten, so nicht zuletzt dank der Aufklärungsarbeit des rührigen Fördervereins für Gehörlose e. V. in Aachen, der im Zusammenwirken von Schulzentrum und Klinikum der Technischen Hochschule ein Audiologisches Zentrum zustande gebracht hat, das mittlerweile seinen 13. Geburtstag feiert. Eine Novität in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich staatliche und private, teils in kirchlicher Trägerschaft befindliche Einrichtungen, allen voran die hervorragend leistungsfähige Taubblindenanstalt in Hannover, um die 0,35 Prozent Schwerhörigen unter den Kindern zwischen 6 und 15 sowie um die 5215 Gehörlosen dieser Altersgruppe kümmern.

Rund um die Uhr müssen die Kinder betreut werden, und rund um die Uhr ist auch Isa Werth betreut worden, die in diesem Sommer durch ihren spektakulären Hochschulabschluß als Diplomingenieurin in der Fakultät für Elektronik für Schlagzeilen sorgte. Die jetzt 28jährige, als zweite in einer Reihe von insgesamt sieben Geschwistern mit einem irreparablen Hörschaden geboren, hat ihre ahnungslose Mutter anfänglich in Panik versetzt durch ihre ständigen Wutausbrüche. „Bei uns daheim sind die Fetzen geflogen!" lacht Isa und blitzt mich spitzbübisch an. „Ich wollte zuerst überhaupt nicht lernen!" Was tun? Damals gab es weder einen Kindergarten noch entsprechende Bücher für Kinder wie Isa. Übrigens bedurfte es auch heute noch der Gründung eines eigenen Verlages durch hörgeschädigte Eltern, um erste Lesebücher für den Grundschulunterricht ihrer Kinder herauszubringen, da sich alle angesprochenen Verlage dieser Aufgabe trotz zahlreicher passender Manuskripte versagten.

Also machte sich Isas Mutter selbst ein Konzept zurecht, malte und klebte und bastelte für ihr Kind, zwang es unter Tränen dazu, sich zu äußern, wenn es etwas wollte. Der erste, unartikuliert hervorgestoßene Laut der Zweieinhalbjährigen gab Anlaß zu einem Freudenfest voller Erdbeerkuchen und setzte eine Lerngier in Gang, die die ganze, allmählich nachwachsende Familie sowie die große Schwester und die Mutter in Atem hielt. Das kleine Persönchen wurde zum Allesfresser im Aneignen der Sprache und ihrer Wissensinhalte, durchlief die Aachener Grund- und die Dortmunder Realschule und schockierte ihre Umgebung mit der Weigerung, sich als Lebensmittellaborantin ausbilden zu lassen. „Ich habe keine *Lust*, jeden Tag Leberwurst zu untersuchen", erklärte sie kategorisch vor versammelter Gratulationsrunde bei der Schulabschlußfeier. „Ich mache mein Abi." Das Mädchen mit dem großen Dickkopf schaffte dann auch noch seinen Studienabschluß an der Fakultät für Elektronik.

Der ständige Umgang innerhalb der eigenen Familie, mit Lehrern, den Kommilitonen und Tutoren, die ihr auf ihrer „Ochsentour" behilflich waren, hat sie die Gebärdensprache, die dem Gehörlosen urtümlich gemäße Form der Kommunikation, fast vergessen lassen. Ein Verlust, den die Schwierigkeiten im Umgang mit Hörenden wettmacht? Die so kontaktfreudige, lebhafte junge Frau ist durchaus bedrückt, wenn sie beim unvermittelten Hin- und Herspringen der Unterhaltung mehrerer Personen den Faden verliert, sie muß sich immer wieder selbst dazu ermahnen, nachzufragen, wenn sie etwas nicht verstanden hat, kämpft mit der Sorge, das könnte störend wirken. Dabei ist ihre Fähigkeit, ganze Sätze und Sinnzusammenhänge aus Wortfetzen zu kombinieren, beeindruckend (sie erreicht 95 Prozent). Ein Rundgang mit ihr durch die mit Lautsprecheranlagen üppig ausgerüsteten Räume des Audiologischen Zentrums unter dem gemeinsamen Dach mit ihrer alten Schule läßt die Frage aufkommen: Was kann ein Gehörloser noch hören?

Man unterscheidet Schwerhörige von Gehörlosen und Spät-Ertaubten. Während letztere die Sprache schon vor Ausbruch ihrer Ertaubung beherrscht haben oder zum mindesten die Sprachmelodie und den Rhythmus aus ihrer Erinnerung wachrufen können, nehmen Schwerhörige je nach Schweregrad noch die tiefen Töne, „aa's und oo's" also, wahr. Die hellen dagegen fallen aus, werden nicht mehr gehört. Das führt zu der oft seltsam verstümmelten Sprache des Schwerhörigen. Aber auch Gehörlose verfügen noch über Hörreste, die über Hörgeräte und bei intensivem Training ein Erkennen des Sprachduktus ermöglichen.

So selektiert die im zusätzlichen Unterricht an Nachmittagen geförderte 7jährige Helga das Wort „Apfel" aus den Mustersätzen: „Hol den Korb!", „Bring den Kuchen! Wasch den Apfel!", die ihr Manfred Isstas, pädagogischer Mitarbeiter im audiologischen Zentrum und Lehrer an der Gehörlosenschule, hinter ihr stehend deutlich und mit ihrem Hörgerät kommunizierend vorspricht. „Vor zwei Jahren hat sie noch gar nicht gemerkt, ob ihr Hörgerät an- oder abgestellt war", sagt Isstas.

Isstas wünscht sich endlich den Gehörtest als Routineuntersuchung in jedem Kreißsaal, eine Maßnahme, die mit 7 Mark zu Buche schlägt und unendliches Leid mindern hilft. Im Audiologischen Zentrum sind schon die Winzlinge willkommen. Ein fröhlich gemustertes Babybett mit Lampen und Lautsprechern macht es möglich, schon den Säugling mit Lichtsignalen auf seine Reaktionsweise hin kennenzulernen und sein Verhalten, auf Videorecorder gespeichert, im Zusammenhang mit Geräuschen zu notieren.

Das gesprochene Wort wird optisch erkennbar

Unersättliche Neugier ist wie bei fast allen Gehörlosen der Hauptantrieb, der Isa dazu motiviert, dem Thema ihrer Diplomarbeit treu zu bleiben, sich weiterhin mit der Entwicklung visueller Symbole aus den beim Sprechen unterschiedlich geformten Lippenkonturen zu befassen, um das gesprochene Wort für andere Gehörlose wie für sie selbst optisch erkennbar zu machen. Oberingenieur Norbert Hesselmann freut sich, daß er seine Diplomandin weiter *als wissenschaftliche Mitarbeiterin* beschäftigen kann. „Sogar umgebaut haben die mir den Computer, vom Piepston auf Leuchtknopf, damit ich merke, wenn ich einen Fehler mache, einfach Spitze!" schwärmt Isa. Die Kollegen kontern cool: „Die Isa ist in Ordnung, immer am Ball, und außerdem, das ist doch genau ihr Thema. Kommunikationshilfen für Gehörlose durch eindeutig erkennbare Symbole: „der gemeinsame, kleine Traum" den sie alle träumen, den Lehrstuhlinhaber für Nachrichtengeräte und Datenverarbeitung Hans Jörg Tafel eingeschlossen: das kleine, preiswerte Gerät, das sich jedes hörbehinderte Menschenkind leisten kann, mit dem es bei sich zu Hause Sprache einübt, weil ihm mit den visuellen Mustern im Sichtfenster eine Rückmeldung anhand gegeben ist, die ihm anzeigt, ob es richtig artikuliert hat.

Auch ein Telefon für Gehörlose steht auf der Wunschliste der Forscher, das nicht den geschriebenen Text, sondern den phonetisch flüssigen Sprachverlauf in dem neuen „visuellen Esperanto" mitzeichnet. Noch wird es aber auf viele Jahre hinaus unerschwinglich teuer sein.





Zwischen Alter und Neuer Welt: Nahe Fredericksburg ist die Zeit stehengeblieben. Auf einer historischen Farm wird dort die Pionierzeit wiederbelebt. In der Stadt (rechts) und ihrer Umgebung suchen immer mehr Menschen aus den texanischen Zentren ein ruhiges Wochenende. FOTOS: SAD

In „Fritztown" wird Texas deutsch

In den USA wird Bundespräsident Carstens nächste Woche an den Feiern zum 300. Jahrestag der ersten deutschen Einwanderung teilnehmen. An manchen Orten des Landes hat sich in Kultur und Sprache ein Stück Deutschland erhalten, so auch in Texas. Ein Bericht aus Fredericksburg.

Von UWE SIEMON-NETTO

Es ist eine Gegend, von der zu Recht gesagt wird, sie sei so deutsch wie keine andere in den Vereinigten Staaten, eine liebliche Hügellandschaft westlich von Austin in Texas. Dort liegt die verschlafene Kleinstadt Fredericksburg, die im Volksmund „Fritztown" heißt. Die Menschen dort hören auf Namen wie Wörner und Ransleben, Dietz oder Durst. Sie rufen sich in schattigen Biergärten „Wie geht's?" zu und „Mach's gut". Der Lokalpostille war zu entnehmen, daß es neben Sänger-, Schützen-, Turner-, Oktober- und Wanderfesten auch einen „Kristikindlmarkt" gibt. Diese orthographische Missetat freilich haben die Herren Münch und Follenius nicht verdient.

Friedrich Münch und Paul Follenius, ein Pfarrer und ein Jurist aus Gießen, waren vor 150 Jahren zu einer Erkenntnis gelangt, die auch heute noch gilt: Mögen auch noch so viele Amerikaner deutsche Ahnen haben – mittlerweise sind es fast 30 Prozent –, so hat sich doch deren Idiom in der angelsächsischen Umwelt nicht sonderlich gut behauptet.

Wie sagte doch einmal eine liebreizende Ex-Landsfrau in Santa Monica in Kalifornien? „O darling, deine car blockiert meinen driveway." Vergleichbarer Gewalt an ihrer Muttersprache wohl eingedenk, gründeten Münch und Follenius 1833 eine „Gießener Auswandrungsgesellschaft". Sie sollte, wie Rudolf Cronau vor dem Ersten Weltkrieg in seiner Geschichte der Deutschen in Amerika schrieb, dort „einen deutschen Staat aufrichten. Derselbe sollte zwar ein Glied der Union bilden, jedoch eine Staatsform besitzen, welche den Fortbestand der deutschen Sprache und Sitten verbürge."

Im folgenden Frühjahr segelten Follenius, Münch und mehrere hundert Familien von Bremen nach Missouri, wo die Auswanderer jedoch sehr schnell den Zusammenhalt verloren. „Es schien in der amerikanischen Luft etwas zu liegen, das jeden, der sie einatmete, sofort selbständig und unabhängig machte", spekulierte Cronau. Der Gedanke des Geistlichen und des Advokaten war dennoch nicht tot. Er wurde von einem „Mainzer Adelsverein" unter dem Vorsitz des Herzogs von Nassau aufgegriffen. Die Pläne der Edelleute waren ungleich anspruchsvoller. Sie wollten das ganze große Texas in einen unabhängigen Staat unter deutscher Schutzherrschaft umwandeln.

Die Adeligen schickten 5247 Emigranten vornehmlich aus dem nördlichen Deutschland auf 36 Schiffen nach Texas, das sich kurz zuvor aus dem mexikanischen Staatenverband gelöst hatte und eine selbständige Republik geworden war. Aber der Verein wurde mit dem Geld für die Kolonisten immer knausriger, so daß unter diesen bald eine furchtbare Not ausbrach. „Hunderte gingen an Entbehrungen, Fiebern und Seuchen zugrunde", berichtet Cronau. Schließlich löste sich der Adelsverein auf, teils weil ihm die Mittel ausgegangen waren, teils weil das revolutionäre Klima in Deutschland andere Prioritäten setzte. Überdies war Texas am 29. Dezember 1845 dem nordamerikanischen Staatenbund beigetreten.

Die Geschichte hatte dennoch einen unerwartet guten Ausgang. „Heute bildet das deutsche Gebiet die Perle von Texas. Seine lachenden Auen, wohlgepflegten Farmen, freundlichen Häuser, guten Straßen und frohsinnige Bevölkerung sind ehrende Denkmäler für die Bestrebungen des Mainzer Adelsvereins." Dies schrieb Cronau 1909, und es gilt heute noch, wie die Aufkleber auf den Stoßstangen zahlloser Autos in Austin, Houston und Dallas bekunden. „I'd rather be in Fredericksburg", steht da in roter Schrift auf weißem Grund, ich wäre lieber dort.

Viele wohlhabende Texaner erfüllen sich diesen Wunsch und kaufen sich in „Fritztown" Boden, und hier liegt eines seiner Probleme: Mit jedem neuen Flüchtling aus der Hektik von Houston oder Dallas verliert die Stadt ein wenig von ihrem Charakter. Dabei sollte die Fredericksburger Atmosphäre unter Denkmalsschutz gestellt werden, weil sich hier etwas aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in unsere Zeit herübergerettet hat.

Sie wählen republikanisch, denken und handeln liberal

Die Fredericksburger sind fleißige Leute, die ihre Gehöfte, Häuser, Gärten, ihre Straßen und Bürgersteige mit fast schwäbischer Akribie pflegen. Sie sind aber auch von einer gelassenen Heiterkeit, die in Texas so legendär ist wie ihre Fähigkeit, zu feiern. Sie sind passionierte Sänger und Jäger. Der letzteren Eigenschaft kommt entgegen, daß sie in einer wildreichen Landschaft leben: Da gibt es viele Rehe, Puter, Tauben, Kaninchen und Wachteln. Die allgegenwärtigen Flinten dieser Deutschen waren der Alptraum der Leibwächter Präsident Johnsons, dessen „L.B.J. Ranch" mitten in diesem Klein-Deutschland in Texas liegt.

Politisch sind die Fredericksburger konservativ. Sie wählen republikanisch, auch der Demokrat Johnson hatte bei ihnen keine Chance, obwohl er doch im benachbarten Stonewall geboren wurde und als Kind von seinen deutschamerikanischen Spielgefährten deren Sprache lernte.

In ihrer Gesinnung aber sind sie so liberal wie ihre Vorfahren, die entschieden die Sklaverei abgelehnt hatten und von denen im amerikanischen Bürgerkrieg viele von den Truppen der Südstaaten getötet wurden, weil sie versucht hatten, sich zu den Streitkräften des Nordens durchzuschlagen. Ihnen wurde in Comfort, einer Nachbarstadt, ein Denkmal in der Form eines Obelisken mit der deutschen Aufschrift „Treue der Union" gesetzt, und dort singen die lokalen Männergesangvereine einmal im Jahr das „Lied vom Kameraden".

„Fritztown" und sein Umland sind eine Insel des Frohsinns in einem puritanischen Teil Amerikas, wo der Durstige in vielen Gemeinden nicht einmal ein Bier kaufen kann. Aber die 6500 Fredericksburger sind ja auch keine baptistischen Abstinenzler, sondern zur Hälfte Katholiken und zur Hälfte hochkirchlich orientierte Lutheraner. Hier braute denn auch in den finsteren Jahren der Prohibition ein jeder sein Bier selbst.

Gewiß, die Weingärten, die ihre Vorfahren im vorigen Jahrhundert angelegt hatten, wurden zerstört. Aber jetzt entstehen neue als Teil eines Plans, wonach Texas im Jahr 2000 Kalifornien den Rang als größtes Weinland Amerikas ablaufen soll.

Sie sind keine Frömmler, aber sie sind fromm oder doch „zumindest sehr kirchlich", wie Pfarrer Ernst Ludwig Arhelger von der lutherischen Heiliggeist-Kirche es ausdrückt. Alte religiöse Sitten, die in vielen Teilen Deutschlands längst vergessen sind, haben sich hier gehalten. An jedem Sonnabend um 18 Uhr wird der Tag des Herrn eingeläutet, und beim Vaterunser untermalt der Küster jede einzelne Bitte mit einem Glockenschlag.

Es ist freilich kein gutes Omen für die Zukunft der deutschen Sprache in Fredericksburg, daß nur noch der 84 Jahre alte Pastor Arhelger in der Lage ist, einmal im Monat einen deutschen Gottesdienst zu zelebrieren. In einer anderen Gemeinde hatte sich einmal ein junger Vikar darin versucht, aber als er bei der Austeilung der Hostien sagte „Dies ist mein Lieb" und die Gläubigen albern kicherten, wurde dieses Experiment eingestellt.

Pastor Arhelgers Großeltern waren dabei, als der Generalbevollmächtigte des Adelsvereins, der Freiherr von Meusebach, 1846 die Stadt gründete und sie nach dem Prinzen Friedrich von Preußen benannte. Der Pfarrer hatte erst auf der Schule Englisch gelernt. Wie viele Fredericksburger, auch jüngere, hat er einen deutlichen deutschen Akzent. Aber sein Deutsch ist, im Gegensatz zu dem Kauderwelsch, das in Pennsylvanien gesprochen wird, gepflegt, wenngleich etwas antiquiert. Statt der Anrede „Sie" sagt man in „Fritztown" zum Beispiel noch „Ihr".

Der Einfluß der Reichen aus den Großstädten wächst

„Deutsch ist die Umgangssprache der meisten Leute über 45. Die Hälfte der 13 500 Bürger unseres Landkreises beherrscht es noch", sagt Jim Hartmann, der Geschäftsführer der Handelskammer und Leiter der „Original Ommpah Band", die auf allerlei Volksfesten „Anneliese" spielt. Aber bei der Jugend verliert sich die deutsche Sprache. „Wie ist Ihr Deutsch?" wollte ich von einer jungen Kellnerin wissen. Sie antwortete: „Pretty good, aber ich verstehe better denn ich spreche."

Woran liegt's? Zum Teil am Einfluß des Fernsehens, zum Teil an der Tatsache, daß in den letzten 20 Jahren nur wenige Kinder Deutschunterricht nahmen, zum Teil auch daran, daß sich die Jugendlichen zunehmend nach den Großstädten orientieren, wo es mehr und viel besser bezahlte Stellen gibt. Denn Fredericksburg hat neben Tourismus, Land- und Viehwirtschaft keine nennenswerte Industrie. Es liegt aber eben auch an dem wachsenden Einfluß wohlhabender Angelsachsen aus Dallas und Houston, die in und um den Luftkurort „Fritztown" teils komplette Ranchen als Abschreibungsobjekte, teils die für diese Stadt typischen „Sonntagshäuser" aufkaufen.

Viele alte Fredericksburger machen sich über diesen Ausverkauf ihrer Stadt Sorgen. „Sie wird zu einem Zwischending zwischen Ferienkolonie und Museum", sagt ein Gast im Biergarten „Altdorf". Doch es gibt auch Optimisten, die noch keineswegs das Ende des Deutschtums in Texas kommen sehen. Der Austausch mit der Heimat der Ahnen ist rege. Von dort kommen jedes Jahr Wanderfreunde zum „Walkfest", und mit Glückstadt besteht so etwas Ähnliches wie eine Städtepartnerschaft. Auch ziehen seit einiger Zeit immer mehr Deutschstämmige aus anderen Teilen der USA und sogar Bürger der Bundesrepublik in dieses Gebiet. Die Einwanderer aus der Bundesrepublik, insgesamt 100 bis 150 Familien, werden in Fredericksburg die „Neudeutschen" genannt.

Vogel: Kohl bekam die Quittung

pp. Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat gestern vor der SPD-Bundestagsfraktion vor der „verständlichen" Euphorie gewarnt, daß die Sozialdemokraten nach den Wahlerfolgen in Bremen und Hessen die „Talsohle" bereits durchschritten hätten, in die sie 1981 gekommen seien. Denn alles, was an Geschlossenheit und argumentativem Umgang miteinander in der Fraktion seit dem 7. März erreicht worden sei, setze sich in der Partei insgesamt eben „erst allmählich um".

Vor allem das Ergebnis in Hessen sei auch eine Antwort der Wähler „an Helmut Kohl persönlich" gewesen. Er habe dafür „büßen" müssen, daß er es in mehreren „zentralen Fragen an Klarheit hat vermissen lassen". So könne Wirtschaftsminister Lambsdorff die Werften- und Stahlkrise immer noch in der „Attitüde eines unbeteiligten Amtsrichters" behandeln, und der deutschlandpolitische „blutige Dilettant" Strauß dürfe „wie ein Elefant im Porzellanladen herumtrampeln" sowie aus der „DDR" freigelassene Häftlinge „wie ausgehandelte Sklaven" vorführen.

Die Absage der hessischen FDP an eine Koalition mit der SPD ist nach Vogels Worten nicht unbedingt ernst zu nehmen. Er erinnerte an seine Zeit als Regierender Bürgermeister in Berlin: Vor der Wahl im Mai 1981 habe es ebenfalls eine klare Koalitionsaussage – damals zugunsten der SPD – gegeben. *Dabei sei der damalige Berliner* FDP-Vorsitzende auch nach der Wahl geblieben. Der Bundesvorsitzende Genscher habe vom Weg in die „konstruktive Opposition" gesprochen. Und heute gebe es an der Spree eine *CDU/FDP-Koalition.*

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. *Postmaster: Send address changes* to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

SPD startet Offensiven im In- und Ausland

Das Bild der Partei soll aufgehellt werden

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bonner SPD-Fraktion soll nach dem Willen von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel – und in voller Übereinstimmung mit Parteichef Willy Brandt – zur Kernzelle für die Regeneration der Bundes-SPD werden. Diesem Zweck dienen auch zwei Offensiven, die von den Parlamentariern jetzt stellvertretend für die Gesamtpartei gestartet worden sind: Vor Ort sollen die Argumente der SPD in den Kernbereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Abrüstungs- und Sicherheitspolitik Betroffenen und Partnern nähergebracht und zugleich deren Wünsche und Vorstellungen angehört werden.

Zu diesem Zweck sind in diesen Wochen sozialdemokratische Abgeordnete *in den Hauptstädten Westeu*ropas sowie Kanadas unterwegs, um die Haltung der SPD zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen und zum NATO-Doppelbeschluß zu erläutern. Parallel dazu wird die Gesamtfraktion am 10. und 11. Oktober zum ersten Mal in ihrer Nachkriegsgeschichte außerhalb Bonns tagen, um im „Problembereich" Ruhrgebiet vor Ort Informationen über die wirtschafts- und sozialpolitische Lage zu sammeln und die eigene Position zu erklären.

Für die außenpolitischen Aktivitäten ist der Abgeordnete Hermann Scheer als Koordinator bestellt worden. Den Auftakt bei den Westausflügen hatten vor einer Woche SPD-Parlamentarier unter der Leitung von Horst Ehmke und Karsten Voigt in Italien gemacht, das im Falle einer notwendigen westlichen Nachrüstung ebenfalls als Stationierungsland (für Cruise Missiles) vorgesehen ist. Delegationen unter der Leitung von Egon Bahr und Günter Huonker bzw. Dietrich Stobbe und Andreas von Bülow sind gerade in London bzw. Ottawa. Parallel dazu stellt sich der Parteivorsitzende Willy Brandt einem sicherheitspolitischen Hearing des US-Kongresses in Washington.

Dabei stehen im Zentrum die von Vogel veröffentlichten SPD-Vorschläge zu den Genfer Verhandlungen. *Diese beinhalten vor allem die* Idee, die Gespräche über Mittelstreckenwaffen (INF) und über strategische Waffen (START) zusammenzufassen, um so das Problem der Einbeziehung französischer und britischer Mittelstreckensysteme lösen zu können.

Während in den westlichen Hauptstädten auf diese Weise der Versuch gemacht wird, das Bild, das die SPD derzeit in der Abrüstungsfrage bietet, aufzuhellen, steht im Zentrum der innen- und regionalpolitischen Aktivitäten der Wille, Präsenz in anderen, ebenso wichtigen Politikfeldern zu zeigen, die SPD aus dem Ruch der „Raketen-Diskussions-Partei" zu befreien. Vogel hat dafür die Devise ausgegeben: Rausgehen, mit den Leuten reden.

Je ein Mitglied des Fraktionsvorstands wird dafür an der Spitze von einem knappen Dutzend weiteren Bundestagsabgeordneten am 10. Oktober *in je einer Ruhrgebietsstadt* Problem-Studien vor Ort treiben. Auf dem Programm stehen dabei Treffen mit den Oberbürgermeistern und Kommunalpolitikern, Informationen in Unternehmen, Gespräche mit den Beschäftigten und den Geschäftsführern der Betriebe.

So will der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer Essen erkunden mit Besuchen in einem von Bund und Land geförderten Modellvorhaben „Wohnungsbau für Kinderreiche" und Gesprächen im Energie-Unternehmen Steag. Der umweltpolitische Sprecher Volker Hauff kümmert sich mit seiner Delegation um bleifreies Benzin (bei VEBA-Öl) und Entschwefelung (bei VEBA-Kraftwerken) *in Gelsenkirchen, während* Vogel selbst das Thema Kohle ins Zentrum seiner Erkundungen gestellt hat (bei der Ruhrkohle AG und der IG Bergbau). Die Fraktionssitzung am kommenden Tag soll dann erste Erfahrungen verarbeiten und sich deshalb allein mit dem Thema Ruhrgebiet beschäftigen.

General Mack Nachfolger von Kießling

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Während in diesen Tagen auf wichtigen Kommandoposten von NATO *und Bundeswehr die Personen wech*seln – etwa der bisherige NATO-Oberbefehlshaber Europa Mitte, General von Senger und Etterlin, in den Ruhestand geht und diesen Posten der bisherige Kommandierende General des II. Korps in Ulm, Generalleutnant Chalupa, einnimmt –, hat Bundesverteidigungsminister Wörner für das nächste Jahr schon die neuen Generale und Admirale für andere hohe Posten benannt.

Wahrscheinlich schon zum kommenden April soll der jetzige Kommandierende General des III. Korps in Koblenz, Generalleutnant Mack, als Nachfolger von General Dr. Kießling stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber bei Shape und damit einer *der engsten Mitarbeiter des amerika*nischen Generals Rogers werden. Für Oktober 1984 ist als Nachfolger von Heeresinspekteur Glanz Generalleutnant Hans-Henning von Sandrat vorgesehen, der im NATO-Stab von Rogers stellvertretender Stabschef für Planung und Operationsführung ist. Auch für den Marineinspekteur Bethge ist für dessen Pensionierung im Frühjahr 1985 schon ein Nachfolger in Sicht. Es ist Konteradmiral Wellershoff, Kommandeur der Füh*rungsakademie in Hamburg, der mit* der Pensionierung von Konteradmiral Vohs, dem jetzigen Stellvertreter von Bethge, im kommenden März dessen Posten erhalten soll.

Ein weiterer wichtiger Posten im Verteidigungsministerium wird im Oktober 1984 neu besetzt. Für Generalmajor Tandecki, den Stabsabteilungsleiter Militärpolitik im Führungsstab der Streitkräfte, der als Nachfolger des dann in Pension gehenden Generalleutant Bernhard neuer *Deutscher Militärischer Ver*treter im Militärausschuß der NATO in Brüssel werden wird, kommt der jetzige Kommandeur der Panzerbrigade 13 in Wetzlar, Brigadegeneral Hüttel. Nachfolger von General Mack als „KG" in Koblenz wird Generalmajor Diedrichs, jetzt Kommandeur der 7. Division in Unna.

Grüne wollen mit Börner ein Gegengewicht zu Bonn bilden

CDU und FDP machen deutlich: Eine Minderheitsregierung wird nicht toleriert

D. GURATZSCH, Frankfurt

Nach der FDP gibt jetzt auch die CDU die Absicht zu erkennen, den hessischen Wahlsieger Holger Börner auf dem trockenen sitzen zu lassen. Im Anschluß an eine Zusammenkunft des CDU-Landesvorstands in Fernwald bei Gießen erklärte der Landesvorsitzende der Union und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann am Montagabend, seine Partei werde weder eine Große Koalition mit der SPD schließen noch ein SPD-Kabinett „tolerieren". Sie werde vielmehr in der Parlamentsarbeit „eng mit der FDP" zusammengehen und eine „konstruktive Opposition" betreiben.

Damit hat Wallmann Äußerungen revidiert, mit denen er vor den Wahlen Aufsehen erregt hatte. Eine Große Koalition, so hatte er noch am 21. September in einem WELT-Interview gesagt, sei immer noch besser als eine rot-grüne Koalition. Sie könne dann in Frage kommen, wenn die „Koalition der Mitte" aus CDU und FDP ihr Wahlziel verfehle. Und das ist bei den Wahlen am vergangenen Sonntag eingetreten.

Zur Begründung seines Sinneswandels sagte Wallmann, aus dem Wahlergebnis lasse sich nicht der Auftrag der CDU-Wähler ablesen, die Positionen der SPD zu übernehmen. Nach der Niederlage der Union und der ausdrücklichen Absage Börners an eine Große Koalition dürfe die *CDU nicht den Eindruck* erwecken, als gehe es ihr um „Posten und Positionen" in der künftigen Landesregierung. Es sei jetzt an Ministerpräsident Börner, sachliche Angebote zu machen, „und die werden wir von Fall zu Fall prüfen". Wallmann: „Er mag den Haushalt vorlegen. Ein Blankoscheck der CDU für seine Regierung ist ausgeschlossen." In diesem Zusammenhang kündigte der CDU-Landesvorsitzende an, er werde schon in wenigen Tagen einer Einladung Börners zu Gesprächen folgen.

Auch die hessische FDP hat sowohl eine Koalition mit der SPD als auch die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung für die gesamte Legislaturperiode ausgeschlossen. Ihr Landesvorsitzender Wolfgang Gerhardt hat dazu allerdings erläutert, seine Partei sei nicht in den Landtag eingezogen, um politische Fortschritte „zu blockieren". So werde es bei der Verabschiedung des Haushalts für 1983 um „Kompromisse" gehen. Es sei am Ministerpräsidenten, sich dafür Partner zu suchen. Die FDP sei zu einer konstruktiven Haltung bereit, „wenn die Rahmenbedingungen passen". Staatliche Beschäftigungs- und Investitionsprogramme werde sie nicht mittragen. Aber gerade derartige Programme hatte Börner in seinem WELT-Interview vom 21. September zum Kernstück seiner Politik erklärt.

Auch die vierte Partei im künftigen Hessischen Landtag, die Grünen, haben bisher eine Koalition mit anderen Parteien strikt ausgeschlossen. Ihre endgültige Linie wollen sie am kommenden Wochenende auf einer Landesmitgliederversammlung in Petersberg-Marbach bei Fulda beschließen. Als Entscheidungshilfe erwarten sie von der SPD noch in dieser Woche Stellungnahmen zu parlamentarischen Initiativen, die sie in der ersten Arbeitssitzung des Hessischen Landtages starten wollen und die, wie der Abgeordnete Karl Kerschgens der WELT sagte, „der SPD nicht an die Identität gehen".

Diese Initiativen betreffen erstens die in Hessen laufende Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen die Raketenstationierung. Die Grünen wünschen, daß die SPD-Landesregierung zusichert, dieses Volksbegehren „nicht abzuschmettern wie das Volksbegehren gegen die Startbahn West". Zweitens solle die SPD erklären, daß sie bei der Genehmigung eines in Darmstadt geplanten Kohlekraftwerkes der Firma Merck „alle rechtlichen Möglichkeiten zur Abgasreinigung" entsprechend der neuen Großfeuerungsanlagen-Verordnung „voll ausschöpfen" werde und zu einer Verschärfung der hessischen Smog-Verordnung bereit sei.

Der dritte Komplex betrifft parlamentarische Initiativen, mit denen die Grünen in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht durchgedrungen sind, die aber pikanterweise „deckungsgleich mit Gewerkschaftsforderungen" (Kerschgens) sind: Absicherung von Ausbildungsplätzen durch eine Ausbildungsplatzabgabe sowie Verabschiedung des von den Grünen eingebrachten hessischen Personalvertretungsgesetzes. Die Antworten der Regierung auf diesen Fragenkatalog sollen nach Kerschgens deutlich machen, „wo diese SPD steht".

Nach Meinung der hessischen Grünen sind das gute Abschneiden der SPD bei den Wahlen, aber auch der Wiedereinzug der Grünen in das Landesparlament Belege dafür, daß die Mehrheit der hessischen Wähler eine Politik wünscht, mit der ein „Gegengewicht" gegen Bonn gebildet wird. Eine solche Politik mit sozialen und ökologischen Inhalten könne die SPD jedoch nur im Zusammengehen mit den Grünen, nicht aber mit einer der beiden Bonner Regierungsparteien CDU oder FDP verwirklichen.

Exakt in dieser Aussage treffen sich die hessischen Grünen mit einer ersten Stellungnahme der Jusos zum Ausgang der Landtagswahl. Auch darin wird gefordert, „eine sozial und ökologisch orientierte Politik als Gegengewicht zu Bonn in Hessen zu verwirklichen". Dabei verbiete sich – so der hessische Juso-Vorsitzende *Norbert Schüren – „jedes Zugeständ*nis an die hessischen Statthalter der Bonner Politik". Als sozialdemokratische „Eckpunkte für einen Verhandlungskatalog zur Schaffung einer Mehrheit im Landtag" tauchen auch hier grüne Forderungen auf wie: „Kein Atomkraftwerk Biblis C" und „Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe für Hessen". Aus der Presseerklärung der Jusos spricht ein neues Selbstbewußtsein, weil zum erstenmal wieder die Hälfte der Erst*wähler am 25. September SPD* gewählt hat.

Demgegenüber mußten die Grünen gerade bei den Jungwählern einen Abschmelzungsprozeß von früher 30 auf elf Prozent hinnehmen. *Diese Verschiebung kann Auswir*kungen auf die Kompromißfähigkeit der grünen Landtagsfraktion haben, zumal auch in den früheren „Kampfgebieten" Hessens in Waldeck-Frankenberg und rund um die Startbahn West der Anteil grüner Wähler drastisch abgesunken ist. Die Landtagsgruppe ist damit den Druck losgeworden, im Parlament eine harte, „fundamentalistische" Linie einzuschlagen und unerfüllbare Forderungen wie zur Wiederaufforstung der Startbahn zu vertreten. Die „außerparlamentarische Bewegung" hat ihre Bedeutung als „Standbein" der hessischen Grünen möglicherweise verloren.

Für seine Attacken gegen Bonn erntet Tandler Lob von Strauß

Der CSU-Fraktionschef: In der Familienpolitik ist „noch gar nichts geschehen"

PETER SCHMALZ, München

Die Forderungen der CSU nach einer klaren und auch für die Bürger erkennbaren Wende der Bonner Politik haben durch die CDU-Verluste in Hessen eine neue Schubkraft bekommen. Im Münchner Landesvorstand fand der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Gerold Tandler, eine breite Zustimmung für seine Meinung, man dürfe anstehende Probleme nicht weiter auf die lange Bank schieben, sondern müsse noch in diesem Herbst konkrete Fakten setzen, auf deren Basis sichtbare Leistungen bis zur nächsten Wahl erbracht werden können.

Widerspruch fand der Fraktionschef jedoch bei einigen Parteifreunden, die in Bonn als Minister, Staatssekretäre oder Abgeordnete tätig sind; sie halten die Münchner Kritik für überzogen. Franz Josef Strauß selbst will sich zur Zeit aus dem Dauerkonflikt zwischen München und Bonn zumindest öffentlich zurückhalten und verbirgt seine Unzufriedenheit hinter Sätzen, in denen Zustimmung mit und Kritik an der *Koalition gleichermaßen verpackt* sind: „Die CSU spiegelt sich in diesem Bündnis voll wider, aber sie stellt natürlich gewisse Forderungen und Erwartungen gegenüber diesem Bündnis."

Beispielsweise hätte es sich der CSU-Vorsitzende nicht träumen lassen, daß er ausgerechnet mit einer Koalition, in der die Unionsparteien das Übergewicht haben, einen Kampf um die Familienpolitik austragen muß. Noch ist der Ärger nicht verraucht, daß sein Einsatz für den Erhalt des Mutterschaftsgeldes, der ihn sogar während seines Mittelmeer-Urlaubs beschäftigte, bisher vergeblich war. Über diesen und andere Bereiche der Bonner Politik könnte Strauß aus dem Stegreif eine plastische Philippika formulieren, im Augenblick findet er für sich eine öffentliche Zurückhaltung jedoch als angebracht und scheint es deshalb mit *Wohlgefallen zu sehen, daß Tandler* ihn in der Rolle des Buhmannes entlastet und mit kräftigen Strichen die CSU-Kritik an Bonn skizziert. „Herr Tandler hat einer in der Landtagsfraktion weitverbreiteten Stimmung Ausdruck gegeben", lobte Strauß die Attacken des Fraktionsvorsitzenden.

Nach der Klausurtagung der CSU-Fraktion hatte Tandler freimütig zugegeben: „Alle Wortmeldungen haben sich kritisch mit der gegenwärtigen Bundesregierung beschäftigt." *So haben einige Abgeordnete der* Regierung in Bonn vorgeworfen, sie hätte die nach dem Milliardenkredit erzielten Verhandlungsergebnisse sehr schlecht verkauft.

In der Familienpolitik, so monierte Tandler nach der Tagung öffentlich, sei „noch gar nichts geschehen", der Haushaltsentwurf sei „nicht optimal gestaltet". Bevorzugte Zielscheibe seiner Kritik wurde Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), dem Tandler Taten- und Erfolglosig*keit vorwarf. Er sei auch in der neuen* Bundesregierung nicht besser geworden. „Der Lambsdorff tut doch nach wie vor nichts." Die Stahl- und Werftenkrise sei seit Jahren absehbar gewesen, es sei aber nichts geschehen.

Hinter Tandlers Kritik steckt die in der CSU bereits seit Monaten verbreitete Befürchtung, die neue Bundesregierung unter Helmut Kohl könne sich bei der Bewältigung gravierender Probleme ähnlich erfolglos zeigen wie die Schmidt-Regierung und damit das Ansehen der Unionsparteien in der Bevölkerung beeinträchtigen. Schon mehrfach hat Strauß gemahnt, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik sei es, Worte und Taten in Einklang zu bringen. In diesem Sinne ist auch Tandlers Satz zu verstehen: „Wenn man vorher von der Wende spricht, erwartet man doch, daß sie stattfindet."

Helmut Kohl mußte sich den Münchner Hinweis auf die stets weit über der CDU liegenden CSU-Prozentsätze gefallen lassen, die einen wesentlichen Beitrag zum Wahlsieg vom 6. März bedeuteten. „Es liegt", so meinte Tandler, „auch im Interesse des Bundeskanzlers, daß wir in Bayern unsere *hohen Ergebnisse hal*ten. Die aber halten wir nur, wenn wir unseren Wählern Ergebnisse klarmachen können."

Uneingeschränkter Zufriedenheit der Münchner CSU-Mannschaft kann sich eigentlich nur ein Bonner Regierungsmitglied erfreuen: Innenminister Friedrich Zimmermann, dem die Querelen um den Regierungswechsel im vergangenen Jahr und den Neuwahltermin vergeben sind und über den Tandler lobend urteilt: „Der hat *die Wende in seinem Bereich herbei*geführt." Zimmermann war's recht, Tandler aber bekam im Landesvorstand zu spüren, daß sich vier andere CSU-Bundesminister auf den Schlips getreten fühlten. Doch solche kleinen internen Verstimmungen sind in München kein Grund zur Besorgnis.

Was von Weizsäcker in Wittenberg sagte

DW. Wittenberg

Auf dem Marktplatz zu Wittenberg sprach Berlins Regierender Bürgermeister und Präsidiumsmitglied des Evangelischen Kirchentages vor 12 000 Menschen ein Grußwort aus Anlaß des siebten und letzten Kirchentages 1983 in der „DDR". Hier Auszüge:

Sie und wir gehen unserer Wege nicht nur in voller Unabhängigkeit, sondern auch in der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland. Sie und wir tragen dafür in partnerschaftlicher Freiheit Mitverantwortung. Wir sind verbunden in dem, was den Kirchentag immer geprägt hat und weiter prägen wird:

– Wir leben hüben und drüben unter verschiedenen Bedingungen, gesellschaftlichen Systemen und persönlichen Spielräumen. Wir respektieren dies gegenseitig selbstverständlich so, daß keiner dem anderen einen unangemessenen Rat geben will.

Aber wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, *mehr als Kultur und mehr als* die Haftung für unsere Geschichte.

– Es fängt beim einfachsten an: Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an den Grenzen nicht halt. Sie reinzuhalten ist unser gemeinsames Interesse.

– Der menschengerechte Frieden, um den wir uns sorgen und bemühen, ist nicht teilbar zwischen Ost und West.

– Aber auch in unseren Familien und Gemeinden sind ja viele unserer Schwierigkeiten gar nicht so unterschiedlich, wie manche glauben. Junge Menschen bei Innen und uns kapseln sich manchmal ab. Oder sie begehren gegen das auf, was sie bei uns Älteren als unglaubwüdig empfinden oder als mangelnde Verantwortung gegenüber ihrer Zukunft. Ältere bei Ihnen und uns müssen sich stellen und nicht mitträumen, sondern differenziert denken, sorgfältig begründen, verantwortlich handeln...



SPD bildet Stuttgarter Schattenkabinett

xhk./DW. Stuttgart

Der baden-württembergische SPD-Chef Ulrich Lang will mit einem „Schattenkabinett" in den Landtagswahlkampf 1984 ziehen und dem Wähler damit eine „klare Alternative" zur regierenden CDU bieten. Wahlziel der SPD ist es nach Angaben Langs, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen und den negativen Trend der Sozialdemokraten, die bei der Landtagswahl 1980 auf 32,5 Prozent der Stimmen kamen, umzukehren. Die FDP sei als Koalitionspartner für die SPD ausgeschlossen, weil sie sich an die CDU „verkauft" habe. Auch die Grünen kämen nicht als Koalitionspartner in Betracht.

Lang als „Ministerpräsident" hat den früheren Bonner Forschungsminister Andreas von Bülow als „Minister" für Forschung, Wissenschaft und Kunst vorgesehen. Die Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin ist für den Bereich Justiz und für die Gleichstellung der Frau zuständig, der Bundestagsabgeordnete Harald B. Schäfer für das Innenressort und der Finanzexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Spöri, für das Ressort Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Der GEW-Vorsitzende Siegfried Vergin ist als Kultusminister, der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Uli Maurer als Minister für Natur und Umwelt vorgesehen.

DKP verlor ein Viertel ihrer Wähler

W. K. Bonn

Die hessische DKP hat bei der Landtagswahl ein Viertel ihrer früheren Wählerschaft verloren. In einer Erklärung des DKP-Bezirksvorstandes wird der Rückgang auf 0,3 Prozent (8692 Stimmen) mit „Angst vor der CDU" begründet. Sie sei „so groß", daß „offenbar auch frühere Wähler der DKP ihre Stimme der SPD gaben oder die Grünen wählten". Bei diesem Trend, der in naher Zukunft ein „0,0 Prozent" der orthodoxen Kommunisten bei Wahlen nicht mehr ausschließt, hat der hessische Parteivorstand gestern „SPD, Grüne, Demokratische Sozialisten und Liberale Demokraten" zum „außerparlamentarischen Kampf" aufgerufen.

Die Bremer DKP, die auf eine eigene Kandidatur zugunsten der „Betrieblich-Alternativen Liste" (BAL) verzichtet hatte, warf den Wählern vor, sie hätten nicht die Kraft aufgebracht, die neue Liste (1,37 Prozent) über die Fünf-Prozent-Hürde zu bringen.

Urteil gegen Heißler bestätigt

DW. Karlsruhe

Der Bundesgerichtshof hat die Revision des Terroristen Rolf Gerhard Heißler gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Düsseldorf vom November 1982 als unbegründet verworfen. Heißler, Mitglied der terroristischen RAF, war 1978 bei dem Versuch gefaßt worden, die deutsch-niederländische Grenze zu überschreiten. Dabei wurden zwei niederländische Beamte getötet und zwei weitere verletzt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte Heißler deshalb zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Bundeswehr steht vor wichtigen Entscheidungen

Personelle und materielle Planung für die 90er Jahre

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Spätestens im nächsten Jahr muß die Führung der Bundeswehr weitreichende Entscheidungen zum Personal und zur materiellen Ausstattung der Bundeswehr sowie ihrer Struktur treffen, wenn die Streitkräfte auch im nächsten Jahrzehnt ihre Aufgabe an der Seite der Bündnisarmeen in der NATO erfüllen sollen. Nach Ansicht führender Generale muß es die Aufgabe der Bundeswehr auch künftig sein, im militärstrategischen Konzept der Abschreckung der NATO so viel Kräfte in der richtigen Gliederung und Bewaffung zur Verfügung zu haben, daß dem Warschauer Pakt als potentiellen Angreifer das Kriegsrisiko und vor allem der Schaden, der der Sowjetunion selbst dabei zugefügt würde, als unkalkulierbar und mit Sicherheit als zu hoch erscheinen muß.

Zentrale Fragen, die dabei von der Bundeswehr-Führung beantwortet werden müssen, lauten: Welche personelle Stärke ist in den neunziger Jahren trotz der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge zu halten? Für den Fall der Verringerung des Personalumfangs: Können die Verbände in der Vorneverteidigung generell ausgedünnt werden, oder muß man neue *Organisationsstrukturen* finden, in denen ganze Verbände generell im Frieden stillgelegt sind, also „gekadert" und erst bei der Mobilmachung mit Personal aufgefüllt würden? Schließlich, welche Waffen brauchen Heer und Luftwaffe zum erfolgreichen Kampf gegen die zweite strategische Staffel des Warschauer Paktes und zur Sicherung der Luftherrschaft über dem eigenen Territorium?

Nach zuverlässigen Informationen sind unter der Verantwortung des neuen Generalinspekteurs, General Altenburg, die entsprechenden Untersuchungen zur Fortschreibung der sogenannten Bundeswehrplanung inzwischen weit fortgeschritten, so daß die für das nächste Jahr anstehenden Entscheidungen der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums offenbar dann gut belegt sein dürften.

Die Geburtenjahrgänge sinken schon 1985 rapide

Zum Problem der Erhaltung des Personalumfangs ist die Ausgangslage klar: Schon von 1985 an sinken die wehrpflichtig-werdenden Geburtenjahrgänge rapide und fallen von 1987 bereits unter den jährlichen Bedarf zur Auffüllung der Truppe mit Rekruten. Die alleinigen Möglichkeiten, die die Planer auf der Hardthöhe sehen, um die drohende Lücke zu füllen, sind die Erhöhung des Anteils der längerdienenden Soldaten, die Herabsetzung der Einstellungskriterien für Wehrpflichtige sowie eventuell auch die Heranziehung von Frauen, die zu freiwilligem Dienst in der Bundeswehr bereit sind. Errechnet wurde bereits, daß die Erhöhung des Längerdieneranteils um 8000 Mann über einen Zeitraum von fünf Jahren zusätzliche Personalkosten von etwa 3,2 Milliarden Mark ausmachen dürfte. Zusammen mit einer möglichen Verlängerung des Grundwehrdienstes von jetzt 15 auf später 18 Monate, der Öffnung der Truppe für Frauen und der Senkung der Musterungskriterien hofft die Hardthöhe die Friedensstärke der Bundeswehr im nächsten Jahrzehnt auf 450 000 Mann halten zu können.

Die Frage, die bislang unbeantwortet ist, lautet: Werden die rund 50 000 Mann Fehl in der Präsenz allgemein ausgedünnt, oder werden ganze Verbände „gekadert"?

Ausstattung der Luftwaffe muß verbessert werden

Hinsichtlich der Ausrüstung der Bundeswehr steht die Hardthöhe vor ähnlich gravierenden Problemen. Ausgemacht ist für die verantwortlichen Militärs, daß die Ausstattung der Luftwaffe wesentlich verbessert werden muß. Die Fachleute sind sich einig, ein wirksames Niederhalten der gegnerischen Luftwaffe oder ihre Abwehr über dem eigenen Territorium ist die Voraussetzung dafür, daß die Landstreitkräfte den Abwehrkampf in der Vorneverteidigung *überhaupt mit Aussicht auf Erfolg* führen können. Konkret heißt das, daß der Luftverteidigungsgürtel über der Bundesrepublik wieder mit modernen Waffensystemen ausgerüstet werden muß. Dafür ist dem Vernehmen nach die Anschaffung des „Patriot"-Systems als Nachfolger für die veralteten „Nike"-Raketen unumgänglich. Darüber hinaus braucht die Luftwaffe zur Luftverteidigung ihrer Basen das „Roland"-System sowie zur Ergänzung beider ortsfester Abwehrwaffen ein bewegliches Waffensystem, also einen Luftverteidigungsjäger.

Zum Kampf gegen die zweite Strategische Staffel der sowjetischen Landstreitkräfte erwägt man in der NATO die Bereitstellung von weitreichenden konventionell bestückten Raketen, die schon beim Heranrükken der Kräfte gegen Westeuropa in die Tiefe wirken sollen. Ähnliche Überlegungen werden im Bonner Verteidigungsministerium angestellt. Vor allem aber will man in Bonn für das Tornado-Flugzeug mit seiner relativ sicheren und hohen Eindringtiefe Waffen beschaffen, die neben der Zerstörung der gegnerischen Luftwaffe am Boden auch zum Kampf gegen die zweite Strategische Staffel geeignet sind. Zur Sicherung der Eindringfähigkeit des Tornado hält man es zusätzlich für geboten, weitere Flugzeuge mit speziellen Fähigkeiten zur elektronischen Kampfführung zur Unterstützung der Kampfflugzeuge bereitzustellen.

Unter den verantwortlichen Fachleuten scheint offensichtlich auch schon Klarheit darüber zu herrschen, daß die anstehenden Aufgaben zur Erhaltung der Kampfkraft der Bundeswehr mit der gegenwärtig gültigen Finanzplanung nicht zu erfüllen sein werden. Bislang hat der Verteidigungsetat einen Anteil von 18,7 Prozent am Bundeshaushalt. Die Führungsstäbe erwarten von der Bundesregierung eine Erhöhung dieses Anteils.

Frankreichs Sozialisten rücken wieder zur Mitte. KPF ist nervös

Die Koalitionspartner sind in Fragen der Tagespolitik zerstritten / Rede Mitterrands

A. GRAF KAGENECK, Paris

In Paris gibt es Anzeichen, daß sich das Glutrot der ersten Jahre des Sozialismus in Rosarot verwandelt. Daß etwas in Bewegung geraten ist, läßt sich aus der Nervosität der Kommunisten ersehen. Sie schießen nach allen Seiten, verdächtigen ihre sozialistischen Koalitionspartner, schon wieder nach der Mitte zu schielen, und sie kritisieren die Rechtsopposition. Mit dem Gespür der Klassenkämpfer merken sie, daß sich die Basis, auf der die Linkskoalition ruht, zu verschieben beginnt und daß das Trittbrett, auf dem sie seit 30 Monaten mitfahren dürfen, locker geworden ist.

Ausgelöst hat dies die Rede, die Präsident Mitterrand im Fernsehen gehalten hat, besser der Monolog, den er vor ein paar Journalisten mit sich hielt. Er sagte, der Sozialismus sei kein Monster, das darauf ausgehe, die Menschen zu verschlingen. Er lasse jedem die Möglichkeit, nach seiner Fasson selig zu werden, sich zu bereichern, sein Geld nach eigenem Ermessen zu verwenden, vorausgesetzt, es sei durch Fleiß verdient worden. Man habe die Industrie nicht verstaatlicht, um einigen Böses anzutun, sondern um sich ein besseres Instrument *im Kampf um die Weltmärkte* zu schaffen. Dies könne jederzeit rückgängig gemacht werden, wenn sich eine andere Methode als besser erweise. Ja, die augenblickliche Steuerlast der Franzosen sei unerträglich. Man habe auch Fehler gemacht, die es auszubügeln gelte. Mit dem Steuergeld werde man nun besser verfahren, wenn die Franzosen endlich einsähen, daß die Krise, die seit dem Ölschock von 1973 andauert, im Grunde eine Chance für sie sei.

War das noch ein Sozialist, der da sprach? Der Präsident, ein Philosoph, dem Ausflüge in die Niederungen der Ökonomie stets schwerfallen, will sich nicht lange bei den Heilmitteln für die Krise aufhalten. Er spricht von der urbanen Zivilisation von morgen, in der alle gleiche Chancen, gleichen Komfort haben werden, die Eingesessenen wie die Zuwanderer, die Privilegierten wie die Ausgebeuteten. Vom Klassenkampf, sagt er, daß er der Vergangenheit angehöre und nach seiner Ansicht nun auch endlich aufhören müsse.

Dasselbe hätte ein Giscard, ein Pompidou, ein de Gaulle oder ein Chirac sagen können. Prompt kam dann auch der Gaullistenchef zwei Tage später mit dem Eingeständnis daher, daß alles, was der Präsident gesagt habe, durchaus akzeptierbar sei. Er könne sich sehr gut eine Zusammenarbeit zwischen ihm, dem Gaullisten, und einem sozialistischen Präsidenten im Elysée-Palais vorstellen, wenn die nächsten Parlamentswahlen von 1986 eine rechte Mehrheit in die Kammer schicken würden.

Das ist natürlich nicht das, was Mitterrand will. Der Routinier der Politik weiß inzwischen genau, wo die Franzosen der Schuh drückt. Ganze Armeen von Wählern, die sich 1981 auf seine Seite geschlagen haben, sind ihm davongelaufen, weil sie sich den Sozialismus als ein Weiterwursteln *im bisherigen Tempo* vorgestellt hatten und einmal einen „neuen" im Elysée haben wollten. Daß es ihnen wirtschaftlich, steuerlich, sozial und bis in die Freizeit hinein an den Kragen gehen würde, hatten sie trotz aller Warnungen der Rechten nicht erwartet. Daß schließlich Kommunisten, die sich als Befehlsempfänger Moskaus ins Kabinett, in die Verkehrsbetriebe, die Gewerkschaften, die Industrie, ja bis in die Armee hinein eingenistet haben, den Sozialisten das Marschtempo vorschreiben, bringt das Faß zum Überlaufen. Mitterrand spürt dies, und er zögerte keinen Augenblick, das Steuer herumzureißen und mit Argumenten um neues Vertrauen zu werben, die sonst fast ausschließlich von der Rechten vorgetragen werden.

Es stellt sich die alte Frage, wie sozialistisch der Sozialist Mitterrand ist. Seinen Machtehrgeiz hat er zufriedenstellen können, auch wenn er dabei viele Haare lassen mußte. Dies wiederum ließ ihn schon laut die Frage stellen, ob er 1988 noch einmal kandidieren soll. Was aus der Sozialistischen Partei wird, weiß niemand vorauszusagen, auch der Kongreß von Bourg-en-Bresse Ende Oktober wird es nicht können. Starke Kräfte in ihr zerren nach links; sie werden nach Mitterrands Fernsehrede stärker werden.

Mit den Kommunisten hat sich Mitterrand in praktisch allen Fragen der Tagespolitik überworfen, vom Tschad und den Raketen über Libanon, die Steuerpolitik, die Arbeitslosenbekämpfung, die Sparpolitik bis hin zum Flugzeugabschuß durch die Sowjets zerstritten. Er wartet offenbar nur noch darauf, daß sie selbst gehen, und die wachsende Nervosität in der Partei zeigt, daß dieser Zeitpunkt näher rückt. Dann wäre der Weg frei für eine Neuordnung der Politik zur Mitte hin, wie sie Mitterrand *umrissen hat und wie sie von* Chirac und anderen Oppositionspolitikern, aufgegriffen wurde.

Vielleicht glaubt Mitterrand, daß genug getan worden ist; daß die Furche, die er in den alten Boden Frankreichs riß, von niemandem mehr zugeschüttet werden kann. Daß er Reformen verwirklichte, die ein Liberaler wie Giscard vergeblich zu erreichen versuchte. Daß sein Experiment auch bewirkte, die Kommunisten in Frankreich dauerhaft auf eine „verdaubare" politische Masse reduziert zu haben. Wenn er das glaubt, ist verständlich, daß er nach einem Exzess zur Mitte zurückfindet.

Carstens-Nachfolge: Neue Überlegungen

In der Union wachsen die Bedenken gegen einen Weggang Weizsäckers aus Berlin

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Wahlniederlage der CDU in Hessen hat in der Union neue Überlegungen hinsichtlich der Wahl des nächsten Bundespräsidenten ausgelöst. Es mehren sich die Besorgnisse, ein Weggang des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker könnte in Berlin zu starken Einbrüchen, wenn nicht gar zum Verlust der Regierungsmacht für die CDU führen. Bei CDU-Parlamentariern, aber auch in der Sitzung der CSU-Landesgruppe am Montag, sind solche Befürchtungen laut geworden. Allerdings müßten die Diskussionen darüber so geführt werden, daß sich niemand – speziell von Weizsäcker nicht – genötigt fühlen könnte.

Im Bundeskanzleramt hieß es, Helmut Kohl habe seine Meinungsbildung zur Nominierung des Kandidaten der Union für die Wahl des Staatsoberhauptes noch nicht abgeschlossen. Aber bisher war allgemein angenommen worden, daß er Weizsäcker vorschlagen werde.

Jetzt ist erst Ende Oktober mit einem offiziellen Vorschlag Kohls an die CDU-Gremien zu rechnen. Danach soll mit der CSU, mit dem Koalitionspartner FDP und – nicht zuletzt auch aus Stilgründen – mit der SPD darüber gesprochen werden. Für die SPD hat deren Fraktionsvorsitzender Vogel signalisiert, bei einer Kandidatur von Weizsäckers werde es keinen Gegenkandidaten der SPD geben. Ein SPD-Bewerber hätte allerdings auch angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung keine Chancen.

Nach dem Rückschlag von Hessen, so erklären *Unionspolitiker* in persönlichen Gesprächen, könne auch im Interesse der Stabilität der Koalition in Bonn nicht riskiert werden, daß Berlin – das von einer CDU/FDP-Koalition regiert wird – verlorengehe. Der politische Erfolg in Berlin sei aber in sehr hohem Maße mit dem Geschick und dem über Parteigrenzen hinausgehenden Ansehen von Weizsäckers verbunden. Da kein überzeugender Nachfolger für ihn in Sicht sei, wenn er zum Bundespräsidenten gewählt würde, liefen die CDU und FDP Gefahr, ihre Regierungsmacht in Berlin zumindest mittelfristig wieder zu verlieren. Die jetzige Regierungskonstellation sei in dem als traditionelle SPD-Stadt geltenden Berlin ohnehin eine Ausnahme. Hinzu komme, daß es bisher keine garantieähnlichen Indikatoren dafür gebe, daß bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit Hilfe der FDP ein Regierungswechsel herbeigeführt werden könne.

Neben von Weizsäcker werden als Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes vor allem der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger und Bundestagspräsident Rainer Barzel genannt. Die CSU hat durch ihren Parteivorsitzenden Strauß erklärt, sie werde aus ihren Reihen keinen Vorschlag unterbreiten. Eine Wahl Dreggers zum Bundespräsidenten, so hört man, würde Kohl weitergehende personelle Entscheidungen eröffnen. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden könnte mit Heiner Geißler oder aber, wovon inzwischen die Rede ist, mit dem bisherigen parlamentarischen Geschäftsführer Wolfgang Schäuble, besetzt werden.

Seite 2: Die Bastionen halten

Worms „erschrocken" über Rau

dpa, Düsseldorf

„Sehr erschrocken" hat sich der nordrhein-westfälische Oppositionsführer und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Bernhard Worms über die Position des Düsseldorfer Ministerpräsidenten Johannes Rau zur Nachrüstung geäußert. Vor der Presse kritisierte Worms, Rau „nähert" sich in dieser Frage einer „Aufweichung", die im Ausland die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellen könne.

Rau, stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, hatte am Montag erklärt, seine Partei müsse die Stationierung neuer atomarer Mittelstrekkenraketen auf deutschem Boden ablehnen, wenn es in Genf bei dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen den Großmächten USA und UdSSR bleibe. Gleichzeitig hatte Rau jedoch betont, die Sozialdemokraten sollten mit ihrer Festlegung in der Nachrüstungsfrage bis zum Abschluß der Genfer Verhandlungen warten und dürften die Hoffnung auf einen Kompromiß nicht aufgeben.

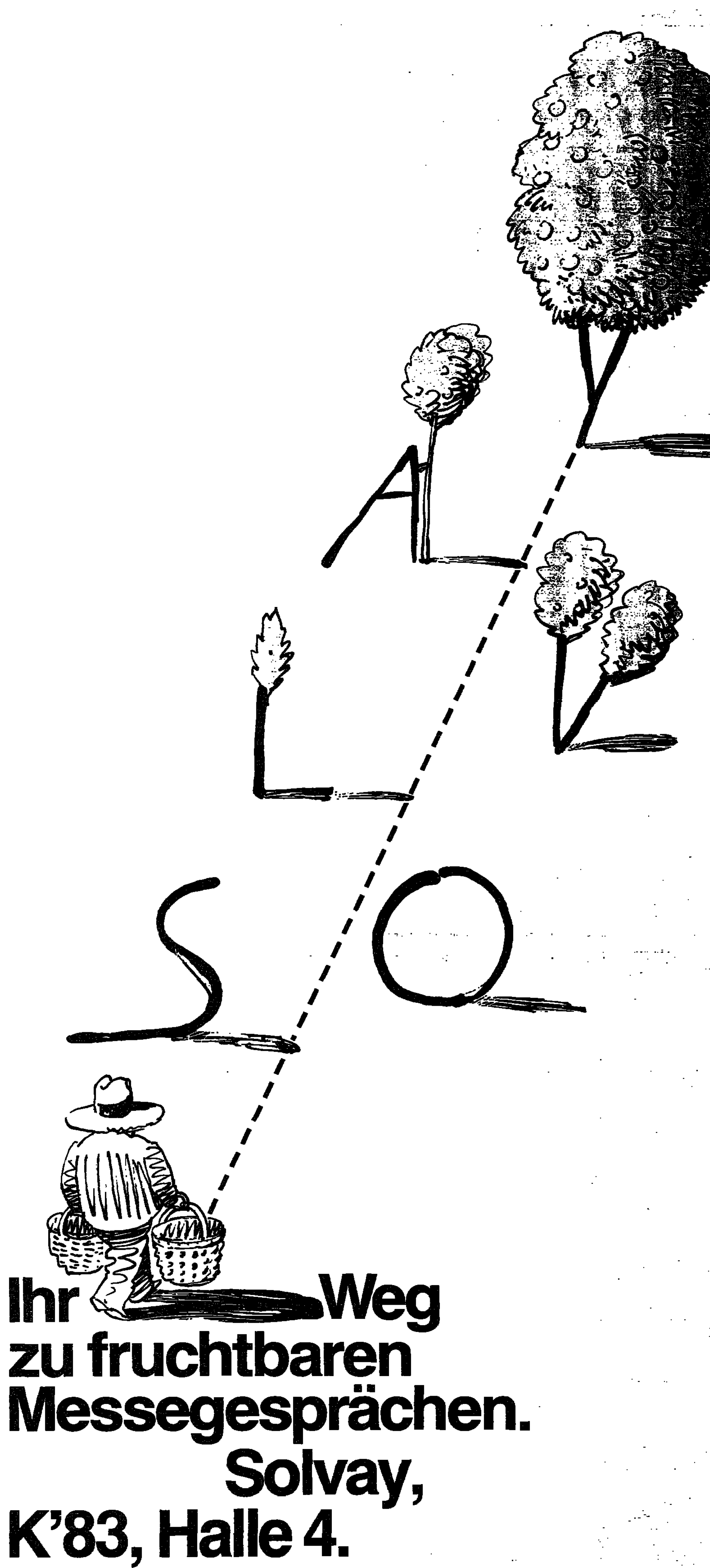
Worms meinte dazu, der sozialdemokratische Ministerpräsident sei nunmehr auch auf dem „Weg weg von Helmut Schmidt und hin zu Eppler, Lafontaine" und Willy Brandt mit dessen „jüngsten Wandlungen". Im „Nachschlag" zu den Wahlen von Hessen und Bremen und im Blick auf die anstehenden Entscheidungen von drei der vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirke zur Nachrüstungsproblematik habe Rau „flugs einen Wagen" bestiegen, den er für das politische Überleben auch in Nordrhein-Westfalen für wichtig halte. Worms lastete dem SPD-Ministerpräsidenten und Landeschef der Sozialdemokraten einen Widerspruch zu dessen Äußerungen kürzlich im Landtag an. Da habe Rau noch betont, die SPD sei eine Partei des westlichen Bündnisses.

Jo Leinen über Militanz besorgt

AP, Hannover

„Besorgt über militante Aktionen eines Teils der Friedensbewegung" hat sich der Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, geäußert. Er befürchte, daß mit den Aktionen, die gegen die NATO-Nachrüstung geplant seien, „nicht verantwortungsbewußt genug umgegangen wird", sagte Leinen in einem Gespräch für die „Neue Presse" (Hannover). Leinen: „Verschärfung von Aktionen, wenn sie falsch ausgelegt werden, kann auf Kosten der Verbreiterung gehen." Politisch sei die Auseinandersetzung um die NATO-Nachrüstung nur zu gewinnen, „wenn neben der SPD, dem DGB und der EKD auch noch weite Teile der katholischen Kirche und große Teile der CDU-Basis in die Lager der Friedensbewegung hinüberkommen".

Leinen gehörte zu den Vertretern der „Friedensbewegung", die an einem Gespräch mit Repräsentanten von Polizei und Bundeswehr in der Evangelischen Akademie Loccum zusammenkommen wollten. Die Begegnung war von Anhängern der sogenannten „autonomen Gruppen" verhindert worden.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Katastrophe in den Wäldern

„Alarm aus dem deutschen Wald"; WELT vom 14. September

Sehr geehrte Herren,

die dort mitgeteilten Fakten sind echt. Sie können schnell durch weitere ergänzt werden: Die weitaus größeren Schäden in der Tschechoslowakei und der DDR sind bekannt. Aber auch in den Alpenländern geht es mit dem Bäumesterben vorwärts. Selbst in Regionen, die dem Auge nach noch eine unberührte, von Industrie verschonte Landschaft bilden, wie Südkärnten, sind die Fichten kaum weniger geschädigt als in deutschen Wäldern. In Dänemark ist ein Drittel des Fichtenbestandes im Nationalwald auf Jütland (Rollskov) bereits gestorben, dahinter steht die Kulisse der braunen toten Bäume, und der restliche Teil trauert bereits. Im Norden Jütlands sind alle Fichten in den vielen dort dringend notwendigen Windschutzstreifen abgestorben.

Das Bedrückende hierbei ist nicht die Tatsache, sondern die Geschwindigkeit der Ausbreitung. Noch viel schlimmer ist es aber, daß die Zahl der Baumarten, die gefährdet bzw. schon krank sind, sprunghaft wächst. Guratzsch erwähnt nur die Buche, aber die Eiche ist genausoweit. Die hohe Vermehrungsrate, die die Eichen 1982 mit einer enormen Blüte hatten, ist für den Ökologen immer ein Zeichen, daß eine solche Art hochgefährdet ist und von der Natur noch eine letzte Chance der Rettung durch vermehrte Fruchtbarkeit erhalten soll. Die auch 1983 wieder blühenden Eichen haben kaum Blätter getrieben und sind dann im Laufe von Mai abgestorben. Neu hinzu kommen die Eschen mit etwa einem Drittel des Bestandes bereits in Österreich, aber auch mit starken Schäden bei uns.

Neu hinzu kommen die Vogelbeere, die Eberesche, mit kleinen Anteilen vorläufig die Espe, und bedenkliche Zeichen an Birke und Linde sind festzustellen. Damit wird deutlich, daß das Bäumesterben ein Teil des schon seit langem in Gang befindlichen Artenschwundes darstellt, der von den Fachleuten immer wieder geschildert, von den meisten Menschen *nicht ernst genommen* wurde. Da es keine systematische Beobachtung gibt, welche Arten verschwinden bzw. schwer krank werden, ist über den schnellen Umfang erst dann Klarheit gekommen, als das Bäumesterben nun für jedermann sichtbar war. Alle Ursachen konzentrieren sich im Absterben des Bodenlebens und damit in der Unmöglichkeit, auf den gleichen Böden wieder Pflanzen zum Wachsen zu bringen. Niemand weiß, wann das Artensterben die landwirtschaftlichen Kulturpflanzen ergreift und damit der Hunger in der Welt zu einer Katastrophe wird.

Da die Böden unfruchtbar werden, bedeutet das, daß wir keine Zeit haben, auf lange Frist Umstellungsaktionen in der Schadbelastung der Luft abzuwarten. Diese muß sofort verringert werden. Die toten Böden haben nämlich keine Abpufferungsmöglichkeit für Giftstoffe, sie werden also täglich wesentlich weniger geeignet für neuen Pflanzenwuchs, als noch am Leben befindliche Böden. Nur eine rasche Umstellung, die in der Landwirtschaft mit ihren jährlich wechselnden Ernten schnell vollzogen werden kann, im Wald nur nach Abräumen, auf biologische Entwicklungsmethoden des Bodens zu neuer Fruchtbarkeit, kann vielleicht noch eine Wende bringen. Auch dafür steht keine Zeit zur Verfügung. Wenn nicht in einer großen Aktion in den nächsten Jahren alle landwirtschaftlich erreichbaren Flächen und alle freiwerdenden Forstflächen mit bestimmten Bearbeitungsmethoden und Pflanzengemischen wieder zur Fruchtbarkeit zurückgeführt werden, ist die ökologische Katastrophe nicht mehr aufzuhalten.

Prof. Dr. Gerhard Preuschen,
Ziegelsdorf / Untersiemau

Ohne Beispiel?

„Hupka begrüßt tiefes Bedauern des Papstes"; WELT vom 8. September

Die an sich unverständlichen Ausführungen des Papstes bei seinem letzten Besuch seiner Heimat und seinem ersten in Neupolen zu den unvorstellbaren Grausamkeiten, die nach dem Krieg über uns Ostdeutsche zusätzlich hereingebrochen sind, haben mich nicht verwundert.

Auf meinen Auslandsreisen besuche ich stets die bundesdeutschen Vertretungen. Dort habe ich nie Schriften über die Teilung oder gar Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat zur Unterrichtung der jeweiligen Besucher gefunden, ganz im Gegensatz zu den Schriften anderer Vertretungen. Wie kann man verlangen, daß die vatikanische Diplomatie die Wahrheit über die Nachkriegsverbrechen an uns kundtut? Wie es sein könnte, zeigt eine Reuter-Meldung aus dem Vatikan vom 7. Februar 1983! Nach ihr hat der Papst die plötzliche Abschiebung von Hunderttausenden Gastarbeitern von Nigeria in ihr Heimatland Ghana als eine Vertreibung und Tragödie bezeichnet, die in diesem Jahrhundert ohne Beispiel sei. Diese sei in ihren Ausmaßen eine gänzlich neue Tragödie in diesem Jahrhundert. Auch hier wird es deutlich, was sich erst nach 1945 zu unseren Ungunsten, auch bedingt durch die offizielle Haltung der Bonner, verschoben hat.

Seit Februar 1983 haben wir wieder einen apostolischen Visitator für Priester und Gläubige aus dem Erzbistum Breslau. Könnte er nicht öffentlich zu einer gewissen Ausgewogenheit beitragen, damit wir Ostdeutschen nicht nur unsere Heimat verloren haben, sondern jetzt dazu auch noch die Kirche?

Herzlichen Dank, Herr Hupka, auf diesem Wege für Ihre nimmermüde tätige Wahrheitsliebe! *E. Th. Dölp,*
Springe

„Erfolgsbösewicht"

„Zum Erfolg braucht's den Teufel im Leib"; Geistige WELT vom 10. September

Sehr geehrte Redaktion,

gegen die Belobigung der einseitigen psychologischen Bismarck-Skizze des Engländers Crankshaw muß doch wohl auf eine bestimmte Demut hingewiesen werden, die der „Erfolgsbösewicht" Bismarck trotz allem in sich hatte: die Demut gegenüber der Vollmacht, die ihn zum Anwalt Preußens in der damaligen Welt machte. Die sattsam bekannte, leidige These von seiner Volksverachtung desavouiert sogar der belobigende Rezensent (Diwald) durch den Hinweis auf den Zusammenfall seiner Aktionen mit den „historischen Konsequenzen" seiner Epoche. Der Ärger über die Erfolge dieses Mannes (solange er noch keinen Nachfolger hatte) wird sich immer besonders bei außerdeutschen Erfolgsmenschen finden. *Mit freundlichen Grüßen*
Wolfgang R. Thorwirth,
Gummersbach 1

Auf lange Frist

„Regierung will Bergbau weiter helfen"; WELT vom 7. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Lesen Ihrer energiepolitischen Meldung wurde mir klar, daß der Kohlebergbau eine Durststrecke überstehen muß. Weil das ohne „Flankenschutz" nicht geht, muß geholfen werden. Einmal können wir auf die wichtigste heimische Energiequelle nicht verzichten und zum anderen ist dieser Industriezweig unverschuldet in eine Krise geraten.

Hauptursache für die Absatzmisere ist die Stahlkrise. Weil da die Hochöfen auf Sparflamme kochen, brauchen die Hütten weniger Koks. Nach der Stromwirtschaft ist die Stahlindustrie der zweitgrößte Kohlekunde.

Neben der Versorgungssicherheit, welche die heimische Steinkohle bietet, sollten die Energiepolitiker bei der Suche nach Lösungen auch die Bedeutung des Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet beachten. Eine Senkung der Jahresförderung um drei Millionen Tonnen bedeutet, daß eine Großanlage mit 6000 Beschäftigten stillgelegt werden muß.

Eine Zeche aber ist kein beliebig verfügbares Wirtschaftsgut und auch *keine Bonbonfabrik*, die man später wieder aufmachen kann. Wer Energie-Sicherheit will, muß einen Preis dafür bezahlen. Auf lange Frist zahlt er sich jedoch aus, wie wir es in der Vergangenheit erlebt haben.

Freundliche Grüße
M. Reitler,
Hennef / Oberauel

Getrübte Optik

„Fernseh-Herbst"; WELT vom 14. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sahen im DDR-Fernsehen den „Schwarzen Kanal", da das Thema lautete: „Dieses Amerika". SED-Chefpropagandist Carl-Eduard von Schnitzler hatte leichte Arbeit mit seiner Sendung. Fast sämtliche Beiträge trugen die Untertitel: „Original-Bild und -Ton – BRD-Fernsehen." Selbstverständlich ARD-Hausmarke: Rassendiskriminierung, Neger-Slums, Anti-Reagan-Demonstrationen, das „typische" USA-Bild für 16,25 deutsche Mark je Monat.

Nach mehrwöchigen USA-Aufenthalten in verschiedenen Regionen (Kalifornien, Utah, Colorado, Kentucky, Washington D. C., Texas), also dem „normalen US-Amerika", nicht dem ARD-gestreßten New York-Harlem, fragen wir uns, woher die überbezahlten ARD-Reporter noch ihre Weisheiten nehmen.

Wir erkannten nirgends die uns ständig vorgesetzten Beispiele von Rassen-Diskriminierung. Wir sahen Weiße und Schwarze wechselseitig in unter- und übergeordneten Funktionen in Banken, Reisebüros, auf Flughäfen, als Bus- und Taxifahrer und Bahnhofsvorsteher in U-Bahnen ohne einseitige Zuordnung von Schwarzen zu untergeordneten Funktionen, z. B. in der Rio-Grande-Eisenbahn einen schwarzen Zugführer und weiße Schaffner. Auf der Keeneland-Galopp-Rennbahn in Kentucky standen schwarze Millionäre neben weißen Angehörigen der Arbeiterklasse. Und *hier in Lexington / Kentucky fuhren* wir per Zufall mit dem Linien-Bus (keine arrangierte Rundfahrt!) durch die „Neger-Slums": eine Vorstadt, die es mit ihren hübschen Häusern und Vorgärten mit deutschen „*Grünen-Witwen-Siedlungen" aufnehmen* kann.

Aber hier kommen unsere ARD-Reporter auf ihren teuren Spesentouren nicht vorbei. Das alles paßt nicht in das fernseh-„amtlich verordnete Bild vom verkommenen Amerika" und wird deswegen nicht gezeigt.

So werden wir denn im kommenden Fernseh-Herbst von unseren (?) ARD-Reportern für unsere unverschämt hohen Fernsehgebühren unverschämte Anti-USA-Propaganda zu sehen bekommen, die gleichzeitig als Frei-Haus-Lieferung für alle Fernsehstationen jenseits der Mauer aufgemacht ist.

Mit den besten Grüßen
Horst Neumann,
Berlin 35

Wort des Tages

„Es ist ein großes Ding um gute Gedanken und gute Worte. Aber mehr als alle guten Gedanken und Worte ist eine einzige rechte Tat. Man denkt viel Gutes, für den Gedanken gibt es so viele Möglichkeiten. Eine einzige uneigennützige Tat ist wertvoller als alle freundlichen Worte."

Nathan Söderblom, schwed. Theologe (1866–1931)

Personalien

GEBURTSTAGE

Prälat Dr. **Jozsef Közi-Horvath**, einer der prominentesten Vertreter der Exil-Ungarn, feierte seinen 80. Geburtstag. Der Sohn einer westungarischen Bauernfamilie, 1927 zum Priester geweiht, wurde mit einem christlich-sozialen Programm 1939 in das ungarische Parlament gewählt. Dort protestierte der Landessekretär der Aktion Catholica gegen die *Besetzung seines Landes* durch deutsche Truppen und gegen die Deportation der Juden. Nachdem der Kampf gegen die drohende kommunistische Machtübernahme sinnlos schien, verließ Közi-Horvath 1947 seine Heimat und wurde in Washington Präsident der Föderation Christlicher Parteien im Exil und Mitglied des ungarischen Nationalkomitees, der Spitzenorganisation der Ungarn im Exil. Von 1965 bis 1975 leitete er das Internationale Katholische Studentenheim in München und war gleichzeitig Präsident des Europäischen Kongresses der Freien Ungarn. Das Werk des vielseitigen Publizisten Dr. Jozsef Közi-Horvath über den **Mindszenty**-Prozeß wurde in mehrere Sprachen übersetzt.

Otto Bennemann, Braunschweiger Ehrenbürger und Ehrensenator der Universität Braunschweig, feierte seinen 80. Geburtstag. Bennemann, seit 1923 Mitglied der SPD und während des Nationalsozialismus zur Emigration nach England gezwungen, war nach Kriegsende in seiner Heimatstadt Braunschweig Ratsherr und Oberbürgermeister, später dann niedersächsischer Innenminister. Der Politiker, der dem Niedersächsischen Landtag während der ersten fünf Legislaturperioden angehörte, ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband.

AUSZEICHNUNGEN

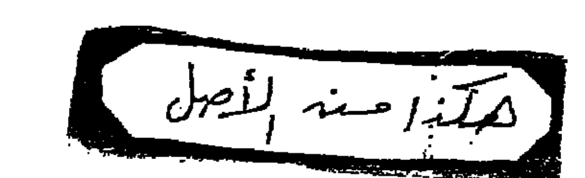
Dr. Dr. **Anton Sattler**, Geschäftsführer der Firma Friedrich Baur in Burgkunstadt, wurde von Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern überreicht. Das Große Verdienstkreuz erhielten der Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, Prof. Dr. **Erich Steingräber**, und Studiendirektor **Maximilian Maurer**, München.

Berthold Beitz, Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Fried. Krupp GmbH, wurde die Ehrenbürgerwürde der Universität Essen, Gesamthochschule, verliehen.

Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen (LSB), wurde vom Rheinisch-Westfälischen Turnverband mit der ersten und einzigen Ehrenmitgliedschaft des Verbandes ausgezeichnet.

WAHL

Walter Luther, Nürnberg, Vorsitzender des Bundesverbandes des Deutschen Baustoffhandels (BDB) und Präsidialmitglied des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), wurde in Stockholm für zwei Jahre zum Präsidenten der Vereinigung Europäischer Baustoffhandels-Verbände (UFEMAT) gewählt.



US-Basen auf den Philippinen für Frieden in Asien unersetzlich

Wachsende antiamerikanische Stimmung stellt Besuch von Präsident Reagan in Frage

MANFRED NEUBER, Manila

Die amerikanischen Luft- und Seestützpunkte auf den Philippinen sind unersetzlich für die Sicherheitsinteressen der freien Welt im asiatischen Raum. Deshalb verfolgt man im Westen die innenpolitische Zuspitzung in Manila mit großer Sorge.

Radikale Kräfte in der Protestbewegung gegen das Marcos-Regime fordern die Schließung der US-Basen. Gemäßigte Oppositionspolitiker treten für die amerikanische Präsenz auf den Philippinen ein, raten aber von dem für November geplanten Besuch von Präsident Ronald Reagan ab.

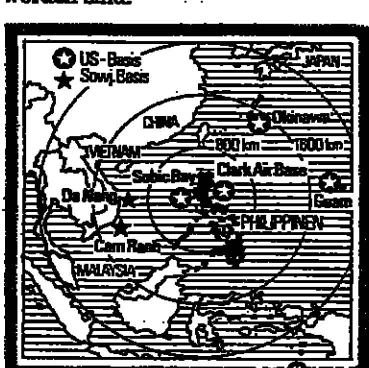
„Solange die Schuld für den Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino nicht geklärt ist, käme dieser Besuch einem moralischen Freispruch für Präsident Marcos gleich", erklärt Ex-Senator Salvador Laurel. „Dadurch würde die antiamerikanische Stimmung im Lande so verschärft, daß die Stützpunkte unhaltbar werden würden."

Von den Vereinigten Staaten fallengelassen, könnte Marcos wiederum versucht sein, die nationalistischen Ressentiments gegen die USA zur Festigung seiner Stellung auszunutzen. Bereits im Juli drohte er – wenig glaubwürdig – damit, einen Pakt mit der Sowjetunion abzuschließen, falls der US-Kongreß das Pachtabkommen nicht billige.

Zuvor hatten die USA und die Philippinen für den Zeitraum von 1984 bis 1989 folgende Übereinkunft für die Nutzung der Militärbasen erzielt: Washington zahlt künftig 900 statt bisher 500 Millionen Dollar, und zwar 475 Millionen Dollar als Wirtschafts- und 425 Millionen Dollar als Militärhilfe.

Die Subic Bay Naval Base, Heimathafen der Siebten US-Flotte, und die Clark Air Base sind die größten Stützpunkte der amerikanischen Streitkräfte außerhalb der USA. Sie stellen ein wichtiges Glied in der Kette amerikanischer Militäreinrichtungen von Japan über Südkorea und Okinawa bis zu den Philippinen dar. „Ihre strategische Bedeutung ist überragend", betonen amerikanische Militärexperten.

Von den Stützpunkten auf den Philippinen können die Schiffahrtswege vom Indischen Ozean zum Pazifik und nach Fernost geschützt werden. Sie stellen ein Gegengewicht zu den sowjetischen Basen in Vietnam dar, die von den Amerikanern früher in Da Nang und Cam Ranh angelegt worden sind.



Gegen die Erneuerung des Pachtabkommens hatten die Oppositionsführer José Diokno und Lorenzo Tañada polemisiert. Vor seiner Abreise aus dem Exil in den USA vertrat Aquino die Auffassung: „Die Stützpunkte können nicht für alle Ewigkeit in unserem Lande bleiben. Das Abkommen mit den USA sollte in fünf Jahren auslaufen."

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit (1947) der Philippinen von den USA auf 99 Jahre abgeschlossen, wurde die Präsenz bereits bis 1991 befristet. Außer 16 000 US-Soldaten leben etwa 18 000 Angehörige im Umkreis der beiden Basen, auf denen 40 000 Filipinos beschäftigt sind. Nach dem Staate geben diese Militärstützpunkte den größten Arbeitgeber auf den Philippinen ab.

Raúl Manglapus, ein früherer Außenminister der Philippinen, hat jetzt vor einem Ausschuß des US-Repräsentantenhauses vorgeschlagen, die Stützpunkte dem südostasiatischen Staatenbund Asean zu unterstellen und die Volksrepublik China an der gemeinsamen Nutzung der Anlagen zu beteiligen. Washington schätzt, eine Verlegung dieser Basen erforderte „unermeßliche Kosten".

Vorerst hält das Weiße Haus an den Reiseplänen Reagans fest; von Tag zu Tag dürfte jedoch ein Besuch in Manila fraglicher werden. Unterstaatssekretär Elliott Abrams konstatierte zwar eine leichte Verbesserung der Menschenrechtssituation auf den Philippinen in den zurückliegenden vier Wochen, erwähnte aber noch Berichte von Folterungen und Massenerschießungen.

Nach Ansicht von Oppositionspolitikern verletzt das Stützpunkt-Abkommen die Souveränität der Philippinen. Die beiden Stützpunkte auf der Insel Luzon liegen außerhalb der Jurisdiktion Manilas.

Die Daten der Stützpunkte sind:

- Clark Air Base – 5000 Hektar großer Luftwaffen-Stützpunkt, dazu das 4000 Hektar große Bombenziel Crown Valley. Außerdem unterhalten die Amerikaner die Wallace Air Station am Poro Point in der Provinz La Union sowie die John Hay Station in Baguio City.
- Subic Bay Naval Base – besteht aus dem Hafen Olongapo, dem Marinedepot Camayan und dem Fluglandeplatz Cubi Point; sie umfaßt 6000 Hektar und weitere 6000 Hektar Küstengewässer und die Truppen-Erholungsinseln Grande und Chiquita. Die Inseln Tabones und Los Frailes werden von der Marineluftwaffe als Bombenziele, Leon Creek und Wild Horse Creek für Schießübungen benutzt.

Ungarn knebelt Massenmedien und Friedensbewegung

AFP, Budapest

Die ideologische Straffung in Ungarn geht weiter. Der jüngste Schlag der Parteiführung gegen die liberalen Kreise war die Ablösung des Chefredakteurs der sozialistischen Monatsschrift „Mozgo Vilag" (Welt in Bewegung), Ferenc Kulin. Er wurde vom Kulturministerium für die pessimistischen Wirtschaftsprognosen verantwortlich gemacht, die das Magazin veröffentlicht hatte. Bereits 1981 und 1982 hatten die Behörden die Zeitschrift wiederholt wegen kritischer Beiträge über so heikle Themen wie das Rauschgiftproblem in Ungarn, die „Reform der Reform" der ungarischen Wirtschaft und vor allem die Repression der ungarischen Minderheiten in kommunistischen „Brüderländern" scharf angegriffen.

Typisch für die Knebelung der Medien ist die Ablösung des seit neun Jahren amtierenden Vorsitzenden des ungarischen Fernsehens, Richard Nagy, durch den Abteilungsleiter für Wissenschaft, Erziehung und Kultur im Zentralkomitee der Partei, Mihaly Kornidesz. Unter Nagy hatte das Fernsehen eine Dokumentarserie über die ungarische Armee während des letzten Weltkrieges gesendet, in der die Rote Armee nicht gerade sehr gut wegkam. Die Budapester Parteiführung sprach von „Übertreibung und Einseitigkeit" und entschuldigte sich dem Vernehmen nach in Moskau. Unterdrückt wird jetzt auch die unabhängige Friedensbewegung.

Prominentestes Opfer der Zensur wurde der junge Laszlo Rajk, Sohn des einstigen Innenministers, der nach einem Schauprozeß 1949 hingerichtet, posthum aber von Kadar rehabilitiert wurde. Rajk junior war der Hauptinitiator eines Vertriebs von Untergrund-Literatur, bis ihm die Polizei Anfang des Jahres seine dazu verwendete Budapester Wohnung „schloß".

Nach IRA-Ausbruch Rücktritt von zwei Ministern gefordert

Entflohene Terroristen gelten bei ihresgleichen als Helden / Halfen Gefängnisbeamte?

FRITZ WIRTH, London

21 IRA-Terroristen, unter ihnen zehn überführte Mörder, befinden sich nach dem Gefängnisausbruch in Belfast noch immer auf freiem Fuß. „Wir werden sie jagen, bis sie alle wieder hinter Schloß und Riegel sitzen", versprach Nordirlandminister James Prior. 38 Gefangene waren ausgebrochen, 17 konnten gefaßt werden.

Betroffenheit und Zorn

Die IRA feiert den Coup als einen großen Triumph. Der H-Block im Maze-Gefängnis hat nach den Hungerstreiks vor zwei Jahren in ihren Kreisen legendäre Bedeutung bekommen. Die meisten der entflohenen IRA-Terroristen, die allesamt einen hohen Rang in der IRA-Hierarchie einnahmen und zumeist lebenslange Haftstrafen absitzen sollten, werden in der IRA-Folklore als Helden gefeiert.

In Großbritannien herrschen Betroffenheit und Zorn über diesen IRA-Coup. Frau Thatcher nannte ihn den „schwersten Zwischenfall in der britischen Kriminalgeschichte". Die Affäre dürfte mit hoher Sicherheit politische Folgen haben. Eine Reihe protestantischer Politiker hat bereits den Rücktritt von Nicholas Scott gefordert, dem für den Strafvollzug in Ulster zuständigen Juniorminister im Nordirland-Ministerium. Der ehemalige Labour-Nordirlandminister Merlyn Rees sagte, daß die letzte Verantwortung beim amtierenden Nordirlandminister James Prior selbst liege. Obwohl Priors Ernennung zum Nordirlandminister durch Margaret Thatcher vor zwei Jahren nach politischen Meinungsverschiedenheiten fast einer Strafversetzung gleichkam, ist kaum anzunehmen, daß sie sich von Prior trennt. Ein solcher Schritt würde den Triumph der IRA eher noch vergrößern.

Inzwischen wurden bisher unbestätigte Einzelheiten über den Ausbruch bekannt, die auf eklatante Pannen im Sicherheitssystem des Gefängnisses hinweisen, das bisher als das ausbruchsicherste im Vereinigten Königreich galt. Danach mußten die 38 Ausbrecher, nachdem sie die Gefängniswachen überwunden hatten, fünf Tore mit ihrem gestohlenen Lieferwagen passieren, bevor sie den Hauptausgang erreichten. Alle diese Tore waren angeblich geöffnet. Zugleich waren die Wachtürme des Gefängnisses unbesetzt.

„Flucht aus Alcatraz"

Der nordirische Unterhausabgeordnete Ian Paisley behauptet, daß Prior ihm bestätigt habe, daß das äußerste Gefängnistor an der Peripherie des gesamten Komplexes geöffnet gewesen sei. Außerdem seien die Gefängniswärter im Block H 7 bereits eine Stunde vor dem eigentlichen Ausbruch überwältigt worden, ohne daß irgend jemand im gesamten Gefängniskomplex ihr Verschwinden bemerkt habe. Der „Daily Telegraph" berichtet, die Ausbrecher hätten sich am Vorabend ihres Coups den Videofilm „Flucht aus Alcatraz" angesehen.

Nach bisher vorliegenden Berichten besaßen die Ausbrecher mindestens drei Pistolen. Eine bereits eingesetzte Untersuchungskommission wird zu prüfen haben, wie weit die Häftlinge bei der Beschaffung der Waffen und ihrer auffallend unkomplizierten Flucht Helfershelfer beim Gefängnispersonal haben.

Raymond Gilmour frei

Die nordirische Polizei hat alle verfügbaren Beamten zur bisher größten Menschenjagd in der Geschichte der Provinz eingesetzt. Man nimmt an, daß sich einige Ausbrecher bereits in der Republik Irland aufhalten. Die Regierung in Dublin hat angekündigt, alle gefaßten Häftlinge sofort vor Gericht zu bringen.

Unmittelbar nach dem geglückten Ausbruch hat die IRA am Montag den 62jährigen Raymond Gilmour freigelassen, den sie vor zehn Monaten zur Geisel genommen hatte. Er ist der Vater des IRA-Terroristen Patrick Gilmour, 28, der 1982 zur Polizei überlief und durch seine Aussagen 45 IRA-Terroristen hinter Gitter brachte. Die IRA wollte mit der Entführung seines Vaters versuchen ihn zu bewegen, seine Aussagen zu widerrufen. Die Aktion blieb erfolglos. Raymond Gilmour wurde in den letzten zehn Monaten von der IRA in der Republik Irland festgehalten. Seine Freilassung kam durch die Vermittlung eines katholischen Priesters zustande.

Neue Rolle für Kolumbiens Rebellen

Geheimtreffen von Guerrilla-Führern aus Süd- und Mittelamerika / Neue Überfälle?

G. FRIEDLÄNDER, Bogotá

Im Schatten anderer die Öffentlichkeit erregender Ereignisse hat sich Kolumbien als Zentrum der jüngsten Entwicklungen in der lateinamerikanischen Revolution etabliert. Kolumbiens konservativer Präsident Belisario Betancur hat sich ins Zentrum der Friedensverhandlungen für El Salvador gespielt. Er führt die sogenannte Contadora-Gruppe und arrangiert auf kolumbianischem Boden Zusammenkünfte der salvadorianischen Guerrilla mit einer Friedenskommission und dem USA-Vertreter Richard Stone.

Es ist eine an Schizophrenie grenzende Stilübung: Zur gleichen Zeit tobt Kolumbiens Bürgerkrieg und fordert tagtäglich Opfer, obwohl der Präsident mit dem Parlament eine Amnestie erklärte, die alle Bedingungen der Aufständischen erfüllte, dann aber von ihnen nicht angenommen wurde.

Die letzte Entwicklung in Kolumbiens Bürgerkrieg nun ist, was das „Heer der nationalen Befreiung" (ELN) die „Internationalisierung des revolutionären Kampfes" nennt. Neue Phasen dieses Krieges werden oft damit eingeleitet, daß man Journalisten entführt, sie mit Daten der Entwicklung füttert und dann wieder nach Hause schickt. In diesem Fall suchte man sich Mitarbeiter der populären Rundfunkstationen „Caracol" und einer Bogotaer Nachmittagszeitung aus, um ihnen die neue Strategie zu erklären: Das ELN dehnt seinen Kampf auf Kolumbiens Nachbarländer und Mittelamerika aus, „wo wir uns mit den Gruppen vereinen, die das lateinamerikanische Vaterland im bewaffneten proletarischen Kampf vom nordamerikanischen Imperialismus befreien".

Koordinierte Handlungen

Den Entführten und dann in Freiheit gesetzten Journalisten wurde auch erklärt, was zwei Tage vorher in der venezolanischen Ortschaft Cutufi nahe der kolumbianischen Grenze passiert war. Dort hatten hundert gutbewaffnete Mitglieder des ELN und der venezolanischen Guerrilla „Rote Fahne" – unter ihnen 20 Frauen und mehrere Ärzte – den Militärposten des Ortes angegriffen. Ein venezolanischer Soldat fiel und acht wurden verwundet, bevor die Truppe sich ergab. Schlechtes Wetter, das die Guerrilla nicht bei ihrer Aktion störte, hinderte das venezolanische Heer daran, Verstärkungen zu schicken.

Es war die erste Aktion nach einem geheimen Treffen verschiedener lateinamerikanischer Guerrillachefs, bei dem beschlossen wurde, die Kampfhandlungen in Lateinamerika zu koordinieren, um seine Regierungen zu destabilisieren.

Aus dem Geheimdienst des kolumbianischen Heeres verlautet, daß an dem Treffen Guerrillaführer aus Kolumbien, Venezuela, Peru, Ecuador und Mittelamerika teilnahmen. Man wolle nach dem siegreichen Ende des Bürgerkrieges in El Salvador Kolumbien als nächstes Ziel anvisieren. Deshalb werde die kolumbianische Guerrilla auch jetzt zur Verstärkung in El Salvador eingesetzt werden, um dort „den Sieg der Revolution zu beschleunigen".

In dieses Bild passen die letzten Erklärungen der salvadorianischen Guerrilla, daß man an weiteren Verhandlungen für eine friedliche Lösung zweifle. (SAD)

Glemp: Hilfsfonds für Bauern in Sicht

AP/dpa, Warschau

Der Primas der katholischen Kirche Polens, Jozef Kardinal Glemp, hat sich gestern zuversichtlich über die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen Kirche und Staat über die Schaffung eines mit zwei Milliarden Dollar ausgestatteten Hilfefonds für die private Landwirtschaft geäußert. Die Verhandlungen würden von Fachleuten geführt, und er glaube, daß sie „Früchte tragen" würden, sagte Glemp vor seiner Abreise nach Rom. Glemp nimmt an einer morgen beginnenden einmonatigen Bischofssynode der katholischen Kirche im Vatikan teil.

Glemp hatte am Montag mit Vize-Premier Roman Malinowski ein Gespräch über die Schaffung des Kirchenfonds, der in den kommenden fünf Jahren westliche Finanzhilfe an die privaten polnischen Bauern verteilen soll. Gleichzeitig beriet darüber die gemeinsame Kommission von Kirche und Staat. Nach Informationen aus Kirchenkreisen beharrt die polnische Führung darauf, daß mehr als die Hälfte der Fonds-Mittel in die Betriebe zur Herstellung landwirtschaftlicher Geräte und Chemikalien investiert werden, während die Kirche die Hilfe in Form von Maschinen, Düngemitteln und Pestiziden direkt an die privaten Bauern weitergeben will.

Streit um Frankreichs Privatschulen

Kardinal Lustiger warnt die sozialistische Regierung / Unruhe bei der Elternschaft

H. WEISSENBERGER, Paris

Wenige Tage bevor die Vorschläge von Erziehungsminister Alain Savary zur Abschaffung oder Einschränkung der Privatschulen in Frankreich bekanntgegeben werden sollen, haben die katholischen Bischöfe der Regierung deutlich zu verstehen gegeben, daß sie in den Verhandlungen über die Privatschulen hart bleiben wollen. In einem Interview mit der linksextremen Zeitung „Liberation" am Dienstag ließ der Erzbischof von Paris, Monsigneur Jean-Marie Lustiger, 57, keinen Zweifel: Die Bischöfe lehnen die Abschaffung der derzeitigen Gesetzgebung, die die Existenz der Privatschulen garantiert, energisch ab.

„Zu weiche" Haltung

Mit dieser „Warnung" an die Adresse von Ministerpräsident Pierre Mauroy und Erziehungsminister Savary machte Lustiger, der im Namen der gesamten Kirche sprach, die Hoffnungen der Regierung zunichte, zumindest bei einem Teil des katholischen Klerus auf Kompromißbereitschaft zu stoßen.

Der Entschluß des Kardinal-Erzbischofs von Paris, mit seinem Interview für „Liberation" in die Öffentlichkeit zu gehen, wurde wahrscheinlich ausgelöst durch die in letzter Zeit immer stärker werdende Kritik der Konfessionsschulen an der angeblich „zu weichen" Haltung des Klerus und des der Kirche eng verbundenen Elternverbands der unabhängigen Schulen (Unapel).

Außerdem wurde eine Reaktion erwartet, seit Ministerpräsident Pierre Mauroy im nordfranzösischen Biernes am 2. September in einer Rede die bestehende Gesetzgebung als „völlig überholt" bezeichnet hatte. Lustiger empört sich: „Ehe noch Erziehungsminister Savary die Bedingungen für die Debatte über die Privatschulen bekanntgegeben hat, läßt diese Rede erkennen, daß die Entscheidungen bereits getroffen sind."

Die Abschaffung der Privatschulen und ihre Überführung in ein „allgemeines und einheitliches" öffentliches Schulsystem ist eine der wichtigsten Absichten der sozialistisch-kommunistischen Regierungskoalition im Rahmen ihrer umwälzenden sozialen und gesellschaftlichen Reformen. Die Regierung wird dabei unterstützt, wenn nicht sogar vorangetrieben, von dem allmächtigen Lehrergewerkschaftsverband FEN, der eindeutig im linksdogmatischen Lager steht.

„Gefangener" der Fen

Die Verteidiger der Privatschulen, deren überwiegende Mehrzahl katholische Schulen sind, behaupten sogar, Erziehungsminister Savary sei „Gefangener" der Fen, und Fen-Präsident Jacques Pommateau, 51, sei der wirkliche Erziehungsminister. In einem Interview mit der Zeitschrift „Le Point" drohte am Montag Pommateau der Regierung: „An dem Tag an dem Sie den Gedanken an die Schaffung eines einheitlichen öffentlichen Schulsystems fallenlassen, werden unsere Truppen Sie fallenlassen. Jede Lösung, die auf eine gewisse Beibehaltung eines schulischen Dualismus hinausläuft, wäre eine schlechte Lösung."

Subventionen vom Staat

Rund zwei Millionen der 12 Millionen französischen Kinder gehen in Privatschulen. Diese sind unabhängig, die Lehrkräfte (zur Zeit rund 110 000) werden von den Direktoren eingestellt, jedoch vom Staat bezahlt, das übrige Personal (zur Zeit 35 000) wird von den Schulen entlohnt. Die Schulen erhalten vom Staat und den Gemeinden Subventionen. Den Vorstellungen von Savary zufolge sollen die Privatschulen in Zukunft von einem paritätischen Verwaltungsrat von Vertretern des Staats, der Gemeinden und der „Erziehungsgemeinschaft der Privatschulen" geleitet werden. Das Lehrpersonal soll vom Staat übernommen werden. Die Verteidiger der Privatschulen lehnen diese Lösung als „eine kalte Verstaatlichung" ab.

Ethischer Anspruch und Kommerz: Arzneimittel in der Dritten Welt

Für den Fortschritt fehlt das Geld

Der Vorwurf ist bereits alt: Wird die Dritte Welt von den Pharmaka-Herstellern mißbraucht, einmal als Ramsch-Markt für Arzneimittel, die hierzulande nicht mehr absetzbar oder gar verboten sind, und zum anderen als Testmarkt, um neue Substanzen auf ihre Unbedenklichkeit und Giftigkeit zu überprüfen? Tatsache ist jedenfalls, daß Talidomid noch in einigen Ländern der Dritten Welt aufgebraucht wird.

Dieses Mittel hat die unselige Mißbildungswelle vor nun über zwei Jahrzehnten ausgelöst, besser bekannt unter „Contergan-Katastrophe". Es war als Schlafmittel sehr beliebt. Als Beruhigungsarznei haben es bis heute nach Schätzungen des englischen Wissenschaftsmagazins „New Scientist" etwa eine Million Leprakranke weiter eingenommen, obwohl es in der westlichen Welt längst verboten war. Die Rechtfertigung scheint schlüssig: Leprakranke bekommen in der Regel keinen Nachwuchs mehr, deshalb fällt die fatale Nebenwirkung nicht ins Gewicht.

Tatsache ist auch, daß die Pharmakonzerne in der Dritten Welt ein profitables Geschäft mit Vitaminpräparaten machen. Der Glaube, es handele sich um Aphrodisiaka, also Potenzstärkungsmittel, ist dort weit verbreitet und offenbar unausrottbar. Dieser Aberglaube verleitet Millionen, von ihrem niedrigen Einkommen für einen Wunschtraum Geld abzuzweigen.

Gerade in diesen Ländern reicht der Gesundheitsetat nicht einmal für das Nötigste. Die Krankenversorgung ist zumeist unterentwickelt, auf die Tätigkeit von Medizinmännern und Barfußärzten angewiesen. Lebensrettende Medikamente sind nicht überall verfügbar. Selbst jene Arzneien nicht, die speziell für die Tropenkrankheiten entwickelt wurden.

So rechnet es sich die deutsche Pharmaindustrie wohl zu Recht als Verdienst an, ein Präparat gegen die Bilharziose entwickelt zu haben, das – nur einmal eingenommen – die auslösenden Parasiten zuverlässig und ohne nennenswerte Nebenwirkungen abtötet. Von den Experten wird dieses Mittel, Praziquantel (Handelsname Biltricide), als der wichtigste Fortschritt in der Tropenmedizin der letzten zehn Jahre angesehen. Schätzungsweise 200 Millionen Menschen in der Dritten Welt leiden unter Bilharziose, die von verschiedenen Erregern verursacht werden kann. Gerade die lebensbedrohliche Form spricht hervorragend auf das neue Mittel an, eine Infektionskrankheit, die bislang therapeutisch kaum zu beeinflussen war.

Bilder aus der Wissenschaft – ARD, 21.45 Uhr

Die Weltgesundheitsorganisation hat den breiten Einsatz dieses Mittels längst empfohlen. Allein, den Regierungen der betroffenen Länder fehlt häufig das Geld, um sich diesen Fortschritt leisten zu können. Daß die Industrie das Mittel verschenkt, kann wohl schwerlich gefordert werden. Hier müssen neue Wege der Entwicklungshilfe begangen werden, Modellversuche dafür sind bereits angelaufen.

Ähnlich die Situation bei einer anderen, in der Dritten Welt weit verbreiteten Infektionskrankheit, die Hepatitis B, eine Form der Leberentzündung, die nach jahrzehntelangem Bestehen zur Leberschrumpfung, vermutlich aber auch zu dem noch gefährlicheren Leberkrebs führen kann. Dieser Lebertumor ist in vielen Ländern der Dritten Welt eine der häufigsten krebsbedingten Todesursachen.

Ausgelöst wird die Hepatitis B von einem Virus, das meist schon von der Mutter während der Geburt auf den Säugling übertragen wird. Diesen Teufelskreis könnte man zuverlässig mit einer Impfung unterbrechen. Auch hier stehen die Kosten einer bevölkerungsweiten Durchimpfung im Wege. Dennoch haben die beiden finanzstärksten Impfstoffproduzenten Modellversuche begonnen. In Mittelafrika und im Fernen Osten soll durch die Reihenimpfung bewiesen werden, daß damit theoretisch eine Ausrottung des Hepatitis-B-bedingten Leberkrebses möglich wäre.

Was den vermuteten Mißbrauch der Armen der Ärmsten zu Testzwecken betrifft, so wehren sich die Pharmahersteller entrüstet gegen diesen Vorwurf. Sie verweisen auf die Zulassungsbestimmungen in den westlichen Ländern, die solche Daten nicht akzeptieren, weil die geforderten Untersuchungsstandards nicht erfüllt werden können.

Hans Lechleitner, der die Sendung heute abend zu verantworten hat, beweist in jedem Fall eine gute Spürnase für Konfliktthemen. Die Industrie zwischen ethischem Anspruch und plumpem Kommerz: Diese Grundproblematik am Beispiel des Arzneimittelgeschäfts mit der Dritten Welt aufzudröseln, verspricht zumindest interessant zu werden.

JOCHEN AUMILLER

Sensationen am Blumenkreuz

– **mar** In Warschau herrscht ein ungeheuer starker Konkurrenzkampf großer Nachrichtenagenturen", erzählt der Polen-Korrespondent der ARD, Ludwig Thamm, in einem Interview mit der „Hörzu". „dadurch werden oft alltägliche Meldungen wie die regelmäßigen Protestgesänge am sogenannten Blumenkreuz zu Sensationen aufgebauscht. Diesem Sog können wir uns dann nicht entziehen und wirken so an einer gelegentlichen Verzerrung des polnischen Alltags mit. Dieser Alltag muß künftig stärker in unseren Berichten berücksichtigt werden."

Eine solche Aussage wirft eine Menge Fragen auf. Wie ist es z. B. mit den „regelmäßigen Protestgesängen", wenn sie nicht in einem kommunistischen Land erklingen? Werden nicht auch bei uns die den Berufsprotestierern längst zur Routine gewordenen „Friedens-", „Umwelt-" und sonstigen „Protest-Demos" durch den ungeheuren Druck unserer Rundfunk- und Fernsehlinken „zu Sensationen aufgebauscht"? Führen die ausführlichen Filmberichte selbst über die kleinste Veranstaltung – gleichgültig ob mit oder ohne „Promis" – nicht zu einer „Verzerrung des Alltags"? Gilt nicht auch für die politische Berichterstattung aus Deutschland, daß der Alltag künftig stärker berücksichtigt werden muß?

Man wird ja wohl noch mal fragen dürfen? Oder?

STUDIO

Bei der 35. Verleihung der US-Fernsehpreise **Emmys Awards** ist die Fernsehanstalt „NBC" in Los Angeles mit insgesamt 33 Preisen ausgezeichnet worden. Die Jury würdigte vor allem die von „NBC" gedrehten Serien „Cheers", „St. Elsewhere" und „Hill Street Blues". Die beiden anderen großen Fernsehanstalten „ABC" und „CBS" erhielten 14 beziehungsweise 11 Preise. Zwei Auszeichnungen gingen an den nichtkommerziellen kulturellen Sender „PBS" (Public Broadcasting Service). Bei der Verleihung der Preise der „Academy of Television Arts and Sciences" werden die Programme der Kabelfernsehsender nicht berücksichtigt.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Steinbichler Geschichten
Eine Gaunerkomödie nach Tatsachen
11.40 Die Erben des Heiligen Patrick
Konfession: Irisch-Katholisch
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Aus fernen Tagen
So nutzt die gegenwärt'ge Zeit
Denn Liebe lacht im Jugendkleid
Ein Besuch im Hause des Peter Paul Rubens im Jahre 1634
Buch und Regie: H. B. Theopold
17.00 Denkste?!
Und mich fragt keiner
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Mondcräcker
Fernsehfilm von Norbert Bartnik
Regie: Marco Serafini
21.45 Bilder aus der Wissenschaft
Wie weit kann man wissenschaftlichen Ergebnissen trauen? / 30 Prozent der Exporte der großen Pharmakonzerne gehen in die Dritte Welt – muß die Bevölkerung als Versuchskaninchen gelten?
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Macht der Mullahs
Iran und der Golfkrieg
Vor drei Jahren begann die irakische Offensive gegen Iran. Den Baathisten in Bagdad ging es nicht nur um Grenzberichtigungen am Schatt el Arab. Durch einen Präventivkrieg wollte Irak die drohende Gefahr der islamischen Revolution im Nachbarland bannen. Das Regime der Ayatollahs hat den Abnutzungskrieg gegen Irak nahezu mühelos überstanden. Robert Hetkaempers Abschlußbericht dokumentiert in ausdrucksstarken Bildern die ungebrochene Macht der Mullahs.
Moderation: Wolf Feller
23.50 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
16.35 Die Fackeln von Feuerland
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
18.00 Der Weg nach Oregon
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Direkt
Jugendmagazin
Die ersten Wochen bei der Bundeswehr
20.15 Bilanz
SOS für Großwerften / Stahlkocher auf Sparflamme / Schwarze Zeiten für die Kohle: Branchen in der Krise – Gefahr für viele Arbeitsplätze. Dazu Filmberichte und Interviews mit den Gewerkschaftsführern Rudolf Judith, IG Metall; Adolf Schmidt, IG Bergbau; und Otto von Steeg, IG Metall Nord. Außerdem ein Interview mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff / Mietrecht – nur etwas für Schlaue? / Brasilien: Rettung vor der Pleite? / Zentrale Müllverwertung Ruhr – eine Fehlinvestition für 300 Mill. DM?
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
22.10 Ich heiße Rhein, du bringst mich um
Eine ökologische Meditation zum Thema Wasser
Von Wolf-Rüdiger Schmidt
22.40 Sport aktuell
Fußball-Europapokal
1. Runde – Rückspiele
24.00 heute



Mit ihrem Raumschiff sind Gernot (Willi Kowalj, r.) und Heinz (Thomas Schücke) auf dem Mond gelandet. (Mondkräcker – ARD, 20.15 Uhr)
FOTO: KURT BETHKE

III.

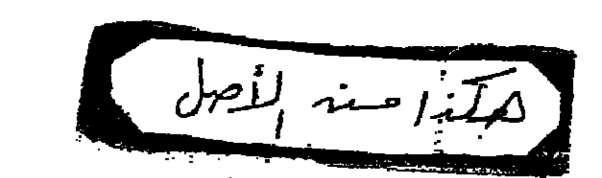
WEST
18.00 Telekolleg
Wirtschaftslehre (8)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Dierk-Ludwig Schaaf aus Marseille
22.15 Mein Asyl
Italien. Spielfilm (1980)
Regie: Marco Ferreri
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Inseln der Königspinguine
19.00 Sie tanzen nur einen Sommer
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung? (2)
19.45 Hafenplatz Hamburg (2)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
Das Kreuz und der Frieden
22.05 Der Filmclub
Der kleine Soldat
Französ. Spielfilm (1960)
Regie: Jean-Luc Godard
(mit dt. Untertiteln)
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco (4)
18.55 Ludwig (2)
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Helios und die Insel der Sonne
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
21.00 Drei aktuell
21.15 Autoreport
21.20 Halbzeit
21.40 Club 2

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
20.15 Der Berg ruft
21.00 Straßen nach Süden
Französ. Spielfilm (1978)
Regie: Joseph Losey
22.40 Blood and Honor – Youth under Hitler
Fernsehserie aus Deutschland in den USA

BAYERN
18.15 Tele-Ski (2)
18.45 Rundschau
19.00 Von Beruf Schwarzarbeiter
19.45 Der scharlachrote Buchstabe (2)
Vierteilg. Fernsehfilm
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.55 Sommernachtstraum
Amerikan. Spielfilm (1935)
Regie: Max Reinhardt
23.55 Rundschau
24.00 News the Week



SEGELN / Zum ersten Mal seit 132 Jahren verlor eine Yacht aus den USA den America's Cup – Was wird aus den deutschen Plänen?

Australiens Premier Bob Hawke rief spontan zum nationalen Feiertag auf

dpa/sid/DW. Newport

Riesenjubel in Australien – tiefe Niedergeschlagenheit in den USA. Zum erstenmal in der 132jährigen Geschichte ging der America's Cup, die älteste Sport-Trophäe der Welt, ins Ausland. In der Nacht zum Dienstag triumphierte im Rhode Island Sound vor Newport der australische Skipper John Betrand (36) über Amerikas Segel-Millionäre. Nach einer 3:1-Führung mußte sich Titelverteidiger USA, vertreten durch die Yacht Liberty mit Skipper Dennis Conner, dem Herausforderer Australia II mit 3:4 geschlagen geben.

Kurz nachdem die Australia II in der entscheidenden siebten Wettfahrt mit 41 Sekunden Vorsprung durchs Ziel gegangen war, erklärte Australiens Premierminister Bob Hawke den Dienstag zum nationalen Feiertag. „Ihr habt den Mount Everest des Segelsports bestiegen", gratulierte Hawke in einem Telegramm den Siegern.

Radio- und Fernsehstationen hatten die Schlußphase original nach Australien übertragen. „Leute, weckt eure Frauen und Kinder. Heute ist ein großer Tag in der Geschichte unseres Landes", schrie der Radioreporter in sein Mikrofon. Mancher Arbeitsplatz blieb leer, Büro- und Ladenangestellte schliefen ein, nur wenige Autos in den sonst so betriebsamen Straßen, ausgefallene Vorortzüge, weil sich die Lokführer nicht von den Radios losreißen konnten: Das war die Szenerie gestern in den australischen Städten, nachdem rund sechs Millionen Australier auf den Nachtschlaf verzichtet und bis in die Morgenstunden die Siegesfahrt der Australia II im Fernsehen miterlebt hatten.

Im Royal Yacht Club von Perth, dem Heim des westaustralischen Australia-II-Syndicats des 45 Jahre alten Geschäftsmannes Alan Bond, jubelte Australiens Premierminister Robert Hawke inmitten von 1500 sekttrinkenden Segelsportfans: „Ich bin stolz, es ist ein großer Tag in der Geschichte Australiens. Alan Bond und seine Mannschaft haben etwas erreicht, was wahrscheinlich ohnegleichen ist."

Es ist in der 132jährigen Geschichte dieser Regatta etwas geschehen, was bisher für unmöglich gehalten wurde: 25mal seit 1851 kreuzten bis zur Nacht auf den Dienstag britische, kanadische, australische, französische und schwedische Renn-Yachten vor Amerikas Küste auf, um jene silberne Kanne zu erobern, über die die „New York Herald Tribune" schrieb: „Sie sieht aus wie Aladins Wunderlampe." Die verschnörkelte Kanne, der America's Cup, wurde bisher beim New York Yacht Club aufbewahrt. Englands Teekönig Sir Thomas Lipton und Frankreichs Kugelschreiber-Millionär Marcel Bich opferten rund 80 Millionen Mark, um den Cup zu erobern – vergeblich.

Rund 650 Millionen Mark, so die Statistiken, wurden bisher in der Geschichte dieses Sports ausgegeben. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" schrieb über die Jagd nach dem America's Cup: „Das Spüren des Windes und der Knall des Startschusses läßt Segler ihre Frauen, ihre Geliebten, ihre Kinder und ihre Bankkonten vergessen." Und das alles, weil 1851 der amerikanische Schoner America 17 britische Yachten besiegt und den „100 Guineas Cup" gewonnen hatte. Fortan hieß die alte Kanne ohne Boden America's Cup, festgeschraubt auf einem Eichentisch des New York Yacht Club ...

Übrigens: Die Amerikaner verloren die Herausforderung schon einige Male, doch sie entwickelten stets Methoden, um dennoch als Sieger aus der jeweiligen Regatta hervorzugehen. Vor dreizehn Jahren hätte schon einmal ein australisches Schiff gewinnen müssen, die überlegene Gretel II. Doch nach mehreren gegenseitigen Protesten entschied die damals noch rein amerikanische Jury auf den Sieg der Cup-Verteidigerin Intrepid – am grünen Tisch.

Die australische Regierung drohte daraufhin, ihren Botschafter in Washington abzuberufen und ihre Unterstützung im Vietnam-Krieg aufzukündigen. Die amerikanische Regierung bat den New York Yacht Club, einzulenken, doch die Herren in der 44. Straße von Manhattan taten das keinesfalls – schließlich hatte der amerikanische Präsident der geballten Finanzkraft ihres elitären Klubs auch nichts entgegenzusetzen ...

Nun hat doch noch eine australische Yacht gewonnen. Ihr Skipper John Betrand, ein Segelmacher aus Melbourne, gilt als einer der weltbesten Finn-Dingy- und Soling-Spezialisten. Auf der Tina-i-Punkt nahm er schon für Deutschland an der Admirals-Cup-Ausscheidung teil. Alan Bond, der Besitzer der Australia II, war nach drei vergeblichen Anläufen, nach 13 Jahren und rund 40 Millionen Mark Einsatz endlich am Ziel seiner Wünsche. „Für 1987", so verkündete er spöttisch, „haben wir bereits die erste Regel geändert: Die Segel dürfen nur noch aus Känguruh-Fell sein."

Und wie reagierte der amerikanische Skipper Connor auf die Niederlage? „Ich brauche den Kopf nicht zu senken, denn ich habe alles gegeben." Ob das seine Umgebung allerdings so einfach hinnehmen wird, ist fraglich. Seine Niederlage ist fast nationales Unglück. Emil Mosbacher, einer der erfolgreichsten Skipper des America's Cup, hatte einmal drastisch formuliert: „Nur der Schädel des besiegten Skippers mit einem kleinen runden Loch zwischen den Augen kann den Verlust des Cups wiedergutmachen ..."





„Ein großer Tag für Australien", jubelte Premierminister Bob Hawke (Foto, oben), nachdem die Australia II zum ersten Mal den Amerikanern den America's Cup abgejagt hatte. Skipper John Bertrand (Foto, rechts) freute sich gemeinsam mit seiner Frau Roz: „Gott muß ein Australier gewesen sein." Nüchterner betrachtet es die Washington Post: „Die Australier hatten eindeutig das schnellere Boot, und sie beherrschten es großartig." Trotz des australischen Sieges wird der Name America's Cup voraussichtlich beibehalten. Das kündigte Alan Bond an, der Chef des australischen Segel-Syndikats. FOTO: UPI

Die Entscheidungen seit 1851

● Das sind die amerikanischen Yachten, die seit 1851 den America's Cup gewannen: 1851: America – 17 britische Yachten 1:0. – 1870: Magic – Cambria (E) 1:0. – 1871: Columbia and Sappho – Livonia (E) 4:1. – 1876: Madeline – Contries an Dufferin (K) 2:1. – 1881: Mischief – Atlanta (K) 2:1. – 1885: Puritan – Genesta (E) 2:0. – 1886: Mayflower – Galatea (E) 2:0. – 1887: Volunteer – Thistle (S) 2:0. – 1893: Vigilant – Valkyrie II (E) 2:0. – 1895: Defender – Valkyrie III (E) 3:0. – 1899: Columbia – Shamrock (N) 3:0. – 1901: Columbia – Shamrock II (N) 3:0. – 1903: Reliance – Shamrock III (N) 3:0. – 1920: Resolute – Shamrock IV (N) 3:2. – 1930: Enterprise – Shamrock V (N) 4:0. – 1934: Rainbow – Endeavor (E) 4:2. – 1937: Ranger – Endeavor II (E) 4:0. – 1958: Columbia – Sceptre (E) 4:0. – 1962: Weatherly – Gretel (A) 4:1. – 1964: Constellation – Sovereign (E) 4:0. – 1967: Intrepid – Dame Pattie (A) 4:0. – 1970: Intrepid – Gretel II (A) 4:1. – 1974: Courageous – Southern Cross (A) 4:1. – 1977: Courageous – Australia (A) 4:0. – 1980: Freedom – Australia (A) 4:1.

Die Herausforderer kamen bisher also nur aus fünf Ländern: Australien (A), England (E), Kanada (K), Nordirland (N) und Schottland (S).

Eine Herausforderung für „Made in Germany"

Ob er sich zutraue, auch beim nächsten Mal die Amerikaner zu schlagen, fragte ein amerikanischer Rundfunk-Reporter den australischen Skipper John Bertrand. Dessen einsilbige Antwort: „Ja." Doch dann kamen dem America's-Cup-Gewinner Bedenken: „Ob wir aber auch die Deutschen schlagen können, das weiß ich nicht. Die arbeiten so gründlich, so sorgfältig, da wird es ganz schwer."

Die Deutschen? Sie wollten ihr Projekt doch ad acta legen, wenn die Amerikaner den Cup verlieren. Wie sagte doch Michael Schmidt, Werftchef aus Wedel und Kopf des deutschen 12er Syndikats, noch vor einem Vierteljahr: „Das ist wie bei der Erstbesteigung des Mount Everest. Der Zweite wollen wir nicht sein, da wäre bei uns die Luft raus."

Zur Erklärung: 132 Jahre lang war der America's Cup, die wichtigste Trophäe der Hochseesegler, im Besitz der Amerikaner. Sie wollte ein deutsches Syndikat 1986 gewinnen. In der Nacht zum Dienstag schafften das nun im Rhode Island Sound bereits die Australier.

Was geschieht nun? Geben die Deutschen auf?

Michael Schmidt sagte am Morgen nach dem australischen Erfolg: „Diese Regatta ist so wahnsinnig populär geworden, da wäre es eine Sünde, alles hinzuschmeißen." Also wird man erst einmal Fakten sammeln, wird das Pro und Contra abwägen, um mit den Sponsoren zu sprechen. Denn auf die kommt es jetzt an. Bleiben Unternehmen wie BMW, Porsche, Lufthansa, VDO oder Blaupunkt bei der Stange, dann wird wohl die Yacht „Made in Germany" doch noch gebaut. Aber die Sponsoren werden gebraucht, denn das Geld für das Unternehmen America's Cup läßt sich nicht aus dem Ärmel schütteln: 12 Millionen Mark müssen dafür nun einmal aufgebracht werden.

Aber „die größte Herausforderung seit Columbus" (so der deutsche Werbeslogan) hat hierzulande bereits gezündet. Wohl vor allem wegen der vier Säulen, auf denen das Projekt steht: Tüchtigkeit der deutschen Segler, Arbeitsmethoden des modernen Managements, Vermarktungskünste einer guten Werbeagentur, die Leistungskraft deutscher Industrie- und Handelsfirmen. Und die Herausforderung ist nach der Niederlage der *Amerikaner nur größer geworden:* Bevor nämlich gegen die Australier zum Match-Segeln – Schiff gegen Schiff – angetreten wird, müssen erst noch die Amerikaner in den Ausscheidungsregatten bezwungen werden.

Außerdem: Bislang wurde im Rhode Island Sound gesegelt, mithin in

STANDPUNKT

einem Revier, das bekannt war. 1986 oder 1987, so genau weiß man den Termin noch nicht, geht es auf weithin unbekannten australischen Gewässern um den America's Cup. Schmidt macht das nicht bange. „Damit", sagt er, „kann man sich beschäftigen. Das ist konstruktiv zu fassen."

Schwierig wird's beim Bau des neuen Schiffes, das nun einmal fünf bis sechs Prozent schneller sein muß als die vom Design her schon sehr schnelle Australia II. Aber auch das gehört schließlich zur Rubrik „Herausforderung". Früher reichte übrigens ein halbes Prozent aus. Früher, das war vor einem Vierteljahr ...

Sieben amerikanische Schiffe wollen den Pott zurückholen, die Deutschen wollen ihn erobern. Ein ehrgeiziges, äußerst kostspieliges Unterfangen, das aber jetzt noch an Bedeutung gewinnt, die weit über den Bereich des Sports hinausgeht.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Heute Europacup – Neuer Präsident bei Borussia Dortmund

Gequälter Optimismus

DW. Bonn

Dem deutschen Bundesliga-Fußball droht heute das größte Debakel seit 14 Jahren. 1969 schieden drei Klubs in der ersten Runde der europäischen Pokalwettbewerbe aus: Meister Bayern München gegen St. Etienne, München 1860 und Hannover 96 im Messepokal (heute UEFA-Cup). Seitdem blieben von 82 gestarteten Vereinen nur acht in der ersten Runde hängen.

Mit Sicherheit erreichen nur zwei Mannschaften die zweite Runde: Bayern München gegen Famagusta und der Hamburger SV, der im Pokal der Meister ein Freilos gezogen hatte. Der Optimismus der anderen Klubs klingt etwas gequält. Zum Beispiel Pierre Littbarskis forscher Satz zum 1. FC Köln: „Wir gewinnen 3:0, das ist Ehrensache." Oder die Aussagen der Trainer Rehhagel (Bremen) und Benthaus (Stuttgart): „Wir schießen zwei Tore."

Das ZDF zeigt heute ab 22.40 Uhr 80 Minuten lang Ausschnitte aus den Spielen.

Die Spiele der deutschen Klubs (in Klammern Anfangszeit und Ergebnisse der Hinspiele):

Landesmeister: Jeunesse Esch – Dynamo Ost-Berlin (1:4), Hamburger SV Freilos.

Pokalsieger: 1. FC Köln – Wacker Innsbruck (20.00 Uhr/0:1), FC Barcelona – 1. FC Magdeburg (5:1).

UEFA-Cup: Bayern München – Famagusta (20.00/1:0), Malmö FF – Werder Bremen (19.00/1:1), Watford – Kaiserslautern (19.45/1:3), Sofia – Stuttgart (17.30/1:1), Frankfurt/Oder – Nottingham Forest (0:2), Lok Leipzig – Bordeaux (3:2), FC Jena – Vestmannaeyjar (0:0).

Frank Roring plant mit Manager Dieter Tippenhauer

BERND WEBER, Dortmund

Fernsehkameras waren auf ihn gerichtet, Rundfunkmikrophone wurden ihm von allen Seiten entgegengestreckt. Fans hingen an seinen Lippen, als sei er der Welt größter Heilsverkünder. Frank Roring, dem 37 Jahre alten Diplom-Kaufmann, der sich am späten Montagabend in einer Kampfwahl um den Präsidentenposten bei Borussia Dortmund mit deutlicher Mehrheit gegen den früheren Borussen-Chef Heinz Günther durchgesetzt hatte (260:182 Stimmen), war der ganze Rummel sichtlich peinlich. „Erwarten Sie von mir keine Wundertaten", sagte er immer wieder, „auch ich brauche Zeit, um den verfahrenen Karren wieder flottzumachen."

Doch fest steht: Die Mitglieder des tief in die Krise geratenen Fußball-Bundesliga-Vereins erwarten von Roring kurzfristig bessere Zeiten. Das ist die Hypothek, mit der seine Amtsführung belastet ist. Friedhelm Cramer, der bisherige Dortmunder Notvorsitzende (er wurde zum Vizepräsidenten gewählt), weiß es. Zur WELT sagte er: „Der derzeit vorletzte Tabellenrang entspricht nicht dem Ansehen von Borussia. Wir müssen da so schnell wie möglich wieder weg."

Die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft sind eng mit der Person von Bayer Uerdingens Manager Dieter Tippenhauer verknüpft. Cramer: „Der sollte lieber gestern als heute bei uns anfangen." Aber das ist reines Wunschdenken. Tippenhauer wird zwar noch in dieser Woche einen Zweijahresvertrag in Dortmund unterschreiben, jedoch wird er sein Amt nicht vor Beginn der neuen Saison antreten können. Uerdingens Präsident Arno Eschler: „Vorher geben wir ihn auf keinen Fall frei."

Anders sieht es in der Trainerfrage aus. Der neue Dortmunder Vorstand machte dem glücklosen Ulli Maslo gestern abend in einem langen Gespräch unmißverständlich klar, daß er ihn in erster Linie für das bisher so schwache Abschneiden der Mannschaft verantwortlich mache. Ohne Frage, für Maslo wird die nächste Begegnung (Samstag gegen Offenbach) zum Spiel, das über seine Zukunft entscheidet. Der Trainer wird gehen müssen, wenn seine Mannschaft nicht gewinnt.

Hans-Joachim Fenne, Unternehmensberater aus Gladbeck, wird Schalke 04 zwei weitere Jahre führen. Auf der Jahreshauptversammlung des Bundesliga-Absteigers wurde er mit 574 von 607 Stimmen als Präsident wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Otto Schweisfurth (67), gab schon vor der Wahl auf. Nachdem seine Rede von Pfiffen und Geschrei ständig unterbrochen worden war, verließ Schweisfurth, Mitglied der Schalker Meistermannschaften von 1935 bis 1942, demonstrativ den Saal. Nach einer fast einstündigen Diskussion wurde dem ehemaligen Präsidenten und Manager Günter Siebert nicht gestattet, vor das Mikrophon zu gehen. Sieberts Mitgliedschaft im Verein ruht bis zum 30. September. Schatzmeister Ingo Westen bezifferte die Schulden des Klubs mit zur Zeit 2,2 Millionen Mark.

SPORT-NACHRICHTEN

Derwalls Aufgebot

Frankfurt (dpa) – Bundestrainer Jupp Derwall hat sein Aufgebot für das Qualifikationsspiel zur Fußball-Europameisterschaft gegen Österreich (5. Oktober in Gelsenkirchen) bekanntgegeben: Tor: Schumacher, Burdenski; Abwehr: Augenthaler, Briegel, Dremmler, Bernd und Karl-Heinz Förster, Otten, Strack, Stielike; Mittelfeld: Groh, Matthäus, Meier, Rolff, Schuster; Angriff: Littbarski, Rummenigge, Völler, Waas.

Post sportlicher Leiter

Frankfurt (dpa) – Der ehemalige Sechstage-Radrennfahrer Peter Post wurde zum sportlichen Leiter des 36. Frankfurter Sechstagerennens (27. Oktober bis 6. November) berufen.

Schneitbergers Rücktritt

Duisburg (sid) – Nach nur vier Spieltagen trat Otto Schneitberger als Trainer des Duisburger SC (zweite Eishockey-Bundesliga) zurück, weil er nicht zweimal am Tag trainieren lassen wollte. Sein Nachfolger soll der Kanadier Marcel Breil werden.

Unterschriften-Aktion

Los Angeles (UPI) – Fünf Kalifornier und zwei in Korea geborene Amerikaner starteten in Los Angeles eine Unterschriften-Aktion gegen die sowjetische Teilnahme an den Olympischen Spielen 1984. Bisher gibt es rund 10 000 Unterschriften.

Lenk berufen

Karlsruhe (sid) – Professor Hans Lenk, 1960 Ruder-Olympiasieger im Ratzeburg-Achter von Karl Adam, wurde in die deutsche UNESCO-Kommission berufen. Lenk ist Ordinarius für Philosophie an der Universität Karlsruhe und Professor für Wissenschaftstheorie an der Europäischen Fakultät zu Straßburg.

Otto gescheitert

Kiew (dpa) – Der Waldheimer Dieter Otto hat bei den Freistil-Weltmeisterschaften der Ringer in Kiew die Olympia-Qualifikation verpaßt. Der deutsche Mittelgewichts-Meister unterlag dem Tschechoslowaken Loguinia mit 2:7 Punkten. Weltergewichtler Martin Knosp startete mit einem Disqualifikationssieg über den Rumänen Tamaduiani.

Alboreto zu Ferrari

Rom (dpa) – Michele Alboreto (27) fährt in der nächsten Formel-1-Saison für Ferrari. Er ersetzt den Franzosen Tambay. Alboreto, seit 1981 bei Tyrrell, ist der erste Italiener, der seit zehn Jahren für den italienischen Rennstall verpflichtet wird.

ZAHLEN

BASKETBALL

Bundesliga, Männer: SSV Hagen – Giants Osnabrück 106:93.

TISCHTENNIS

Deutschland-Grand-Prix, Gruppe A: Halbfinale: Jonyer (Ungarn) – Surbek (Jugoslawien) 21:19, 21:17, Carlsson – Bengtsson (beide Schweden) 21:17, 21:23, 21:10. – Finale: Jonyer – Carlsson 17:21, 21:18, 21:17. – Stand nach zwei Durchgängen: 1. Carlsson 15 Punkte, 2. Jonyer 12, 3. Surbek 9. – Gruppe B, Halbfinale: Klampar (Ungarn) – Orlowski (CSSR) 21:13, 21:19, Saito (Japan) – Park Lee Hee (Südkorea) 21:11, 23:21. – Finale: Klampar – Saito 21:10, 21:9. – Gesamtstand: 1. Klampar 18, 2. Saito 12, 3. Orlowski 6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 332 505,50 Mark, 2: 43 481,40, 3: 2853,70, 4: 63,70, 5: 6,10. – **Toto,** Elferwette: 1: 19 533,00, 2: 550,70, 3: 39,90. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 2 119 969,25, 2: 47 838,80, 3: 3986,50, 4: 70,30, 5: 7,80. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 66,70, 2: 23,90. – Rennen B: 1: 596,90, 2: 78,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 121 369,40 Mark.

(ohne Gewähr)

Konferenz über Waffenruhe in Libanon vertagt

DW./dpa, Beirut

Nur einen Tag nach der Feuereinstellung im libanesischen Bürgerkrieg haben die Bemühungen um eine Sicherung der Waffenruhe gestern einen Rückschlag erlitten. Die Konferenz mit den wichtigsten Repräsentanten der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wurde nach Angaben von Radio Beirut auf zunächst unbestimmte Zeit verschoben, da die Drusen mit dem Tagungsort, dem Verteidigungsministerium im Stadtteil Baabda im Südosten Beiruts, nicht einverstanden waren.

Die Feuereinstellung wurde dennoch weitgehend beachtet. Nach Angaben von Radio Beirut sind dagegen in der Nähe der Küstenstadt Tripoli, schwere Kämpfe unter rivalisierenden palästinensischen Untergrundgruppen ausgebrochen.

Der Waffenstillstand in Libanon hat zumindest vorübergehend in den USA die Sorgen über ein langwieriges militärisches Engagement Washingtons im Nahen Osten gedämpft. Wegen der Labilität der Verhältnisse in Libanon wird jedoch befürchtet, daß die USA bei einem erneuten Aufleben der Feindseligkeiten wieder in die Auseinandersetzungen verstrickt würden.

Den Sowjetgewerkschaften steht eine große „Säuberung" bevor

Erneuerung der Mitgliedskarten dient Andropows Kampagne für größere Arbeitsdisziplin

DW./AFP, Moskau

Die sowjetische Führung leitet im Oktober eine großangelegte „Säuberung" der Gewerkschaften ein, der mit mehr als 130 Millionen Mitgliedern größten Massenorganisation der UdSSR. Die Aktion – eine Erneuerung der Mitgliedskarten – wird vier Jahre in Anspruch nehmen und entspricht der von Staats- und Parteichef Jurij Andropow mit sichtlicher Härte betriebenen Reform der schwerfälligen Bürokratie und der „Festigung der Arbeitsdisziplin".

Basisnahe Arbeit gefordert

Die eingeschriebenen Werktätigen der insgesamt 25 Arbeitsbranchen – von der Industrie und der Landwirtschaft über das Bau- und das Transportwesen bis hin zu den freien Berufen und den Regierungsfunktionären – werden bei ihren Gewerkschaftsstellen ihr grünes Mitgliedsbuch abgeben müssen, in das bisher jeden Monat eine Beitragsmarke im Wert von einem Prozent des jeweiligen Gehalts eingeklebt wurde. Sie erhalten – selbstverständlich nach eingehender Prüfung des Profils der jeweiligen Person – eine neue Karte für eine in Zukunft nur noch jährliche Markierung.

Unter dem Druck der polnischen Krise werden in der Sowjetunion der Arbeit, dem Erscheinungsbild und der Diskussion der Funktionen der Gewerkschaften seit drei Jahren starke Aufmerksamkeit gewidmet. Die Organisationen wurden wiederholt an ihren Auftrag erinnert, sich um das Wohl der Arbeiter zu kümmern und basisnah zu arbeiten.

Andropows Vorgänger Leonid Breschnew warf den Gewerkschaften offen „Unbeweglichkeit und Formalismus" vor. Noch zu seiner Zeit war im März 1982 der damalige gewerkschaftliche Zentralratsvorsitzende Alexej Schibaljew wegen Versagens abgelöst worden. Dessen Nachfolger, Stepan Schalajew, versucht nun offenbar mit der Mitgliedschaftserneuerung die Massenorganisation für eine Aufwertung ihrer Rolle im Produktionsprozeß des Landes besser in den Griff zu bekommen.

Von einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, wie sie 1978 in der UdSSR im Gefolge der KSZE-Vereinbarungen von Helsinki aufgetaucht war, ist nichts mehr zu spüren. Die 43 Gründungsmitglieder um Wladimir Klebanow sind sämtlich inhaftiert, verbannt oder wurden sonstwie zum Schweigen gebracht.

„Prawda" für strenge Auswahl

Den offiziellen Gewerkschaften gehören nach der amtlichen Statistik um die 99 Prozent aller sowjetischen Erwerbstätigen an. Formell ist die Mitgliedschaft freiwillig, in der Praxis aber eine Pflicht, weil einem nicht gewerkschaftlich eingeschriebenen Arbeiter der Genuß zahlreicher sozialer Vorteile entgeht.

Erst am vergangenen Montag hatte die sowjetische Parteizeitung „Prawda" zu einem strengeren Auswahlverfahren der KPdSU-Mitglieder und Kandidaten aufgefordert. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien 14 000 Parteikandidaten nicht akzeptiert worden, hieß es in der „Prawda".

Bonn lehnt Auslieferung Aydindags an Türkei ab

Nach Freilassung ein Verfahren wegen Fememord möglich

STEFAN HEYDECK/DW. Bonn

Nachdem Bonn eine Auslieferung des Asylbewerbers Zeynel Aydindag an die Türkei abgelehnt hat, wird jetzt in Kreisen der Bundesregierung mit Interesse auf das weitere Verhalten der zuständigen Strafverfolgungsbehörden und der nordrhein-westfälischen Justizministerin Inge Donnepp (SPD) gewartet. Der Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Klaus Kinkele, und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatten die Auslieferung des unter Mordanschuldigung stehenden 35jährigen am Montag endgültig verweigert, weil Ankara trotz wiederholter Aufforderung nicht verbindlich zusichern wollte, daß Aydindag nicht die Todesstrafe drohe.

Für den am Montagabend aus der Haft in Düsseldorf entlassenen Türken, der sich 22 Tage lang im Hungerstreik befand, hatten sich ähnlich wie im Fall Kemal Altun, der möglicherweise aus Furcht vor Auslieferung Selbstmord beging, Bundestagsabgeordnete aller Parteien eingesetzt. So hatte Inge Donnepp noch kurz vor der Bonner Ablehnung der Auslieferung Aydindags die Bundesregierung in ultimativer Form zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Nach Aydindag war von der Türkei nicht wegen einer politisch motivierten Straftat, sondern wegen eines angeblich 1972 verübten Fememordes gefahndet worden. Den Auftrag dazu hatte im Dezember 1977 die damalige linksgerichtete Regierung unter Ministerpräsident Bülent Ecevit erteilt. In der Bundesrepublik war Aydindag noch zur Zeit der SPD-FDP-Koalition, am 9. Februar 1982, in Auslieferungshaft genommen worden.

Die nicht erstmals von den türkischen Militärs erhobene Anschuldigung des Fememordes müßte nach Expertenansicht zur Folge haben, daß die Staatsanwaltschaft gegen Aydindag Ermittlungen einleitet und er sich möglicherweise vor einem deutschen Gericht verantworten muß.

Mit der gesamten Asyl- und Auslieferungsproblematik befassen sich gegenwärtig Fachleute im Auswärtigen Amt, im Justiz- und Innenministerium. Sie wollen Mitte Oktober ihre Bestandsaufnahme abschließen. Bis Anfang nächsten Jahres soll ein Bericht für das Bundeskabinett erarbeitet werden.

Erleichterungen, aber viele Einschränkungen

● Fortsetzung von Seite 1

nes Wehrdienstes entspricht, leistet oder geleistet hat und danach eine von den zuständigen staatlichen Organen festgelegte Frist nicht verstrichen ist".

Über die ausdrücklich in der „Kann-Form" gehaltenen neuen Verordnung der „DDR" hatte am Montagabend erstmals der bayerische Ministerpräsident Strauß berichtet. Die bayerische Staatskanzlei bezeichnete es als einen Erfolg, daß überhaupt eine Rechtsgrundlage für die Regelung dieser Probleme geschaffen werde. Es sei jetzt zu erwarten, daß einschlägige Fälle „ordnungsgemäß behandelt und wohlwollend verabschiedet werden".

Die Staatskanzlei in München berichtete ferner, daß an einigen Abschnitten der innerdeutschen Grenze die an den Metallgitterzäunen angebrachten Todesautomaten abgebaut würden. Mit der Demontage dieser Selbstschußanlagen sei zum Beispiel im thüringischen Raum gegenüber dem niedersächsischen Niedergandern bis zum Sturzniederberg im Werra-Meißner-Kreis (Hessen) bereits begonnen worden.

Ein Sprecher des bayerischen Grenzpolizeipräsidiums sagte, die Grenzüberwachungsorgane hätten davon keine Kenntnis.

Genscher plädiert für Zweiergipfel

dpa, New York

Die Großmächte dürften „gerade jetzt" ihr politisches Gespräch nicht abreißen lassen, und dabei könnte ein Gipfeltreffen des US-Präsidenten mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef „entscheidende Impulse" geben, sagte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern in New York. Er bedauere die Absage des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko, nach New York zu kommen, erklärte Genscher vor dem Institut für Ost-West-Sicherheitsforschung, und betonte: „Der Dialog muß weitergehen." In Europa werde „auch die Sicherheit der USA verteidigt". Bonn werde „unbeirrt den vorgesehenen Zeitplan für die Nachrüstung einhalten", falls in Genf keine Ergebnisse erzielt werden können. Die Europäer verdienten es nicht, „daß ihre Festigkeit in Zweifel gezogen wird, wenn sie zu Maß und Ausgleich raten".

Neue SED-Kampagne

Ost-Berlin wendet sich an „Parteien der Arbeiterbewegung"

F. DIEDERICHS, Berlin

Offenbar ermutigt durch die zunehmende Ablehnung der Nachrüstung in der SPD haben sich gestern die „DDR" sowie die Parteivorstände der DKP und der Westberliner SEW scharf gegen eine Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland gewandt.

Ungeachtet der amerikanischen Kompromißbereitschaft in Genf und der von US-Präsident Reagan vor der UNO-Vollversammlung verkündeten Angebote zur Beschleunigung der Abrüstungsgespräche (WELT v. 27. 9.), forderten SED, DKP und SEW in einem gestern im „Neuen Deutschland" veröffentlichten Appell dazu auf, „im Interesse des Lebens auf unserem Planeten" alle Möglichkeiten des politischen Handelns, des Dialogs, parlamentarischer Initiativen und des Massenprotestes zu nutzen, um eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verhindern.

Trotz der Gefahr, die weiter anwachse, sei es noch Zeit, „eine neue Runde des atomaren Wettrüstens, die die internationale Lage verschärfen und die Kriegsgefahr erhöhen würde, abzuwenden", heißt es in dem Aufruf, der sich „an die Parteien der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die Jugendverbände, an alle Menschen in Europa, die in Frieden leben wollen", richtet.

„Die Verwandlung der Bundesrepublik in eine Startrampe für atomare US-Erstschlagwaffen" beschwöre „das Risiko der Selbstvernichtung der BRD" und bedrohe „die Sicherheit und das Leben aller Völker Europas". „Das wahnwitzige Rüstungsprogramm der USA" drohe „nicht nur die Erde, sondern auch das Weltall zum Schauplatz atomarer Auseinandersetzungen zu machen", heißt es.

Bahr: UNO sollte nach Berlin

dpa, Bonn

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr hat angeregt, den Sitz der Vereinten Nationen von New York nach Berlin zu verlegen. In einem vorab veröffentlichten Beitrag für die nächste Ausgabe der SPD-Wochenzeitschrift „Vorwärts" erinnerte Bahr daran, daß ein solcher Plan schon einmal unter dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erwogen wurde. Dieser Plan sollte nun vom jetzigen Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker belebt werden. Vor dem Hintergrund des Unmuts in der amerikanischen Öffentlichkeit über die hohen Kosten der USA für die UNO bei geringem Einfluß der Amerikaner meinte Bahr, mit der Verlegung nach Berlin würde ein Ärgernis für die Amerikaner beseitigt. Der Stadt Berlin und Mitteleuropa hingegen würde die Verlegung zusätzliche Sicherheit bringen.

Sozialausschüsse warnen

„Geisterfahrt verantwortlicher Unionspolitiker"

DW. Bonn

Die CDU-Sozialausschüsse haben die wirtschaftspolitischen Vorschläge von Ernst Albrecht und Haimo George zum Anlaß genommen, die Union vor einer Kursänderung zu warnen. „Die Geisterfahrt verantwortlicher Unionspolitiker nimmt fast zwanghafte Züge an", heißt es im Leitartikel der jüngsten Ausgabe des CDA-Organs „Soziale Ordnung".

Der Autor, der Kölner CDU-Landtagsabgeordnete Heinz Soenius, spricht von einem wachsenden Widerstand gegen das Sozialstaatgebot und von Gegensätzen zu den Ordnungselementen der sozialen Marktwirtschaft in Teilen seiner Partei. „Wer heute einseitig dem freien Spiel des Marktes das Wort redet, will ein anderes System".

An anderer Stelle schreibt Soenius, Bundesvorstandsmitglied der CDU: „Das Gezerre um die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer Orientierungslosigkeit, die nicht auf die Meinungsführer radikaler Wendeerwartungen beschränkt ist."

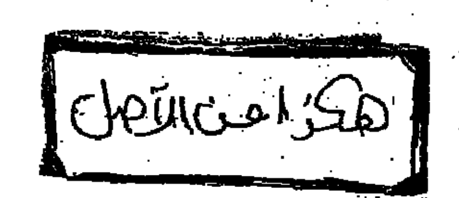
Eine Ursache für diese Entwicklung sei der Mitgliederzuwachs der CDU: „Sie hat den Mitgliederschub der 70er Jahre programmatisch nicht integriert. Ihre Offenheit wird wie selbstverständlich für Denkanstöße in Anspruch genommen, ohne daß gleichzeitig das Bewußtsein dafür ausgebildet ist, daß Offenheit ohne Solidarität die Union auseinandersprengt."

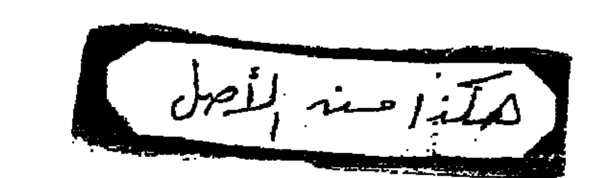
Ordnungspolitik, so Soenius, passe nicht in das Weltbild von Wirtschaftsminister Lambsdorff. „Unser Vorbild ist weder Ronald Reagan noch Margaret Thatcher, sondern Ludwig Erhard", schließt der CDU-Politiker.

Friedensgruppen schweigen

W. K. Bonn

Zu der Selbstverbrennung eines Anhängers Tübinger Friedensgruppen haben bisher weder Gruppierungen der „Friedensbewegung" noch an der Anti-Nachrüstungskampagne beteiligte kirchliche Stellen in Baden-Württemberg Stellung genommen. Wie die Polizei mitteilte, war in der vergangenen Woche die Leiche des „Friedenskämpfers" in der leerstehenden ehemaligen amerikanischen Raketenbasis Hettingen-Inneringen auf der Schwäbischen Alb entdeckt worden. Nach Angaben der Polizei hatte der ledige Mann bei Versammlungen, auf denen zu Aktionen für den „heißen Herbst" aufgerufen worden war, mehrfach erklärt, daß er sich in der ehemaligen Militärbasis selbst verbrennen werde. Ein Behördensprecher: „In der Szene herrscht seitdem betretenes Schweigen."





Genug Gebühren

Mk. – Kommt jetzt doch die Autobahngebühr? Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat seinem österreichischen Amtskollegen Karl Lausecker verklausuliert damit gedroht. Zwar gehört diese Forderung zum ständigen Sommer-Repertoire einiger Politiker, die aus dem Ärger der Urlauber über Autobahngebühren im Ausland Kapital schlagen wollen. Dollinger hat jedoch einen konkreten Anlaß.

Seit Februar wird zwischen Bonn und Wien über Maut-Gebühren verhandelt, die auf bestimmten Paß-Straßen in Österreich erhoben werden, über die vor allem das bayerische Verkehrsgewerbe stöhnt. Daben müssen seit 1978 alle Lkw einen Straßenverkehrsbeitrag bezahlen, der jetzt um 50 Prozent angehoben werden soll, um den österreichischen Haushalt zu konsolidieren. Für dieses Ziel hat Dollinger zwar Verständnis, aber nicht dafür, daß dazu auch deutsche Unternehmen herangezogen werden sollen.

Auf Dauer kann nach Ansicht Dollingers die Bundesregierung nicht das einzige große Transitland in Europa sein, das keine Abgaben erhebt. Oberstes Ziel der Verhandlungen ist es, die anderen auf diese *Linie zu*rückzubringen. Dieses ist richtig und, wie sich bei Belgien gezeigt hat, auch nicht von vornherein aussichtslos.

Erst wenn alle Versuche erfolglos bleiben, will die Bundesregierung nach einer Möglichkeit suchen, um die Wegekosten ausgeglichener anzulasten. Leicht wird dies nicht. Immerhin müßten Inländer und Ausländer gleichermaßen betroffen werden. Sicher könnte die Kfz-Steuer so umgebaut werden, daß schließlich nur ausländische Wagen zusätzlich belastet werden. Problematisch bleibt dieses allemal.

Bekenntnisse

J. Sch. (Paris) – Eine neue Franc-Abwertung ist absolut nicht wünschenswert. Dies erklärte wörtlich Außenhandelsministerin Edith Cresson nach ihrer Rückkehr aus den Vereinigten Staaten, wo unter ihrem Kommando ein Bataillon von 250 kleinen und mittleren französischen Unternehmern, auf die Dollar-Hausse gestützt, in den US-Markt einzudringen versuchte. Inzwischen ist der Dollar allerdings wieder etwas schwächer und die D-Mark im Europäischen Währungssystem insbesondere gegenüber dem Franc etwas stärker geworden. Doch wie jede Franc-Schwäche, so gibt auch diese Abwertungsgerüchten Auftrieb. Zwar glaubte dieser Tage eine amerikanische Untersuchung feststellen zu können, daß der Dollar gegenüber der D-Mark und dem Franc überbewertet ist. Andererseits aber steigen in Frankreich die Preise und Kosten nach wie vor erheblich schneller als in der Bundesrepublik. So wird es irgendwann doch zu einer neuen deutsch-französischen Paritätsbereinigung kommen, auch wenn Madame Cresson dies nicht wünscht.

Stahl braucht Strategie

Von JOACHIM GEHLHOFF

Mindestens ein Viertel mehr als zur besonders schlimmen Vorjahreszeit werden die deutschen Stahlwerke im vierten Quartal 1983 produzieren. Auch diese Zahl muß man im Auge behalten, wenn morgen 60 000 Stahlarbeiter am Bonner Regierungssitz Unmut und Sorge über das zählebig traurige Schicksal ihrer einst so stolzen Branche demonstrieren. So schlimm wie es in der nun neunjährigen Stahlkrise schon manchmal war, ist es zur Zeit nicht mehr.

Aber schlimm genug ist es geblieben. Das lehren nicht nur Zahlen wie der allmonatlich bei gut eintausend gebliebene Arbeitsplatzverlust und die noch bei einem Viertel aller Beschäftigten liegende Kurzarbeitsquote. Ärger noch ist, daß sich trotz strengem EG-Krisenmanagement mit dem hehren Doppelziel von Kapazitäts- und Subventionsabbau in der überdimensionierten europäischen Stahlindustrie auf dem Gemeinsamen Markt wieder einmal ein Zustand eingestellt hat, den man vornehm als Perspektivlosigkeit und drastischer als Tohuwabohu kennzeichnen muß.

Einige Schlaglichter dazu: Da zerrt nun die Bundesregierung erstmals die EG-Kommission vor den Europäischen Gerichtshof. Sie fühlt sich zum Nachteil der deutschen Unternehmen (immer noch die produktivsten in der EG und allein noch privatwirtschaftlich organisiert) von der Kommission betrogen. Denn die hatte ihr bei der letzten Produktionsquotenzuteilung im Juli eine allmähliche Rückkehr zum fairen Drittel-Anteil der Deutschen am EG-Stahlausstoß zugesagt, während es in Wahrheit weiter abwärts geht. Geklagt wird aus per Saldo gleichem Motiv nun auch von etlichen deutschen Stahlkonzernen beim Gerichtshof. Stahlbaisse mit Hausse für Juristen.

Da addieren die Deutschen die in ihren vier wichtigsten EG-Konkurrenzländern seit Krisenbeginn geflossenen oder bis 1985 zugesagten Stahl-Subventionen nun schon auf 100 Milliarden Mark, pro Produkttonne bis auf 300 Mark oder gut ein Drittel des Marktpreises. Wahnsinnssummen insbesondere zum (teilweisen) Durchschleppen obsoleter Stahlarbeitsplätze. Denen müßte bei „Wettbewerbsgleichheit" im Subventionsdschungel analog zu ihrem fairen Drittel-Anteil am EG-Stahl eine Subvention der deutschen Stahlunternehmen von 50 Milliarden Mark Paroli bieten. Nicht viel mehr als ein Zehntel davon aber wird, den Sonderfall Saarstahl mitgerechnet, aus deutschen Kassen fließen.

Da stellen die deutschen Stahlproduzenten nun höchst verärgert fest, daß ihr Heimatmarkt, auf dem zaghafte Konjunkturerholung registriert wird, mehr denn je zum Tummelplatz der (zumeist subventionierten) Auslandskonkurrenz geworden ist. Rund die Hälfte des deutschen Stahlverbrauchs stammt neuerdings aus Importen. Das ist doppelt so viel wie im letzten Boomjahr 1974, hinter dessen 54 Millionen deutschen Rohstahltonnen die diesjährige Produktion der Werke wiederum um ein Drittel zurückbleiben wird.

Die nächsten Monate werden, bei Produktionsquoten wie bei Importanteilen, vermutlich einige Entlastungen für die deutschen Produzenten bringen. Dafür macht sich die Bundesregierung nun endlich erkennbar stark. Aber das führt noch nicht weit genug. Die teuflische Spirale anschwellender Stahlsubventionen kommt auch hierzulande in Gang. Will man sie rechtzeitig begrenzen, so bleibt der Bundesregierung keine andere Wahl, als öffentliche Hilfe auf kostensparende Konzentrations- und Fusionsprojekte der bisherigen Stahlkonzerne zu konzentrieren. Das macht die politische Verteidigung deutschen Stahlpotentials auf der Europa-Ebene zwar beileibe nicht überflüssig, per Saldo aber mit Gewißheit für die Steuerzahler billiger.

Mit Marktwirtschaft hat ein solcher Bonner Aufbruch zu stahlpolitischer Strategie, der tief in die bisherigen Unternehmensstrukturen eingreift, überhaupt nichts mehr zu tun. Unerläßlich bleibt er trotzdem, weil Europas Stahlwelt nun einmal vielfältig staatsverseucht ist. Der ordnungspolitische Konzentrationsakt wird auch nicht dadurch ad absurdum geführt, daß beispielsweise ein großer Stahlkonzern wie Hoesch erklärt, dank radikalem Kapazitätsabbau käme man nun alleine besser als in der Fusion mit Klöckner und Salzgitter zurecht. Denn in gleichem Atemzug heißt es bei Hoesch, daß zukunftsichernde Großinvestitionen für den Erhalt der heutigen Kapazität ohne massive Staatsstütze nicht mehr möglich seien.

WÄHRUNGSTAGUNG / Chefs der Weltbank und des IWF eröffnen die Konferenz

Clausen fordert mehr ausländisches Privatkapital für die Dritte Welt

HORST-ALEXANDER SIEBERT, **Washington**

Bei der Eröffnung der 38. Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben sich ihre Chefs, der Amerikaner A. W. Clausen und der Franzose Jaques de Larosière, dafür eingesetzt, den Konjunkturaufschwung nun durch mittelfristige Weichenstellungen abzusichern und ihn in die Dritte Welt hineinzutragen. Mit größerer Gelassenheit als erwartet reagierten die Entwicklungsländer auf den Beschluß der Finanzminister, die Ziehungen auf ihre IWF-Quote von 150 auf 102 beziehungsweise 125 Prozent zu begrenzen.

Für den Fonds, der den Beinamen „Weltnotenbank" trägt, kommt es auf eine Wirtschaftspolitik an, die auf den bisherigen Erholungserfolgen aufbaut. Dabei muß auch Ballast abgeworfen werden:

1. Abgesichert werden muß die erreichte Preisstabilität, und zwar durch eine Geldpolitik, die mit der verlangsamten Teuerung übereinstimmt. Der Verzicht auf eine Lockerung der monetären Zügel verringert die inflationären Erwartungen und verbessert das Gleichgewicht zwischen dem verfügbaren Sparvolumen und der Kreditnachfrage.

2. In Ländern mit im Verhältnis zu dem Sparvolumen hohen Haushaltsdefiziten wie den USA müssen glaubwürdige Pläne für den Abbau der roten Zahlen ausgearbeitet werden. Dies ist das wichtigste Element, was im globalen Konjunkturmosaik noch fehlt. Ausgeglichene Budgets schaffen Vertrauen, weil sie ein Ende der Inflation und eine dauerhafte Reduzierung der Zinsen signalisieren. Weiterhin hohe Haushaltsdefizite drükken, wenn mit restriktiver Geldpolitik gekoppelt, die Zinsen nach oben, führen zu einem Mißbrauch des weltweiten Sparkaufkommens und gefährden den Aufschwung.

3. Zur Verbesserung des Investitionsklimas sind strukturelle Reformen nötig; durch Tarifvertragskorrekturen müssen die Arbeitskosten schneller den Nachfrageveränderungen angepaßt werden. Rascher umzusetzen sind technologiebedingte komparative Kostenvorteile. Als Bremse wirken Protektionismus, Regulationen und Subventionen.

Laut de Larosière mehren sich die Beweise, daß der Anpassungsprozeß funktioniert. So ist das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit der ölimportierenden Entwicklungsländer von 1981 bis 1983 schon von 23 auf 14 Prozent ihrer Güter- und Dienstleistungsexporte gesunken. Das Handelsdefizit der Gruppe wird sich auf 40 Milliarden Dollar halbieren. Der IWF unterstützt zur Zeit Programme in 46 Staaten. Bei einer Wachstumsrate von weniger als zwei Prozent in diesem Jahr habe die wirtschaftliche Erholung diese Länder noch nicht erreicht. De Larosière bestätigte, daß der Fonds Verhandlungen über neue Bereitschaftskredite wegen der Liquiditätsengpässe erst später wieder aufnimmt.

Weltbank-Präsident Clausen rundete die Forderungen des geschäftsführenden Direktors des IWF mit dem Ruf nach „einem ausreichenden Zufluß von ausländischem Kapital in die Entwicklungsländer" ab. Einfuhrschranken bezeichnet er als Krebsgeschwüre. Vordringlich warb Clausen um Unterstützung für die einkommensschwachen Staaten südlich der Sahara, „wo das Pro-Kopf-Einkommen Ende der 80er Jahre niedriger sein wird als 1960". Er rief die Privatwirtschaft auf, mehr in der Dritten Welt zu investieren, und zwar auch durch Beteiligungen mit der International Finance Corp. (IFC) oder durch Kofinanzierung.

Einige Lichtblicke haben die harten Gespräche im gemeinsamen Entwicklungsausschuß der Weltbank und des IWF gebracht. So steuert die Mehrheit der Länder auf eine 7. Wiederauffüllung der Kasse der International Development Association (IDA) zu, die zwölf Milliarden Dollar in drei Jahren ausmacht. Noch halten die USA jedoch an neun Milliarden Dollar fest.

Außerdem zeichnet sich eine selektive Kapitalerhöhung bei der Weltbank um acht (US-Vorschlag: drei) Milliarden Dollar ab. Bis September 1984 soll überdies ein Bericht über die allgemeine Kapitalaufstockung vorgelegt werden. Das Kapital der IFC wird um 750 Millionen Dollar angehoben.

BRASILIEN

Einigung über Kreditpaket löst Erleichterung aus

C. DERTINGER, **Washington**

Eine Schuldenregelung für Brasilien ist in Sicht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die 14 Beraterbanken haben sich am Rande der IWF-Jahresversammlung auf ein Kreditpaket geeinigt, das allerdings der Zustimmung aller 850 Banken bedarf, die in Brasilien mit rund 60 Milliarden Dollar Krediten engagiert sind. Nach der Vereinbarung mit dem Fonds sollen die Banken die 4,5 Milliarden Dollar Regierungskredithilfen der Länder des „Pariser Clubs" mit 6,5 Milliarden Dollar neuen Krediten begleiten, die nach vier Freijahren innerhalb von vier Jahren zurückgezahlt werden sollen.

Dieses Ergebnis, das am Montagabend in Washington nach langwierigen Gesprächen erzielt wurde und bei dem die Banken über ihr ursprüngliches Angebot, ihr Kreditengagement um zehn Prozent, also sechs Milliarden Dollar, aufzustokken, hinausgegangen sind, ist in Kreisen von Bankiers mit Erleichterung als Beitrag zur Beruhigung an der internationalen Schuldenkrisenfront aufgenommen worden. Allerdings kann nicht mit Sicherheit angenommen werden, daß wirklich alle mit Krediten in Brasilien engagierten Banken mitziehen. Mit diesem Arrangement, das gerade noch rechtzeitig vor dem offiziellen Beginn der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Washington getroffen wurde und das damit zu einer Verbesserung des Konferenzklimas beiträgt, ist das brasilianische Schuldenproblem jedoch keineswegs wirklich gelöst. Es kommt nun darauf an, daß die Brasilianer die Sanierungsauflagen des IWF erfüllen. Überdies sollen Kredite erst ausgezahlt werden, wenn die Frist von 60 Tagen verstrichen ist, innerhalb der das brasilianische Parlament ein Veto gegenüber den Verpflichtungen einlegen kann, die von der Regierung in Brasilia gegenüber dem IWF übernommen wurden. Man rechnet in Bankkreisen auch damit, daß 1985 nicht nur eine neue Umschuldung, sondern auch neue Kredite für Brasilien erforderlich werden.

Die Kredite deutscher Institute, die an den Engagements internationaler Banken in Brasilien mit rund zehn Prozent und damit deutlich weniger als amerikanische beteiligt sind, dürften sich nun um mehr als 600 Millionen Dollar erhöhen. Vorstandssprecher Wilhelm Guth von der Deutschen Bank hatte unmittelbar vor der Brasilien-Vereinbarung betont, daß die Banken selbstverständlich zur Mithilfe bei der Überwindung der Verschuldungsprobleme bereit seien.

Guth appellierte an Regierungen und Notenbanken, mehr Verantwortung als früher zu übernehmen. Forderungen nach einer Absicherung neuer Bankkredite an Problemländer durch staatliche Garantien hält Guth allerdings nicht für opportun. Er begrüßte die Weiterführung des „erweiterten Zugangs zu IWF-Mitteln" und kritisierte zugleich die Weigerung der USA, einer Kapitalerhöhung des IWF zuzustimmen.

Seite 2: Zitterpartie

AUF EIN WORT



„Allein bei unserer Kasse verringerten sich 1982 die Ausgaben für Kurmaßnahmen um zwei Drittel. Wir sind für Einsparungen auch im Kurbereich, aber nicht für eine so krasse, heckenschnittartige Einschränkung."

Helmut Rang, Geschäftsführer der Kaufmännischen Krankenkasse, Hannover FOTO: PHOTO-ULL

Initiative gegen Subventionen

dpa/VWD, **Bonn**

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) hat erneut einen Vorstoß unternommen, um den Subventionswettlauf zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu bremsen. Sie regte an, die öffentliche Hand zu Schadenersatz zu verpflichten, falls Subventionen zu nachweisbaren Wettbewerbsnachteilen für den Konkurrenten des begünstigten Unternehmens führen. Frau Breuel hält daher ein entsprechendes Subventionsabbaugesetz für dringend erforderlich. Da den Unternehmen der Schadensnachweis in der Regel sehr schwer falle, sollte nach ihrer Ansicht die öffentliche Hand künftig in Form einer Beweislastumkehr gezwungen werden, selbst nachzuweisen, daß die jeweilige Subvention nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

SUBVENTIONEN

Die Bonner Kohle-Gespräche wurden überraschend vertagt

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Überraschend wurde gestern die Kohlerunde, die für den 29. September terminiert war, verschoben. Voraussichtlich soll sie jetzt am 10. Oktober stattfinden. Vorausgegangen war ein Telefongespräch zwischen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der sich noch in Washington aufhält. Dieses Telefongespräch fand nach einem Koalitionsgespräch statt, in dem die Absicht bekräftigt worden war.

In Bonn wird darüber spekuliert, ob zusätzliche Mittel, zur Flankierung der notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Steinkohlebergbau bereitgestellt werden sollen. Begründet wurde die Verschiebung damit, daß zur Klärung anstehender Fragen noch Gespräche zwischen den beteiligten Ministern notwendig seien. Stoltenberg kommt aber erst am Donnerstag aus Amerika zurück, und Lambsdorff reist am Wochenende nach China.

Nach den bisherigen Beratungen stand fest, daß der Zwang zur Haushaltskonsolidierung den Spielraum für zusätzliche öffentliche Hilfen einengt. Die finanziellen Belastungen, die sich aus dem Kapazitätsüberhang für die Unternehmen, die öffentlichen Hände und über die Preise für Kraftwerkskohle für die Volkswirtschaft ergeben, sollten gesenkt werden.

Die Kohlerunde sollte die maßgeblichen energie-, finanz- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen für den notwendigen Kapazitätsabbau festlegen, der auf zehn Millionen Tonnen veranschlagt wird. *In Kenntnis* dieser Rahmendaten sollte dann die Ruhrkohle AG die in ihrer Verantwortung liegenden Entscheidungen treffen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Keine Annäherung in Frage der Mittelmeerprodukte

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Bemühungen um eine Klärung der EG-internen Voraussetzungen für den Beitritt Spaniens und Portugals kommen nicht voran. Zum Wiederholten Male haben sich gestern die Landwirtschaftsminister in Brüssel an den Problemen der Obst- und Gemüsemarktordnung festgebissen.

Ein von der griechischen Ratspräsidentschaft vorgelegtes Kompromißpapier hat nach Angaben von Teilnehmern die Zahl der Streitpunkte eher noch vergrößert. Schon nach kurzer Diskussion gaben die Minister daher den Versuch auf, das Terrain für einen politischen Kompromiß genauer zu sondieren.

Die Anpassung des sogenannten „gemeinschaftlichen Besitzstandes" bei den Mittelmeererzeugnissen gehört zu den Vorbedingungen, die die südlichen EG-Länder für die Agrarverhandlungen mit den beitrittswilligen Staaten gestellt haben. Italien, Frankreich und Griechenland fürchten konkurrierende Produkte aus den iberischen Staaten. Sie fordern einen Ausbau des Einkommens- und Importschutzes für Obst und Gemüse, was den nördlichen EG-Ländern durchweg als unangemessen und zu kostspielig erscheint.

Während bei den Regeln für Olivenöl nicht einmal Klarheit über die Grundprinzipien herrscht, ist die Aussprache über den Obst- und Gemüsesektor bereits weit fortgeschritten. Trotzdem waren gestern noch so viele Einzelfragen kontrovers, daß ein Kompromiß noch in weiter Ferne zu liegen schien. Eine der Streitfragen ist, unter welchen Bedingungen die EG-Regierungen Nichtmitglieder von Erzeugergenossenschaften zur Einhaltung der von diesen Vereinigungen festgesetzten Preis- und Vermarktungsregeln verpflichten können.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Unternehmertag in Berlin

Berlin (tb.) Mehr als 500 Teilnehmer werden zum 3. Deutschen Unternehmertag am 20. und 21. Oktober in Berlin erwartet. Die Veranstaltung steht in diesem Jahr unter dem Motto „Selbständig in die Zukunft – Unternehmer profitieren voneinander miteinander". Dieser „Mitmacherkongreß" führt Verantwortliche aus den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistung zusammen und ist nicht auf einzelne Branchen beschränkt. Die Mehrzahl der Teilnehmer kommt aus Unternehmen mit 20 bis 40 Beschäftigten. Veranstaltet wird der Unternehmertag im Berliner ICC gemeinsam von der AMK Berlin und dem Bundesverband Junger Unternehmer der ASU. Im vergangenen Jahr kamen rund 300 Teilnehmer zu dieser Veranstaltung.

Rang vier

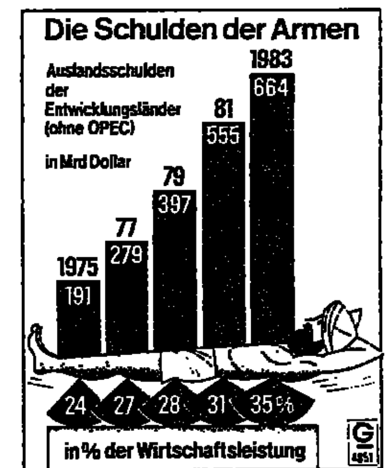
Frankfurt (AFP) – Im chinesischen Außenhandel nimmt die Bundesrepublik zur Zeit den vierten Platz ein. Der Handelsumsatz zwischen China und der Bundesrepublik hat im ersten Halbjahr 1983 um 23 Prozent zugenommen, darunter der deutsche Export nach China um 40,7 Prozent und die chinesische Ausfuhr nach Deutschland um 4.7 Prozent.

Stahlproduktion gesunken

Düsseldorf (rtr) – Die Eisen- und Stahlproduktion der Bundesrepublik Deutschland ist auch im August weiter gesunken. Wie die Düsseldorfer Nebenstelle des Statistischen Bundesamt mitteilt, wurden im August nach endgültigen Berechnungen 1,877 Millionen Tonnen Roheisen, 2,541 Millionen Tonnen Rohstahl und 2,001 Millionen Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse produziert. Bei Roheisen und Rohstahl ging die Produktion damit gegenüber Juli um 8,6 Prozent beziehungsweise 7,6 Prozent zurück, während sie bei Walzstahlfertigerzeugnissen um drei Prozent zunahm.

Ein „verhängnisvoller Weg"

Düsseldorf (J. G.) – Als „Beginn eines verhängnisvollen Weges" bezeichnet der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, den am Dienstag gefaßten Beschluß der Großen Tarifkommission der IG Metall, auch in der Stahlindustrie die Arbeitszeitregelungen per Ende 1983 zu kündigen. Offensichtlich wolle die IG Metall, die um die Jahreswende 1978/79 erfolglos den großen Stahlstreik zur Einführung der 35-Stunden-Woche führte, die besonderen Wirtschaftsprobleme der Stahlindustrie „in der Tarifpolitik überhaupt nicht wahrnehmen", meint der Verband. Er fügt die Erwartung hinzu, jeder Arbeitnehmer in der Stahlindustrie werde einsehen, „daß wir uns das Experiment einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit den damit verbundenen Kosten am allerwenigsten leisten können".



Die gesamte Auslandsschuld der Entwicklungsländer (ohne Opec) ist heute mit 664 Milliarden Dollar dreieinhalbmal so hoch wie vor acht Jahren. Entsprach der Schuldenstand aller Entwicklungsländer zusammen im Jahre 1975 erst 24 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung, so sind es jetzt 35 Prozent.
QUELLE: GLOBUS

Übersee-Messe eröffnet

Berlin (dpa/VWD) – Mit harter Kritik an vielen Handelsbeschränkungen der Industriestaaten gegen Produkte aus der Dritten Welt ist am Dienstagabend in Berlin die 21. Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts" eröffnet worden. Auf der Eröffnungsfeier im Internationalen Congress Centrum (ICC) bezeichnete der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, Bestrebungen in der Europäischen Gemeinschaft als „weder notwendig noch opportun", ein neues handelspolitisches Abwehrinstrumentarium zu schaffen.

FRANKREICH / Patronat zur Arbeitszeitverkürzung

Flexible Regeln angeregt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die vor 18 Monaten von der sozialistischen Regierung in Frankreich mit *vollem Lohnausgleich angeordnete* Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden hat sich nach Ansicht des Unternehmerverbands als Mißerfolg erwiesen. Das Patronat schlägt deshalb eine flexible Neugestaltung der Arbeitsdauer im Rahmen von innerbetrieblichen Vereinbarungen vor. Sie *müßte dem* Streben der Arbeitnehmer nach mehr persönlicher Freiheit gleichermaßen gerecht werden wie dem der Unternehmer nach besserer Produktivität.

In seinen Vorschlägen geht das Patronat von einer Untersuchung seines Forschungsinstituts aus, in der *vorausgesagt wird, daß alle großen* westlichen Industriestaaten lernen müßten, ohne Produktionssteigerungen ihre Produktivität zu verbessern. Dies mache eine bessere Verteilung von Arbeit und Einkommen auf die Gesamtheit der Bevölkerung notwendig.

Unter diesen Umständen müsse das bisherige Ideal von der vollen Arbeitszeit aufgegeben werden, heißt es in der Untersuchung. An seine Stelle sollte eine größere Flexibilität der Arbeitsgestaltung treten mit dem Ziel, die Arbeitnehmer stärker für ihre unabhängiger werdende Tätigkeit *zu motivieren.*

Die Kehrseite wären allerdings Verdiensteinbußen. Denn das Patronat besteht darauf, daß den Unternehmen aus der Neugestaltung der Arbeitszeit keine zusätzlichen Lasten entstehen dürfen. Andererseits wird festgestellt, daß die Einführung der 39-Stunden-Woche den Arbeitsmarkt nicht entlastet hat. Soweit Unternehmen ihre Belegschaft vergrößerten, war dies lediglich auf die Solidaritätsverträge zurückzuführen, durch die Neueinstellungen gegen vorzeitige Pensionierungen dank staatlicher Subventionen erfolgten.

Außerdem fordert das Patronat größere Freiheiten bei der zeitlich begrenzten Einstellung von Arbeitskräften. Insoweit kündigte jetzt Außenhandelsministerin Cresson gewisse Erleichterungen von den strikten Entlassungsschutzregeln an. Zeitverträge sollten, wie sie sagte, insbesondere für den Fall erlaubt werden, daß ein Unternehmen zur schnellen Durchführung eines großen Exportauftrags vorübergehend zusätzliches Personal benötigt.

NIEDERLANDE / Direktinvestitionen bringen große Absatzerfolge

Der Handel hat sich gut entwickelt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden, ihrem nach Frankreich zweitwichtigsten Handelspartner, hat sich *in letzter Zeit* relativ günstig entwickelt. Nach Darstellung des Präsidenten der Deutsch-Niederländischen Handelskammer, Wilhelm von Ilsemann, lieferte die deutsche Wirtschaft im 1. Halbjahr 1983 dem Volumen nach 3 bis 4 Prozent mehr Waren in die Niederlande als im Jahr zuvor. *Die Warenbezüge* aus den Niederlanden lagen sogar um 5 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Der Absatz in die Niederlande entwickelte sich deutlich günstiger als die deutsche Gesamtausfuhr, die während des 1. Halbjahres 1983 um 3,5 Prozent zurückfiel. Nach fühlbaren *Marktanteilsverlusten in der* 2. Hälfte der siebziger Jahre hat die deutsche Wirtschaft bei einem realen *Zuwachs der gesamten niederländischen* Einfuhr um gut 3 Prozent ihre Position auf dem niederländischen Markt weiter gefestigt. Insgesamt wurden während der ersten sechs Monate dieses Jahres Waren im Wert von 18,5 Milliarden Mark (plus 4,2 Prozent) in die Niederlande geliefert, das waren 9 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr und 22 Prozent der niederländischen Wareneinfuhr.

Kräftig gestiegen sind vor allem die *deutschen Lieferungen von chemischen* Produkten mit 3,2 Milliarden Mark (plus 13 Prozent), die damit einen Anteil am Einfuhrmarkt von über 30 Prozent erreichten. Der Maschinenbau steigerte das Absatzvolumen um 6 Prozent auf 1,8 Milliarden Mark (Marktanteil 40 Prozent). Mit *119 000 Zulassungen* erhöhte sich der Anteil deutscher Fahrzeuge auf über 40 Prozent.

Ilsemann sieht auch künftig für die deutsche Wirtschaft gute Absatzmöglichkeiten in den Niederlanden, die gerade bei Investitions- und Konsumgütern sehr stark auf Importe *angewiesen seien.* Diese Märkte von 120 Milliarden Gulden werden zu 60 bis 70 Prozent durch Einfuhren *befriedigt. Die deutschen Industriezweige* halten daran ein Drittel.

Obwohl die weltweit drückende Rezession in den Niederlanden tiefere Spuren hinterlassen habe als in anderen Industrieländern, gibt es auch hier wieder zuversichtlich stimmende Entwicklungen: nur 2,4 Prozent Inflationsrate, sich stabilisierende Investitions-, Konsum- und Produktionstätigkeit, das reale Plus von 4 Prozent im Auslandsgeschäft und der *relativ hohe* Überschuß in der Leistungsbilanz.

Mit 24 Milliarden Mark (plus 2 Prozent) kamen im 1. Halbjahr 1983 beinahe 13 Prozent der deutschen Warenimporte aus den Niederlanden. Rund 8,5 Milliarden davon waren Energieeinfuhren. Das traditionelle deutsche *Handelsbilanzdefizit lag im* 1. Halbjahr 1983 mit 5,5 Milliarden Mark auf dem Vorjahresniveau.

Direktinvestitionen spielen nach Auffassung von Ilsemanns für die Absatzerfolge in beiden Richtungen eine wichtige Rolle. In der Bundesrepublik betragen sie 10, in den Niederlanden 5 Milliarden Mark. Im Gegensatz zu landläufigen Meinungen wirkten sie nach Erfahrungen der Kammer *eindeutig exportfördernd und* nicht exportersetzend. In diesem Zusammenhang bedauerte er den schleppenden Verlauf der Verhandlungen über die Nivellierung des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens.

GROSSBRITANNIEN / Leistungsbilanz im Plus

Importe nehmen stark zu

WILHELM FURLER, London

Die britische Leistungsbilanz weist im August wieder positive Zahlen aus. Nachdem sie im Monat zuvor mit einem Minus von 190 Millionen Pfund geschlossen hatte (760 Millionen Mark), kam im August ein leichtes Plus von 22 Millionen Pfund (88 Millionen Mark) zustande.

Der gesamte Leistungsbilanz-Überschuß Großbritanniens bisher in diesem *Jahr liegt einschließlich der* August-Zahlen bei nur knapp 300 Millionen Pfund. Von der Regierung war aber noch bei der Vorlage des diesjährigen Frühjahrs-Budgets für 1983 insgesamt ein Überschuß von 1,5 Milliarden Pfund oder rund sechs Milliarden Mark vorausgesagt worden. *Diese Vorgabe ist nur noch durch* relativ hohe Überschüsse in den verbleibenden Monaten zu erreichen; eine solche Entwicklung gilt jedoch als höchst unwahrscheinlich.

Hinter den außergewöhnlich erratischen Leistungsbilanzzahlen, die seit Anfang des Jahres nahezu regelmäßig in Plus und Minus abwechselten, steckt eine für die Regierung Thatcher im Prinzip erfreuliche Entwicklung: Die Konjunkturbelebung hat weit stärker als erwartet Importe ins Land gezogen, während die britischen Exporte mit Ausnahme von Nordseeöl nicht den erhofften *Aufschwung nahmen.*

So liegt das Exportvolumen von Waren mit Ausnahme von Öl gegenwärtig um drei Prozent unter dem von Anfang des Jahres. Dagegen ist der Trend bei den Warenimporten weiterhin steigend. Entsprechend hat sich bei der Warenbilanz (ausgenommen *Öl) in den Monaten* Januar bis August ein Defizit in Höhe von 5,6 Milliarden Pfund aufgehäuft, das sind umgerechnet etwa 22,4 Milliarden Mark. Lediglich die Ölbilanz und die unsichtbaren Exporte wie Tourismus, Schiffahrt, Versicherung und Banktransfers haben die britische *Leistungsbilanz bislang insgesamt* im positiven Bereich gehalten.

In den drei Monaten Juni bis August gingen die britischen Exporte in die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft, mit Abstand Großbritanniens wichtigster Markt, gegenüber den drei Monaten zuvor um 2,5 Prozent zurück, in die übrigen europäischen Länder sogar um neun Prozent. Lediglich die Exporte in die USA konnten im gleichen Zeitraum um 9,5 Prozent erhöht werden.

US-AUSFUHRGESETZ / Verschärfte Fassung

Verabschiedung verschoben

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas wichtigstes Ausfuhrgesetz, der Export Administration Act, wird um 30 Tage verlängert. Wie der Staatssekretär im US-Handelsministerium, *Lionel Olmer, am Rande* der Währungskonferenz in Washington in einem Gespräch mit deutschen Journalisten erklärte, kann der Kongreß bis zum 30. September die neue, verschärfte Fassung aus Termingründen nicht verabschieden. Im Streit über die sibirisch-europäische Erdgasleitung hatte Präsident Reagan auf dieses Gesetz zurückgegriffen. Danach kann er aus sicherheits- und außenpolitischen Gründen sowie bei Rohstoffmangel Ausfuhren verbieten.

Trotz der Proteste der Europäer würden die USA am Prinzip der Exterritorialität festhalten, betonte Olmer. Notfalls würden die Exporte an der amerikanischen Grenze gestoppt. *Diese Vorschrift* gibt dem Weißen Haus das Recht, Tochtergesellschaften von US-Unternehmen im Ausland oder ausländische Erzeugnisse, die nach amerikanischen Lizenzen hergestellt wurden, in Lieferverbote einzubeziehen. Wie es aussieht, werden bestehende Verträge, wie von *den EG-Staaten gewünscht, auf* keinen Fall geschützt.

Laut Olmer deckt die staatliche Export-Import-Bank in Washington künftig bei Lieferungen in hochverschuldete Entwicklungsländer auch politische Risiken zu 100 Prozent ab. Voraussetzung sind staatliche kom*merzielle Garantien im Empfänger*staat. Wenn der Kongreß innerhalb von 60 Tagen keinen Einspruch erhebt, wird die Exim-Bank für Brasilien- und Mexiko-Geschäfte 1,5 und 0,5 Milliarden Dollar bereitstellen. Wegen der Verschuldungskrise sind, so Olmer, die US-Ausfuhren in diese beiden Länder um die Hälfte geschrumpft. Nach Angaben des Staatssekretärs kann das amerikanische Handelsdefizit mit Japan in diesem Jahr 30 (1982: 20) Milliarden Dollar erreichen.

SCHWEDEN / Sanierung der Stahlhersteller – Bedenken des Industrieministers

Staat soll auf Forderungen verzichten

R. GATERMANN, Stockholm

Bereits zum Jahreswechsel soll der schwedische Spezialstahlsektor in einem Zuge neu organisiert werden. So wünschen es jedenfalls die vier involvierten Unternehmen Fagersta, Nyby-Uddeholm, Avesta und Sandvik. Nun warten sie auf Bescheid von Industrieminister Thage G. Peterson, ob dieser bereit ist, auf die Tilgung früher gewährter staatlicher Kredite in Höhe von umgerechnet rund 345 Millionen Mark zu verzichten. Der Minister hat einige Bedenken angemeldet.

Die Sanierung der schwedischen Spezialstahlbranche steht schon seit Jahren zur Debatte. Die beteiligten Gesellschaften konnten sich jedoch erst Mitte dieses Jahres auf ein Programm einigen, das Anfang dieser Woche in einem Bericht an den Industrieminister konkretisiert wurde. Demnach sollen die entsprechenden Produktionseinheiten sämtlicher vier Unternehmen in zwei neu zu bildenden Gesellschaften zusammengefaßt werden.

Die eine wird für die Rohstofferzeugung und Blechherstellung zuständig sein und von Avesta, Fagersta und Nyby-Uddeholm gebildet werden, und in die zweite soll die Band- und Röhrenproduktion eingehen. *An sie sollen Fagersta, Nyby-*Uddeholm und Sandvik ihre entsprechenden Anlagen abtreten.

Nach Ansicht der vier Muttergesellschaften sei es von Vorteil, wenn die *gesamte Umstrukturierung in einem* Streich vollzogen werden könne; deshalb wollten sie sich in ihrer Planung durch den Aktionärsstreit bei Fagersta und Sandvik sowie deren Hauptaktionär Kinnevik nicht stören lassen. Die Voraussetzungen einer Produktionskonzentration dürften sich *Anfang dieser Woche jedoch etwas* verändert haben, als bekannt wurde, daß Sandvik einen neuen Hauptaktionär, das größte Bauunternehmen Schwedens, die Skanska Cementgjutieriet (SCG), bekommen hat und nun keine bedeutendere Kapitalanknüpfung mehr an Kinnevik und Fagersta hat.

Industrieminister Peterson hegt verschiedene Bedenken gegen die neue Spezialstahlkonstellation. Er *vermißt vor allem einen Majoritäts*eigner in den beiden neuen Unternehmen. Darüber hinaus ist er nicht ohne weiteres bereit, auf die Tilgung der Staatskredite zu verzichten. Hierbei denkt er nicht zuletzt an die Gefahr, daß eine solche Maßnahme sowohl in der EG als auch in den USA als versteckte Subventionen aufgefaßt werden könnte.

Wenn der Unternehmensplan in der jetzt vorgelegten Form durchgeführt wird, bedeutet dies eine Redu*zierung der Belegschaft in diesem* Bereich um 1800 auf gut 10 000 Personen.

ITALIEN / Zinsrückgang vorerst gestoppt

Lira-Schwäche befürchtet

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der Kursrückgang der Lira in den letzten Tagen sowohl innerhalb des EWS als auch gegenüber dem Schweizer Franken und dem US-Dollar hat die italienischen Währungs- und Kreditbehörden zu verschärfter Zurückhaltung in der Zinspolitik veranlaßt. Ein erstes *Signal dafür, daß* der abwärts gerichtete Zinstrend zumindest vorläufig gestoppt ist, erblicken Finanzexperten in den unveränderten Emissionsbedingungen für die nächste Serie kurzfristiger Schatzamtspapiere.

Zentralbankkreise weisen in diesem *Zusammenhang darauf hin, daß* die neue Lira-Schwäche nicht über das erwartete Ausmaß hinausgeht und die Kursentwicklung durchaus im Rahmen der saisonalen Veränderungen liegt, die schon seit Jahren das Verhältnis der italienischen zu den übrigen Währungen bestimmen. *Daß sich die Situation* voll unter Kontrolle befindet, beweist nach Ansicht von Währungsexperten unter anderem die Tatsache, daß der Lira-Kurs gegenüber der D-Mark erst bei 605 Lire liegt, das heißt noch immer 20 Lire unter der offiziellen Parität.

Gleichzeitig machen Experten allerdings *geltend, daß mit dem Ende* der Touristensaison und der damit verbundenen Nachfrageverminderung nach italienischen Devisen im Ausland jetzt die traditionell schwachen Monate für die Lira begonnen haben. In diesen Monaten werden sich, so wird befürchtet, die zwischen dem italienischen und den Wirtschaftssystemen der Hartwährungsländer bestehenden realen Unterschiede, unter anderem in der *Inflationsrate*, voll auswirken. Das heißt nach Expertenauffassung, daß die Lira innerhalb des EWS langsam aber sicher weiter an Boden verlieren wird. Einen ersten Hinweis darauf, daß der Zinsrückgang vorerst gestoppt ist, lieferte bereits vor einer Woche die ausgebliebene Senkung der Primerate durch den italienischen Bankenverband.



FLEISCHER / Harter Kampf um Kunden

Rendite weiter gebessert

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Kundschaft ist kritischer geworden und sondiert mehr als früher alle Marktalternativen. Für die deutschen Fleischer bedeutet das, wie ihr Vize-Verbandspräsident Rudolf Kunze kurz vor dem Fleischer-Verbandstag in Bad Kissingen erläuterte, einen verschärften Kampf um Marktanteile (aus dem die deutschen Metzger im vergangenen Jahr als Verlierer hervorgegangen sind). Sie gaben gut ein Prozent Marktanteil an andere Vertriebsformen (vor allem Verbrauchermärkte) ab und halten jetzt noch 59,5 Prozent des insgesamt 51 Mrd. DM starken Marktes für Fleisch und Fleischwaren.

Die 27 500 (minus 2,1 Prozent) Betriebe des Fleischerhandwerks mit 205 200 (Vorjahr: 215 000) Beschäftigten erreichten im vergangenen Jahr insgesamt 33,5 Mrd. DM Umsatz. Das ist nominal ein Plus von 4,4 Prozent. Bei um rund sieben Prozent gestiegenen Fleischpreisen ergibt sich real jedoch ein Minus von 2,6 Prozent. Diese Entwicklung hat auch im ersten Halbjahr 1983 angehalten, in dem der Fleischverbrauch um 1,4 Prozent zurückgegangen ist und die Fleischer 16,1 (16,2) Mrd. DM Umsatz erzielten.

Wie preissensibel die Verbraucher reagieren, zeigt der Verbrauchsrückgang bei Rindfleisch um 4,2 Prozent: Rindfleisch ist im Preis gegenüber dem Vorjahr im Gefolge der EG-Marktpolitik im Preis stabil geblieben, während Schweinefleisch aufgrund der günstigen Versorgungslage deutlich billiger wurde und damit in der Gunst der Verbraucher weiterhin stieg. Bereits im vergangenen Jahr entfielen 56 Prozent des Pro-Kopf-Verbrauches an Fleisch (88,4 kg nach 89,3 kg) auf Schweinefleisch.

Aufgrund der anhaltenden „verbraucherfreundlichen" Preissituation (stabile Preise bei Rind, tendenziell sinkende Preise beim Schwein) rechnet der Fleischer-Verband in diesem Jahr nicht mit einem weiteren Absinken des Pro-Kopf-Verbrauches. Weiter gebessert hat sich für die Fleischer die Ertragssituation. Während 1982 das durchschnittliche Fleischer-Fachgeschäft knapp sechs Prozent vor Steuern (gemessen am Umsatz) als Rendite erzielte, stieg diese Quote im ersten Halbjahr 1983 auf 7,3 Prozent.

HOESCH / Nur in Dortmund wird das Moderatoren-Konzept abgelehnt

Rutschbahn zur Einheitsgesellschaft?

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mehr als ein Zehntel ihres Kurswertes hatte in der letzten Woche die Aktie der Hoesch Werke AG, Dortmund, verloren, nachdem der Umtausch von zwei 50-DM-Aktien der alten Holding Hoesch AG in eine 50-DM-Aktie der nun alles Konzernvermögen repräsentierenden Hoesch Werke AG begann. Viel vom Verlust wurde an den ersten Tagen dieser Woche wieder aufgeholt. Nachhaltig bei mindestens 90 DM je neue Aktie müsse der Kurs liegen, so lautet die Hoffnung des Vorstands, wenn Börsenkulisse und die 100 000 Eigentümer die wahre Lage dieses Stahlkonzerns realisieren.

Die „wahre Lage" – das heißt nach dem Börsenzulassungsprospekt für die neuen Aktien zunächst einmal, daß der bei einem 1982er Fremdumsatz von 7,44 Mrd. DM auf 284,5 Mill. DM Aktienkapital halbierte Stahlkonzern das erste Halbjahr 1983 mit (kleinem) Gewinn abschloß. Dem Vernehmen nach bleibt das auch bis Ende September so – mit branchenüblichem Fragezeichen für den Rest des Jahres.

„Wahre Lage" heißt freilich ferner, daß zwar Hoesch in Relation zum dort viermal so großen Geschäftsvolumen mit Aktienkapital und Rücklagen nun etwa so wie der Branchenführer Thyssenkonzern ausgestattet ist. Aber die zum Unterschied zu dem seit Jahren dividendenlosen Hoesch-Konzern bislang noch mit 2 DM „Pflegedividende" bediente Thyssen-Aktie notiert um fast ein Siebtel niedriger als das Hoesch-Papier. Ein Kurskorrektur-Potential, so oder so, liegt da also für Stahlaktionäre bei beiden Konzernen auf der Hand.

„Wahre Lage" heißt für den Hoesch-Vorstand offensichtlich auch und nicht zuletzt, daß man sich nach dem großen Kraftakt des Abwerfens unrentabler Stahlteile während der letzten Jahre nun stark genug fühlt, wenigstens die nähere Zukunft aus eigener Kraft zu bestehen. Die inzwischen fast komplette Konzentration auf Flachstahl nebst eigener Weiterverarbeitung (Oberflächenveredelung) nebst Quotentausch für aufgegebene Produktionen hat die auf gut 4 Mill. Jahrestonnen reduzierte Hoesch-Stahlkapazität 1983 auf die branchenüblich hohe Auslastungsquote von 80 Prozent gebracht.

In solcher Lage sieht man in Dortmund überhaupt keinen Rationalisierungsvorteil mehr für die im Moderatorenkonzept vorgeschlagene Fusion mit den Stahlbereichen von Klöckner und Salzgitter. Vielmehr nur Nachteile aus den dicken Auslastungsproblemen jener beiden vorgeschlagenen Fusionspartner.

Mit gemischten Gefühlen beobachtet man in Dortmund andererseits die mit Aussicht auf wachsende öffentliche Hilfe laufenden Stahl-Fusionsverhandlungen Krupp/Thyssen. Käme es zu diesem Zusammenschluß, so werde man über die bisher erwartete Hoesch-Hilfe von etwa 0,5 Mrd. DM hinaus Analoges von den öffentlichen Kassen fordern. Weniger schön als diese Aussicht aber sieht man die Gefahr, daß ein Krupp/Thyssen-Zusammenschluß des großen Gewichts wegen in der deutschen Stahlindustrie die ganze Branche über kurz oder lang auf die Rutschbahn zur Stahl-Einheitsgesellschaft führen werde.

KABELMETAL / Bilanzstruktur verbessert

„Echt verdiente Dividende"

KLAUS WÄGE, Osnabrück

Der Vorstand der Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (kabelmetal), Hannover, will auf Grund des deutlich verbesserten zweiten Geschäftshalbjahres 1982/83 (30. 6.) dem Aufsichtsrat einen Jahresabschluß vorlegen, der die Ausschüttung einer „echt verdienten" Anlaufdividende von 2,50 DM je 50-DM-Aktie erlaubt. Vorstandsvorsitzender Jörg Stegmann räumte allerdings in Osnabrück ein, daß die Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr wegen der schlechten ersten sechs Monate und der Sonderbelastungen aus Rationalisierungsmaßnahmen noch keineswegs befriedigend war. Für 1980/81 wurden letztmals 3,50 DM ausgeschüttet.

Stolz ist Stegmann auf die gegenüber dem Vorjahr verbesserte Bilanzstruktur. Die kurzfristige Fremdverschuldung konnte den Angaben zufolge „stark nach unten gedrückt" werden. Für 1983/84 rechnet Stegmann auf Grund weiterer Rationalisierungsmaßnahmen damit, daß sich die Ergebnisse nochmals verbessern werden. Der Gesamtumsatz der AG ging 1982/83 auf 700,5 (724,1) Mill. DM zurück. Davon entfielen auf das Inland 446,8 (430,3) Mill. DM und auf das Ausland 253,7 (293,8) Mill. DM. Die Exportquote sank dadurch auf 36,2 (41,6) Prozent.

Der Umsatz der kabelmetal-Gruppe dürfte 1982/83 bei 1,1 Mrd. DM und damit etwas geringer als im Vorjahr gelegen haben. Im Vergleich habe das erste Halbjahr deutlich schlechter abgeschnitten, betonte Stegmann, doch im zweiten Halbjahr habe die Baukonjunktur bei den Massenprodukten von kabelmetal voll durchgeschlagen. Rund 40 bis 50 Prozent ihres Umsatzes macht die AG mittlerweile mit dem Baubereich. Im Juni dieses Jahres konnte die in erheblichem Umfang durchgeführte Kurzarbeit erstmalig aufgehoben werden.

Der Auftragsbestand erreichte zum Ende des Geschäftsjahres 84,4 (100,6) Mill. DM, die Auslastung der Fertigungsanlagen ist derzeit für 1,6 Monate gesichert. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung gab Stegmann mit 80 bis 90 Prozent an. Aufgegeben hat kabelmetal die Drahtfertigung. Die Belegschaft wurde um über 10 Prozent auf 2791 Mitarbeiter abgebaut. Es bestehe zwar weiterhin der Zwang zur Produktivitätsverbesserung, meinte Stegmann, doch werde es keine spektakulären Einschnitte beim Personal geben. Die Sachanlageninvestitionen bezifferte Stegmann für das laufende Geschäftsjahr mit 20 (13) Mill. DM.

Bei den Beteiligungen mußte der Bereich Messing auf Grund von Sonderbelastungen 1982/83 einen Verlust hinnehmen. Auch das laufende Jahr werde hier noch Schwierigkeiten bringen.

BIERBRAUER + NAGEL / Branche unter Preisdruck

Gutes Frühjahrsgeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Wettbewerb, der von anderen Vertriebsformen des Handels stark angefacht worden ist, hat die Branche der Bürowirtschaft einem „irrsinnigen Preisdruck" ausgesetzt. Nach Angaben der Firmengruppe Bierbrauer + Nagel, Stuttgart, einem der führenden Handels- und Dienstleistungsunternehmen dieses Wirtschaftszweigs, haben die Bürovollsortimenter in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres lediglich mit einem kleinen Umsatzplus von 2 Prozent abgeschnitten.

Wesentlich besser steht allerdings die Firmengruppe Bierbrauer + Nagel da, die nach einem sehr guten Frühjahrsgeschäft in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1983/84 (30. 4.) einen Umsatzzuwachs von 15 Prozent erreichte und für das ganze Jahr ein Wachstum von 10 Prozent eingeplant hat. Der geschäftsführende Gesellschafter Günther Bierbrauer, der auch Vorsitzender des Bundesverbandes Bürowirtschaft ist, hält es angesichts der veränderten Wettbewerbslage für wichtig, daß sich die Unternehmen stärker um die Schaffung und Bewahrung einer eigenen Identität bemühen. Für das Jahr 1985 prognostiziert er einen Mikrocomputer-Boom am deutschen Markt. Das papierlose Büro werde es seiner Meinung nach nicht geben.

Im Geschäftsjahr 1982/83 hat die Firmengruppe den Umsatz um knapp 8 Prozent auf 99 Mill. DM gesteigert. Im Mai dieses Jahres hatte sich das Unternehmen eine neue Organisationsstruktur mit sechs Fachbereichen gegeben, um so am Markt noch effektiver operieren zu können. Erwirtschaftet wurde ein Cash Flow (steuerpflichtiger Gewinn plus Abschreibungen) von 3,7 (4) Prozent des Umsatzes. Das Unternehmen (380 Mitarbeiter) sieht sich mit 7,2 Mill. DM eigenen Mitteln (33 Prozent der Bilanzsumme) überdurchschnittlich gut gepolstert. Im Berichtsjahr wurden 3,7 (Vorjahr: 1,4) Mill. DM investiert.

MKB weiter auf dem Weg zur Privatbank

Py. Düsseldorf

Die MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz, hat sich trotz der durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in allen Geschäftsbereichen gebotene Zurückhaltung in der Kreditvergabe und der damit verbundenen Abschwächung des Neugeschäfts gut entwickelt.

Insbesondere ist der seit einigen Jahren konsequent beschrittene Weg von der klassischen Teilzahlungsbank zur Privatbank mit fast vollständigem Bankservice fortgesetzt worden. Auch unter diesem Aspekt war der Rückgang des Neugeschäfts auf 338 (394) Mill. DM sicher zu verschmerzen. Rund 221 (248) Mill. DM davon entfielen auf das Leasinggeschäft. Noch größere Vorsicht schlug sich im Neugeschäft des Konsumenten- und Investitionskredits mit 68 (83) Mill. DM bzw. 49 (62) Mill. DM nieder. Nach höherer Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wurde der Jahresüberschuß von 0,7 (0,3) Mill. DM an die Gesellschafterbanken, Berliner Bank AG, Landesgirokasse und Württembergische Kommunale Landesbank, beide Stuttgart, ausgeschüttet.

Thyssen plant in Emden Entlassungen

dos. Emden

Die Thyssen Nordseewerke GmbH, Emden, wird im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) ihre Belegschaft von derzeit knapp 3600 um 650 Mitarbeiter reduzieren. Wie der Geschäftsführer der Werft, Rainer Wollmann, auf einer Betriebsversammlung erklärte, wird Mitte November der vorerst letzte Neubau ausgeliefert. Anschlußaufträge gebe es nicht. Neben den angekündigten Entlassungen müsse mit der Fortführung der Kurzarbeit gerechnet werden.

Die von den Küstenländern beschlossenen Auftragshilfen, so Wollmann, bewirkten lediglich eine Abfederung des unausweichlichen Anpassungsprozesses. Die Emder Werft will den Anteil des Handelsschiffsneubaus weiter zurückfahren und statt dessen den Sonderschiffbau, der allein einen Beitrag zur Grundauslastung liefere, forcieren. Der Auftrag über den Bau von sechs Unterseebooten, die für Norwegen bestimmt sind, wird nach Angaben eines Betriebsratssprechers erst ab 1985 beschäftigungswirksam.

Stihl: Positive Entwicklung in USA

nl. Stuttgart

Für den Weltmarkt der Motorsägen diagnostiziert die Stihl-Firmengruppe, Waiblingen, derzeit ein gespaltenes konjunkturelles Umfeld: Der positiven Entwicklung in Nordamerika stehe eine unbefriedigende Absatzsituation in Europa, Japan und Südostasien gegenüber. Alles in allem rechnet Stihl mit einem weiteren Rückgang des Weltmarkts in diesem Sektor um mindestens 5 Prozent in 1983.

Gleichwohl geht Firmenchef Hans Peter Stihl davon aus, in der Gruppe wieder ein Umsatzvolumen in Vorjahreshöhe (743 Mill. DM) zu erreichen. In den USA liege die Steigerungsrate zweistellig bei einem weiteren Zugewinn von Marktanteilen. Doch habe der Verkauf in Nordamerika noch nicht das Niveau von 1979 wieder erreicht. Der Anteil des Auslandsgeschäfts am Gruppenumsatz liegt bei 84 Prozent. Positv verlaufe der Absatz sonstiger Motorgeräte, auf die bereits jede vierte Umsatzmark entfällt. Ende August dieses Jahres beschäftigte die Stihl-Gruppe 4744 (Ende 1982: 5038) Mitarbeiter.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Peter Darlinger, Bauunternehmer, Lütjensee; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Hans Fritzsche; **Braunschweig:** Seifen Sagebiel GmbH; **Brühl:** Hartmann Grasser GmbH; **Hamm:** Ulrike Pastwa, Inna-Lünern; **Königstein:** Unijett Deutschland GmbH; **Neustadt a. Rbge:** Stumpe Metallbau u. Montagen GmbH; **Recklinghausen:** Bernhard Puwalski, Ing.; Roma GmbH, Handelsges. f. Rohrleitungsmaterialien; ibp Industrieanlagenbau B. Puwalski GmbH; ibp Rohrleitungs u. Apparatebau GmbH; **Rendsburg:** Nachl. d. Ferdinand Bold, Zahnarzt, Flintbek

NAMEN

Erich K. Wenzel, der nach dem Ausscheiden als Geschäftsführer der Lingner + Fischer GmbH, Bühl (Baden), freier Unternehmensberater ist, vollendet am 29. September das 70. Lebensjahr.

Helmut Schneider (47), bis Frühjahr 1982 Geschäftsführer der MAI Deutschland GmbH und zuletzt Vice President bei MAI International, wird ausscheiden, um sich in der Computerbranche selbständig zu machen.

Die Käufer blieben aus

Standardaktien verbreitet leicht nachgebend

DW. – In Erwartung weiterer Anlagekäufe, angeregt durch den leichten Anstieg des Dow-Jones-Index an der New Yorker Montagsbörse, hatte sich der Berufshandel vorbörslich zu Kursen eingedeckt, die über denen des Vortages lagen. Während der Börsenzeit ließen sich aber die höheren Notierungen nicht durchsetzen, weil die Käuferseite praktisch streikte. Da sich aber andererseits auch das Angebot in Grenzen hielt, gaben die Kurse der meisten Standardaktien nur wenig nach. Sie schlossen allerdings überwiegend zu niedrigsten Tagesnotierungen. Stärker unter Druck gerieten lediglich solche Maschinenbauwerte, die in jüngster Zeit überdurchschnittlich heraufgesetzt worden waren.

Am stabilsten erwiesen sich die Papiere der Großchemie sowie Siemens. Nahezu unverändert blieben die Papiere der Autoindustrie. Hier dienen die für 1983 steigenden Gewinnerwartungen als Stütze. Das erstmals notierte Bezugsrecht der AGIV erreichte mit 16,90 DM und einem Aktienkurs von 294 DM nicht ganz die rechnerische Parität. Unter Berücksichtigung des in letzter Zeit eingetretenen Kursanstiegs der Aktien der Allianz Versicherung von mehr als 20 DM lagen die Papiere am Dienstag mit zuletzt 647 DM (minus 3 DM) noch relativ gut behauptet.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten um 3,50 DM auf 223,50 DM und Hageda um 4 DM auf 110 DM. Nachgeben mußten Balcke Dürr um 5 DM auf 138 DM, Hein. Lehmann um 5 DM auf 185 DM und Dyckerhoff St. um 3,50 DM auf 210,50 DM. Herlitz St. verloren 5,50 DM auf 190,50 DM und Schiess 2,50 DM auf 118 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachener Rück um 20 DM auf 1190 DM und Colonia 5 DM auf 235 DM.

Frankfurt: Knapp behauptet im Verlauf der Dienstagsbörse machte sich zunehmender Ordermangel bemerkbar. Die Mehrzahl der Spitzenwerte blieb knapp behauptet. Von Neben- und Spezialwerten verbesserten sich Huschenreuther um 9,50 DM auf 249,50 DM. Kurseinbußen hatten MAB-Stämme um 10 DM auf 210 DM.

Hamburg: Versorgungswerte lagen in etwa behauptet. 1,50 DM schwächer gingen Phoenix Gummi um. Conti Gummi lag auf Vortagskurs. Von den Regionalbanken ging Vereins- und Westbank 1 DM niedriger aus dem Markt. Um 3 DM höher tendierten Flensburger Schiffbau.

München: Augsburger Kammgarn legten 4 DM auf 90 DM zu und Brauhaus Amberg erhöhten um 20 DM auf 820 DM. Reichelbräu gaben um 5 DM auf 360 DM nach und Würzburger Hofbräu verbesserten sich auf 370 DM.

Berlin: Berthold konnten sich um 6 DM und Schering um 1,50 DM erholen. Herlitz Stämme schwächten sich um 9,50 DM, DeTeWe um 9 DM und Herlitz Vorzüge um 8,60 DM ab. Berliner Kindl und Rheinmetall gaben um je 3 DM und Orenstein um 2 DM nach.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

	27.9.	26.9.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	211
Gösser-Brauerei	–	319
Länderbank Vz.	212	211
Österr. Brau AG	296	295
Perlmooser	345	341
Reininghaus	–	375
Schwechater Br.	175	174
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	152	152
Universale Hoch Tief	225	224
Veitscher Magnesit	210	208
Index	55,07	54,98

Kopenhagen

	27.9.	26.9.
Den Danske Bank	302	308
Jyske Bank	648	658
Kopenh. Handelsbk.	278	282
Novo Industri	5275	5300
Privatbanken	299	305
Ostasiat. Komp.	186	166
Dan. Sukkerfabr.	792	787
For. Bryggerier St.	1150	1155
Kgl. Porc. Fabr.	385	380

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

	27.9.	26.9.
China Light + P.	12,00	11,60
Hongkong Land	2,85	2,98
Hongk. + Sh. Bk.	7,08	7,15
Hongk. Teleph.	27,80	29,00
Hutch. Whampoa	10,40	10,58
Jard. Matheson	–	–
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	2,82	–

Brüssel

	27.9.	26.9.
Arbed	1430	1438
Brux. Lambert	2380	2380
Cockerill Ougrée	164	169
Ebes	2315	2330
Gevaert	2470	2480
Kredietbank	–	6410
Petrofina	–	5780
Soc. Gén. d. Belg.	1910	1985
Sofina	5160	5890
Solvay	3280	3320
UCB	3995	3980
Index	132,91	133,25

Singapur

	27.9.	26.9.
Cycle + Car.	4,50	4,50
Cold Storage	3,45	3,45
Dev. Bk. of Sing.	9,80	9,70
Fraser + Neave	6,38	6,40
Kl. Kepong	3,08	3,08
Mal. Banking	9,75	9,98
Nat. Iron	7,00	7,28
OCBC	10,80	10,80
Sime Darby	2,36	2,38
Singapur Land	5,55	5,55
Un. Overs. Bank	5,45	5,46

Sydney

	27.9.	26.9.
ACI	1,56	1,55
Ampol. Explor.	3,85	3,80
Bk. New S. Wales	3,35	3,33
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	–	12,45
Coles	3,42	3,33
CRA	5,86	5,96
CSR (Basin)	–	4,17
Metals Expl.	0,98	0,92
MIM-Holdings	4,21	4,28
Myer Emporium	1,60	1,58
North Broken Hill	3,45	3,35
Oakbridge	1,30	1,22
Peko Wallsend	7,30	7,26
Poseidon	5,90	6,00
Thomas Nat. Tr.	1,92	1,92
Waltons	0,55	0,54
Western Mining	4,82	4,89
Woodside Petr.	1,45	1,52
Index	718,5	720,5

Optionshandel

Frankfurt: 27. 9.: 548 Optionen = 29 950 (31 000) Aktien davon 128 Verkaufsoptionen = 7050 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-85/2, 10-75/7,50, 1-80/9, 1-85/7,50 1-90/5,85, 4-80/15,60, 4-90/7,40, 4/100/3,35, Siemens 10-340/6,60, 10-350/2,50, 1-350/20, 1-38/12, 1-370/9, 1-380/5, 4-360/25, 4-380/9,20, Veba 4-180/12,60, 4-200/6,85, BASF 10-150/9,50, 10-160/5, 4-150/12,60, 4/160/10, Bayer 10/136/12, 10-140/9, 10-146/4, 1-150/8,60, 4-150/13,10, Hoechst 10-140/16,60, 1-160/8,30, 4-180/5,50, BMW 1-400/12,90, 4-420/7, VW 10-200/20, 10-210/11,40, 1-210/20,25, 1-220/15,50, 1-230/10,60, 1-240/7, 4-210/29, 4-220/22,0, Conti Gummi 10-100/11, 1-110/7, 4-100/19, 4-110/11,60, 4-120/7, 4-130/5, Lufthansa Stämme 4-127,50/5,40, Commerzbank 1-180/8,15, 1-190/5,60, 1-200/4,90, 4-170/19,40, 4-180/12,95, 4-190/7,85, Dt. Bank 1-310/17, 1-340/8, 1-350/7, 4-310/25, 4-320/20,60, 4-330/13, 4-350/7, 4-310/25, 4-320/20,60, 4-330/13, 4-360/6, Dresdner Bank 1-170/12, 1-180/8,20, 1-190/4,85, 4-170/17,30, 4-180/13, 4-190/8,30, 4-200/5,10, Hoesch 10-90/2,90, 1-90/6,10, 4-90/10, 4-100/5, Mannesmann 1-140/7,50, 1-150/4, 4-140/13,60, 4-150/8,40, Preussag 10-252/13, 1-270/11,40, Thyssen 1-70/6,10, 1-75/4, 1-80/2, 4-75/6,95, 4-80/4,85, BBC 1-220/20, Babcock VZ 1-170/9,20, GHH St. 1-150/9,90, 4-150/14, GHH 4-140/10,35, Karstadt 10-234/4,80, Kloeckner 4-40/4,95, Mercedes 1-540/15,80, RWE St. 1-170/8,10, 4-170/13,15, 4-180/6,10, Chrysler 10-80/5,50, 1-80/11, 1-80/11, 1-856/9, 1-90/7. General Motors 4-200/20,50, Litton 4-170/28, Sperry Rand 4-120/22, Sony 4-40/5, Philips 4-40/11,50, Royal Dutch 1-130/9, 1-140/6, Elf 1-65/5,90. – **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/2,20, 1-75/1,10, 1-80/2,2,35, 1-85/4,50, 4-75/2, 4/80/4,40, 4-85/8,80, Siemens 1-350/8,50, Veba 1-170/3,90, BASF 1-150/3,50, Bayer 1-150/3,50, 4-150/5, BMW 1-379/5,40, 4-350/2,50, VW 1-210/4, 4-220/10,60, Conti Gummi 1-110/2,50, Commerzbank 1-170/3,60, 4-170/7, Dt. Bank 1-310/7, 4-310/8, Dresdner Bank 1-170/3,45, 4-170/5, Hoesch 1-85/2,50, 1-90/6,50, 1-95/1. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9⅞	5⅜–5⅝	4¼–4½
3 Monate	9¼–9½	5½–5¾	4⅜–4⅝
6 Monate	9½–9¾	5¾–6	4½–4¾
12 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1852,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1238,00	1453,06
5 US-Dollar (Liberty)	610,00	831,30
1 £ Sovereign alt	251,00	308,94
1 £ Sovereign Elizabeth II	248,00	305,52
20 belgische Franken	193,00	247,38
10 Rubel Tscherwonez	284,00	328,32
2 südafrikanische Rand	250,00	306,66
Krüger Rand, neu	1117,00	1313,28
Maple Leaf	1117,00	1313,28
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	280,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	263,34
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1093,00	1241,46
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	140,22
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	470,00	575,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	122,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 9. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6488	2,6568	2,6275	2,60	2,69
London¹)	3,965	3,980	3,937	3,92	4,07
Dublin¹)	3,112	3,126	3,068	3,08	3,23
Montreal³)	2,1482	2,1562	2,1335	2,10	2,19
Amsterd.	89,305	89,525	89,315	88,25	90,75
Zürich	123,490	123,690	123,39	122,125	126,00
Brüssel	4,926	4,946	4,886	4,75	4,97
Paris	32,870	33,030	32,24	32,00	34,00
Kopenh.	27,670	27,790	27,41	26,75	28,75
Oslo	35,610	35,930	35,22	34,75	36,50
Stockh.**)	32,700	33,860	33,22	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,645	1,655	1,596	1,64	1,73
Wien	14,201	14,241	14,20	14,11	14,28
Madrid**)	1,739	1,749	1,673	1,70	1,82
Lissabon**)	2,115	2,135	2,005	1,80	2,60
Tokio	1,1110	1,1140	–	1,07	1,13
Helsinki	46,690	46,830	45,50	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	22,08
Rio	–	–	–	0,10	0,80
Athen*); **)	2,811	2,848	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3630	2,3750	–	2,31	2,41
Johannesbg.*)	2,3950	2,4020	–	1,94	2,39

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Dollarabschwächung des Vortages setzte sich am 27. 9. nicht fort, nachdem schon in New York keine Impulse dafür vorhanden waren. Bei relativ ruhigem Geschäft bewegte sich der Kurs zwischen 2,6450 und 2,6550. Auch die Tatsache, daß die Tagesgeldsätze am New Yorker Markt zu Beginn deutlich unter 9 Prozent lagen, beeinflußte den Kurs nicht. Die amtliche Notiz lautete 2,6528 ohne Beteiligung der Bundesbank. Die festeste Währung neben dem Dollar war der japanische Yen, der um weitere 2,3 Promille auf 1,1125, dem neuen Jahreshöchststand, anzog. Die Abwärtsbewegung des französischen Franc auf 32,95, des belgischen Franc auf 4,946 und der italienischen Lire auf 1,650 setzte sich fort. Diese Kurse bedeuteten neue historische Tiefstände. Wie auch die Kurse für das irische Pfund von 3,119 und den portugiesischen Escudo mit 2,125. US-Dollar in: Amsterdam 2,9665; Brüssel 53,74, Paris 8,0470; Mailand 1606,95; Wien 18,6670; Zürich 2,1465; IR. Pfd./DM 3,119; Pfund/Dollar 1,4977.

Ostmarkkurs am 27. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports wurden am 27. September im Verlauf des Tages etwas höher gehandelt, da sich die Dollar-Zinssätze heute um ⅛ Prozent befestigt präsentierten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,60/2,50	5,05/4,85
Pfund/Dollar	0,02/0,01	0,05/0,08	0,24/0,29
Pfund/DM	2,10/0,70	4,30/2,90	7,40/6,00
FF/DM	29/13	79/63	166/150

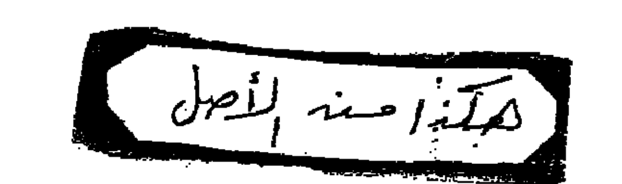
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 9.: Tagesgeld 5,5–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 27. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,60, Rendite 8,15.



GESTRA / Zuversicht zur Börseneinführung

Zehn Prozent für neue Aktien

DOMINIK SCHMIDT, Bremen

Die Anfang dieses Jahres als Nachfolgerin der Gustav-F.- Gerdts-Gruppe gegründete Gestra AG, Bremen, geht davon aus, für 1983 eine Auftakt-Dividende von 10 Prozent ausschütten zu können. Dies erklärte Vorstandsmitglied Karl-Helmut Ronde anläßlich der bevorstehenden Börseneinführung in Bremen und Frankfurt und der damit verbundenen Kapitalerhöhung um 8 Mill. DM auf 20 Mill. DM. Die neuen Aktien sind vom 1. Oktober an gewinnberechtigt. Das im Zuge der AG-Umwandlung um 3 Mill. DM auf 12 Mill. DM erhöhte Grundkapital bleibt in den Händen der Gründerfamilie Gerdts; Beteiligungen halten die Deutsche und die Dresdner Bank.

Mit der nach den Worten Rondes nicht zwingend notwendigen Kapitalerhöhung trage die Gestra der „besonders kräftigen Expansion" im laufenden Jahr Rechnung. Sie wiederum wird maßgeblich bestimmt durch den Anfang 1983 von der Klein, Schazlin & Becker AG übernommenen 50-Prozent-Anteil an der bis dahin gemeinsam betriebenen Gestra-KSB Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG.

Der Umsatz, der 1982 bei 80 (77) Mill. DM lag, wird 1983 nach vorsichtigen Schätzungen rund 100 Mill. DM erreichen, der konsolidierte Weltumsatz 115 Mill. DM. Das Unternehmen gehört zu den führenden Herstellern von Spezialarmaturen für die Wärme- und Energiewirtschaft. Mit dem Hauptprogramm, den Kondensatableitern, zählt die Gestra weltweit zu den vier größten Anbietern. Die Innovationsfreudigkeit spiegelt sich in den 130 Patenten im In- und Ausland wider. Hinzu kommen 120 laufende Patentanmeldungen. Beschäftigungssorgen gibt es nicht. Ende August lag der Auftragseingang mit 62,5 Mill. DM um 25 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Auf der Basis des AG-Abschlusses errechnet sich für 1982 ein Jahresergebnis nach Steuern von 2 Mill. DM; das entspricht einer Umsatzrendite von 2,6 Prozent. Ronde weist darauf hin, daß dieses Ergebnis trotz einmaliger Sonderaufwendungen von 0,7 Mill. DM für den Erwerb der KSB-Beteiligung und der Kosten für die AG-Umwandlung erreicht wurde. Auch 1983 noch werden diese „Investitionen in die Zukunft" wirksam. Dennoch rechnet Ronde mit einem auf 2,6 Mill. DM erhöhten Jahresüberschuß. Neben der Dividende von 10 Prozent werde es auch möglich sein, die freien Rücklagen zu stärken.

Die erste AG-Bilanz dürfte eine Bilanzsumme von rund 70 Mill. DM ausweisen, die Eigenkapitalquote bei 47 Prozent liegen. Für 1984 rechnet Ronde mit einer noch deutlicheren Ertragsverbesserung.

PELZE / Nachfrage steigt ständig – Auch junge Verbrauchergruppen sind interessiert

Die meisten Nerze kommen aus Dänemark

G. BRÜGGEMANN, Kopenhagen

Seit dem letzten Samstag ist in den Auktionshallen von Danish Fur Sales, der dänischen Pelzverkaufs-Organisation in Glostrup, etwas außerhalb von Kopenhagen, Hochbetrieb. Von acht Uhr morgens bis in den späten Nachmittag werden edle Felle versteigert. Nerze vor allem, aber auch Fuchs, Iltis, Chinchilla und andere. Und wenn der Auktionator am Donnerstag den letzten Zuschlag erteilt, haben die Verkäufer rund 110 Millionen Dänenkronen, das sind reichlich 30 Millionen Mark, mehr in ihrer Kasse als vorher. Denn wie in allen Auktionshäusern gibt es auch in Glostrup Ware nur gegen bar: „No money, no mink", sagt Danish-Fur-Sales-Generaldirektor Peter H. Krag.

Dabei ist die September-Auktion von den fünf jährlichen Veranstaltungen dieser Art in Kopenhagen noch die unbedeutendste. Erheblich größere Umsätze werden im Januar und im März erzielt. Aber auch die Verkäufe im Dezember und im Mai bringen noch bessere Ergebnisse als der Jahresschlußverkauf im September. Insgesamt fanden in der Saison 1982/83 Pelze im Werte von 900 Millionen Mark Käufer in den Hallen von Danish Fur Sales, die sich im Besitz der skandinavischen Pelztierzüchter befindet.

Es ist kein Zufall, daß diese Auktionsanlage in der Nähe von Kopenhagen steht, denn in den skandinavischen Ländern werden im großen Umfang Pelztiere gezüchtet. So rechnen die Experten in der Saison, die jetzt zu Ende geht, mit einer Produktion von 11,7 Millionen Nerzen und etwa drei Millionen Fuchsfellen. 45 Prozent der auf dem Weltmarkt angebotenen Nerze und sogar 83 Prozent der gezüchteten Fuchsfelle stammen von den 11 200 Farmen, die sich in Skandinavien und Finnland mit diesem Zweig der Landwirtschaft beschäftigen.

Die Finnen haben sich in den vergangenen 50 Jahren zu den bedeutendsten Züchtern von Füchsen entwickelt. Mit einem Anteil am Weltmarkt von 65 Prozent sind sie der bei weitem bedeutendste Anbieter. Zu den Auktionen in Kopenhagen steuerten sie in den vergangenen Jahren fast die Hälfte am Umsatz bei. Dies hat sie nun veranlaßt, sich mit Beginn des kommenden Jahres auf eigene Füße zu stellen und die Pelzproduktion ihres Landes künftig in Helsinki zu vermarkten. Die größten Produzenten von Nerzfellen sind die Dänen. Mit einer Erzeugung von 5,2 Millionen Stück in der Saison 1982/83 repräsentieren sie 20 Prozent des Weltmarktes. Rund 3000 bäuerliche Betriebe befassen sich heute in Dänemark mit der Aufzucht von Pelztieren, in erster Linie Nerzen.

Die Nachfrage nach den Produkten der skandinavischen Züchter ist in den vergangenen Jahren offenbar ständig gestiegen. So nahm der Weltmarkt 1977/78 etwa 21 Millionen Nerze auf. In diesem Jahr werden es rund 25 Millionen sein, und im kommenden Jahr wird sogar mit einem Angebot von 28 Millionen Fellen gerechnet. Die Nachfrage nach Füchsen ist beinahe sprunghaft gewachsen, denn das Angebot, das 1977/78 erst 800 000 Felle betrug, erhöhte sich in diesem Jahr auf 3,5 Millionen Stück.

Trotz solch imposanter Absatzzahlen haben die Pelzzüchter und ihre Dachorganisation, die International Fur Trade Federation, auch einige Sorgen. Sie ärgern sich vor allem über Publikationen in einigen deutschen Massenmedien, die, wie der Vorsitzende des dänischen Pelztierzüchterverbandes Anders Kierkegaard dieser Tage sagte, „auf sehr einseitigen und in wesentlichem Maße irreführenden Informationen basieren". Es handelt sich um Berichte, in denen das Mitleid mit den possierlichen Tieren ausgebeutet wird. Dabei haben die Nerze in ihrem – zugegeben kurzen – Leben ein ganz angenehmes Dasein, denn nur gut gehaltene und gepflegte Tiere geben einen hochwertigen Pelz.

Diese Art der polemischen Berichterstattung hat, wie die Zahlen zeigen, dem Absatz indes keinen Abbruch getan. Im Gegenteil. Leif Boe Hansen von der International Fur Trade Federation kann feststellen, daß die kommerzielle Entwicklung der Branche dazu geführt hat, „daß Pelze in wesentlich höherem Maße als früher für neue Verbrauchergruppen, vor allem auch die junge Generation, interessant geworden sind". Aber auch geographisch hat sich der Markt vergrößert. Hier haben sich die Japaner in den letzten Jahren als bedeutende Käufergruppe entpuppt. Sie stehen mit 3,8 Millionen Nerzen an vierter Stelle der Verbraucherländer, die angeführt werden von der Bundesrepublik mit 5,3 Millionen, gefolgt von den USA mit fünf und Italien mit 3,9 Millionen Stück.

Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür sorgen aber allemal die Preise. In diesem Jahr mußten die . Händler in Kopenhagen für ein gutes Nerzfell zwischen 60 und 70 Mark bezahlen, und für einen Mantel braucht man etwa 50 Stück. Aber dann müssen die Felle noch gegerbt und bearbeitet, die Mäntel und Jakken entworfen, genäht und verkauft werden. Das alles kostet Geld. Die Pelzbetriebe in der Bundesrepublik spielen in Verarbeitung und Konfektion immer noch eine führende Rolle, auch wenn sich inzwischen die Niedriglohnländer in Südostasien an diesem Geschäft versuchen, die vornehmlich preiswerte Erzeugnisse für Kaufhäuser produzieren.

RUEFACH

Chancen durch neue Produkte

dos. Hannover

Die Rundfunk-Elektro-Fernseh-Fachhandel GmbH & Co Betriebs-KG (Ruefach), Ulm, eine der führenden Kooperationen für Fachhändler der Unterhaltungselektronik, rechnet im laufenden Jahr mit kräftigen Zuwachsraten. Der Umsatz der meist mittelständischen Mitgliedsfirmen dürfte nach Angaben des Ruefach-Geschäftsführers Karl Bernhard Hillen 1983 um rund 10 Prozent auf 1,75 (1,6) Mrd. DM steigen.

Der Mehrumsatz beruht allerdings zu einem wesentlichen Teil auf dem gewachsenen Mitgliederkreis. Seit Anfang 1983 erhöhte sich die Zahl der Mitgliedsfirmen von 1060 auf 1150 Betriebe. Hillen sieht hier weiterhin gute Chancen. Von den rund 8000 Rundfunk- und Fernsehhändlern, die den „harten Kern" ausmachen, seien erst 4000 bis 5000 einer Einkaufszentrale angeschlossen.

Vom Gesamtumsatz der Ruefach-Mitglieder entfallen etwa 75 Prozent auf braune Ware (Unterhaltungselektronik) und der Rest auf weiße Ware (Haushaltsgeräte) und andere Erzeugnisse der Elektrotechnik. Die Ruefach-Zentrale selbst erwartet 1983 einen Umsatz von 530 (470) Mill. DM. Vom Gesamtgeschäft werden 77 Prozent mit der Industrie und 23 Prozent mit insgesamt sieben Großhandelsfirmen abgewickelt. An die Ruefach-Mitglieder hat die Zentrale 1982 Bonus-Zahlungen in Höhe von 13,2 Mill. DM vorgenommen.

Gute Chancen verspricht sich Hillen für den Fachhandel von der Hereinnahme neuer Produkte. Vor allem auf dem Gebiet der Home-Computer sollten die Betriebe „Flagge zeigen", wenngleich zur Zeit mit diesen Erzeugnissen „nicht viel zu verdienen ist". Hillen rechnet damit, daß der Home-Computer-Markt in etwa zehn Jahren die Größenordnung des Videorecorder-Marktes erreicht haben wird. Daran müsse der Fachhandel partizipieren.

Für die Zentrale, die für ihre Mitglieder ein weitreichendes Dienstleistungsangebot bereithält, warte gerade auf diesem Gebiet ein beträchtliches Stück Arbeit. Die Berührungsängste der Rundfunk- und Fernsehhändler seien doch recht weit verbreitet. Die Aussichten der gesamten Branche haben sich nach den Worten Hillens in jüngster Zeit dank der stabilisierten Preisentwicklung bei Fernsehgeräten und Videorecordern verbessert.

SCHLESWIG-HOLSTEIN / Sorgen mit Werften

Optimismus kehrt zurück

KAREN SÖHLER, Kiel

„In der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins zeichnet sich jetzt eine allmähliche Besserung ab", erklärt Klaus Murmann, Vorsitzender der Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Unternehmensverbände. Das ist das Ergebnis einer Umfrage bei 100 Unternehmen, die etwa ein Viertel der dort ansässigen Wirtschaft repräsentieren. Zwar bestehe noch eine Auftragslücke von 9 Prozent gegenüber wirtschaftlichen „Normaljahren".

Aber die Umsatzplanungen, die ein reales Wachstum von 2,5 Prozent in diesem Jahr gegenüber 1982 voraussetzen, und die geplanten Investitionen für das laufende Jahr zeigten, daß der Optimismus eine durchaus realistische Grundlage habe.

In die Berechnungen ist die Werftindustrie nicht einbezogen. Die Prozentzahlen würden in dem Fall erheblich gedämpfter ausfallen. Dies beweise den Einfluß der Werften auf das konjunkturelle Gesamtklima. Die Situation des Schiffbaus sei auch verantwortlich dafür, daß die Entwicklung des Bruttosozialproduktes auf Bundesebene nicht der in Schleswig-Holstein entspreche.

Daß Schleswig-Holstein bei dem für 1984 erwarteten Wachstum von 2 bis 3 Prozent mithalten könnte, hält Murmann trotz der Werftenkrise nicht für ausgeschlossen. Denn einerseits befänden sich die Werften in diesem Bundesland in einer besseren Lage als die in den übrigen Küstenländern. Zum anderen komme die mittelständisch strukturierte Wirtschaft Schleswig-Holsteins erst „1984 wieder besser in Schwung".

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Asta-Werke bei Degussa

Frankfurt (adh) – Zum 1. Oktober übernimmt die Degussa AG, Frankfurt, die 28 Prozent Restanteile des Pharma-Unternehmens Asta-Werke AG, Bielefeld, bei dem die Degussa bereits 1978 Mehrheitsaktionär geworden war. Damit soll das Pharma-Engagement des Frankfurter Chemiekonzerns weiter verstärkt werden. Die Asta-Werke AG erzielte mit rund 750 Mitarbeitern im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) gut 120 Mill. DM Umsatz. In diesem Jahr sei bei erfreulicher Entwicklung im In- und Ausland mit einer Wiederaufnahme der Dividendenzahlung zu rechnen.

An Adea-Lösung beteiligt

Oldenburg (dos) – Neben der Sparkasse in Bremen, der Bremer Landesbank und der Geestemünder Bank beteiligt sich auch die Landessparkasse zu Oldenburg (LzO) an der Übernahme von Niederlassungen der Adea im norddeutschen Raum. Von den insgesamt 22 Filialen übernimmt die LzO die bisherigen Adea-Niederlassungen in Oldenburg und Delmenhorst. Ursprünglich hatte die Norddeutsche Landesbank, die mehrheitlich an der Adea beteiligt ist, mit der Vereins- und Westbank in Hamburg über den Verkauf des norddeutschen Filialnetzes verhandelt. Der Vertrag mit der holländischen Rabobank über den Verkauf des wichtigeren Südbereichs der Adea soll in Kürze unterzeichnet werden.

Produktion in Kanada

Frankfurt (adh) – Für rund 12 Mill. can. Dollar hat die Degussa AG, Frankfurt, in den letzten acht Monaten eine eigene Produktionsstätte in Kanada errichtet, die jetzt ihren Betrieb aufnehmen soll. In diesem Jahr rechnet die 1979 gegründete Degussa Canada Ltd. einschließlich der Verkaufsbüros in Montreal und Vancouver mit einem Umsatz von 40 Mill. can. Dollar, teilt das Unternehmen mit.

Schwierige Lage

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Verbandspräsident der bundesdeutschen Flughafen-Ausrüster, Joachim Dahms, hat auf die schwierige Lage seiner Branche hingewiesen. Zwar habe man im vergangenen Jahr mit 6500 Beschäftigten 1,6 Mrd. DM Umsatz erzielt, doch werde man im laufenden Jahr dieses Ergebnis nicht halten können. Sorgen macht der Industrie, die zu 90 Prozent ihre Produktion ins Ausland verkauft, vor allem das lahmende Exportgeschäft, betonte er auf der Eröffnung der Fachmesse Inter Airport. Auf der vier Tage währenden Messe präsentieren fast 290 Aussteller aus 19 Nationen in Frankfurt das Neueste für Flughafenausbau, Terminalausstattung, Bodengeräte und Luftfrachtausrüstungen.

Umsatzrückgang bei Hucke

Nettelstedt (hdt) – Einen Umsatzeinbruch von fast 15 Prozent verzeichnete die als Oberbekleidungs-Hersteller tätige Hucke-Gruppe, Nettelstedt. Der noch im Vorjahr mit rund 470 Mill. DM ausgewiesene Gesamtumsatz ging im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 4.) auf knapp 400 Mill. DM zurück. Die Mitarbeiterzahl in den sechs Hucke-Fertigungsbetrieben Nettelstedt, Lübbecke, Espelkamp, Oeding, Gelsenkirchen und Duisburg ging dabei auf rund 3000 zurück, nachdem sie Ende 1979 noch mehr als 5000 betragen hatte.

Renten wenig verändert

Am Rentenmarkt war das Geschäft ungewöhnlich schleppend. Die vorangegangene leichte Schwäche der US-Bons vertrieb den Berufshandel, der – beeinflußt durch den leichten Zinsrückgang in den USA während der Vorwoche – mit einigen Meinungskäufen vorgesprungen war und dadurch auch bei uns einen leichten Renditerückgang verursacht hatte. Am Dienstag waren die Notierungen der öffentlichen Anleihen und der DM-Auslandsanleihen nur wenig verändert. Verkäufe auf den großen Zinstermin waren nirgends zu beobachten, auch nicht bei den Pfandbriefen, wo die Umsätze ebenfalls begrenzt blieben.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		27. 9.	26. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	100,25	100,35
7½ dgl. 72	2/84	100,45	100,45
8 dgl. 72	9/84	100,85	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101,25	101,1
6 dgl. 78 III	11/84	99,05	99,1bG
9½ dgl. 79	2/85	99,05G	99,05
8½ dgl. 73	2/85	101,35	101,35
7 dgl. 77	2/87	96,95	96,95
6 dgl. 77	9/87	93,3G	93,35

Bankschuldverschreib.

	27. 9.	26. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,35G	99,35G
9 dgl. Pf 106	101,7G	101,7G
10 dgl. Pf 108	106,6G	106,6G
7 dgl. KS 132	93,3G	93,3G
8 dgl. KS 155	97,25G	97,25G
9 dgl. KS 169	101,95G	101,85G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kakao fester aus dem Markt ging, kam es bei Kaffee zu Abschlägen in allen Sichten.

Getreide und Getreideprodukte

	26. 9.	23. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez	374,00	374,00
März	390,25	390,50
Mai	396,00	396,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	241,04	244,54
Amber Durum	262,64	263,64
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	157,50	157,00

Kakao	26. 9.	23. 9.
New York ($/t)		
Dez.	2100	2056
März	2114	2070
Terminkontr. Mai	2130	2095
Umsatz	3149	5797
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	9,30	9,15
Jan.	101,10	10,05
März	10,71	10,65
Mai	11,10	11,02
Juli	11,45	11,25
Umsatz	15 400	13 390

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

	26. 9.	23. 9.
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	219,50	225,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	930,00	940,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	336,00	337,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	26. 9.	23. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA. ab Lager	26. 9.	23. 9.
Okt.	13 556	geschl.
Nov.	13 575	geschl.
Kautschuk		
London (p/kg)	26. 9.	23. 9.
Nr. 1 RSS loco	74,50–76,50	76,25–78,25
Okt.	76,00	76,00–78,00
Okt./Dez.	–	76,90–77,20
Jan/März	77,80–78,00	–
Tendenz: leichter		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

(DEL-Notiz)*	412,93–415,31	417,91–420,30
Blei in Kabeln	122,00–123,00	122,25–123,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

NE-Metalle

Messingnotierungen

	27. 9.	26. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362–379	364–382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	409–414	411–419
MS 63	414–419	418–422

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Zürich mittags	413,30–413,80	416,40–416,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 300	107 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	798,00	803,10
3 Monate	811,50	821,90
6 Monate	830,50	841,10
12 Monate	860,70	878,10
Platin (£-Feinunze)		
London	26. 9.	23. 9.
fr. Markt	287,55	288,05
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	101,40	101,55

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

3 Monate	–	1063,5–1064,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1003,0–1003,5	1011,0–1011,5
3 Monate	1026,0–1027,0	1037,0–1038,0
Zink (£/t) Kasse	549,50–550,00	558,50–559,50
3 Monate	565,75–566,00	575,00–575,50
Zinn (£/t) Kasse	8600–8602	8605–8606
3 Monate	8670–8680	8686–8687
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	77–82

Internationale Edelmetalle

Wir erfüllen die traurige Pflicht, den Freunden unseres Unternehmens mitzuteilen, daß Herr

Dipl.-Betriebswirt

Günther Dreesen

Verwaltungsdirektor
unserer Unternehmensbereiche Säurebau/Dinova-Werk

am 23. 9. 1983 im Alter von 49 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verstorben ist.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen loyalen leitenden Mitarbeiter, den nicht nur fachliches Wissen und Pflichtbewußtsein auszeichneten, sondern vor allem auch hohe Persönlichkeitswerte sowie menschliche Wärme.

Wir bewahren ihm ein ehrendes Angedenken.

Vorstand der Didier-Werke AG | Geschäftsleitung und Mitarbeiter der Didier-Werke AG Säurebau/Dinova-Werk

Wiesbaden und Königswinter, den 27. 9. 1983

Die Eucharistiefeier ist am Donnerstag, den 29. 9. 1983, um 14.00 Uhr in der Pfarrkirche Oberdollendorf. Gegen 14.45 Uhr ist die Beisetzung auf dem Waldfriedhof.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47–43 80, –39 42 oder –42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg 02 17 001 777 as d
Berlin 01 84 611
Kettwig 08 579 104

STADT TRONDHEIM
Bekanntmachung

6¾% Anleihe von 1968

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate in Höhe von DM 3 000 000,– am 1. Dezember 1983 zur Rückzahlung fällig. Zur Rückzahlung gelangen alle Stücke der Nummernfolge

13 654 bis 22 231,

soweit sie nicht bereits früher ausgelost bzw. zur Tilgung verwendet worden sind.

Die Einlösung – gem. § 7 der Anleihebedingungen – erfolgt vom 1. Dezember 1983 an zum Nennwert gegen Einreichung der fälligen Stücke bei einer der nachstehenden Zahlstellen und ihren Niederlassungen:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Deutsche Länderbank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Den norske Creditbank
Svenska Handelsbanken
Kansallis-Osake-Pankki
A/S Kjøbenhavns Handelsbank

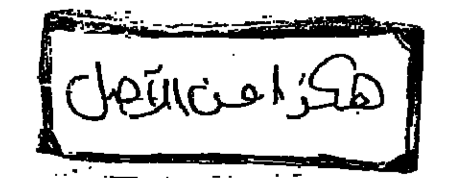
Die Verzinsung der fälligen Teilschuldverschreibungen endet am 30. November 1983.

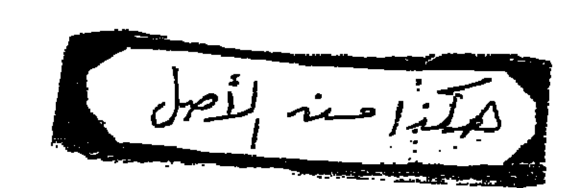
Von den per 1. 12. 1982 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolge 08 886 bis 13 653 und 22 232 bis 22 362 sind noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden.

STADT TRONDHEIM
vertreten durch den Bürgermeister

Im Auftrag
Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Trondheim, im September 1983





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Vertriebsgesellschaft

GmbH, Sitz Raum Frankfurt, sucht wegen Ausfall einer Industrievertretung in Non-FOOD-Bereich neue Aufgaben. Z. B. Alleinvertretung oder Auslieferungslager, vorhanden sind volleingerichtete moderne Verkaufsbüros, großer Musterraum. Bewährte Mitarbeiter, komplette Verwaltung inkl. Finanzbuchhaltung über EDV-Anlage, national erfolgreiche, meßerfahrene Vertriebsleiter. Versand möglich.

Auf Provisions- oder Händlerbasis. Auch Übernahme des kompletten Betriebes denkbar.

Angebote erbeten unter U 9872 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen Abnehmer für unsere

Kompensations-Verpflichtungen

für unsere Lieferungen nach Albanien, Bulgarien, CSSR, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn. Pro Land bis 2 Mill. sfr.

Wir führen laufende Lieferungen durch. Angebote unter J 7169 an AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Wir sind Hersteller von

Präzisionswerkzeugen

mit weltweitem Bekanntheitsgrad.

Für die Postleitgebiete 1 sowie 2/3 und 4/5 suchen wir je einen technisch qualifizierten Vertreter mit besten Kontakten zur metallverarbeitenden Industrie.

Bewerbungen erbeten unter V 9873 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?

AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!

Informationen durch:

HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 - 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

Personenbeförderungsunternehmen sucht

Auslieferungsfahrten

(Zeitschriften o. ä.) für den Raum MA, LU, HD. VW-Transp.
24-Stunden-Service, Tel. 0 62 21 / 1 50 15



Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/1 · 8000 München 22
Tel. (0 89) 22 91 33 · Telex 5 216 534 indad

Lagerhalle

(beheizbar), Standort 4930 Detmold, 200 m² f. versch. Zwecke verwendbar. Büro und 7,5-t-Lkw vorh.
Anfr. u. S 9870 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Blockhäuser

Wir suchen selbständig arbeitende Vertreter, die auf Provisionsbasis gesicherte Bezirke übernehmen, vorzugsw. kl. Zimmereibetriebe. Pkw u. Tel. sollten vorh. sein. Nähere Info:
Block-Hansbau GmbH
Tel. 0 46 63 / 16 04
Süderstr. 5, 2264 Süderlügum

Exportberatung

durch Exportdirektor Markenartikelindustrie, Auf- und Ausbau v. Exportabt. u. Auslandsvertrg. Ab 1. März 84 noch Termine frei.
Ang. u. PW 46341 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Mittlerer Osten

Bedeut., weltweit agierender Herst. von industr. Innenausbau u. Büroeinrichtg. sucht Marktmittler bzw. Kontakte f. d. verstärkte Einführg. seiner Produkte in Saudi-Arabien, Kuwait u. d. Emiraten.

Zuschr. erbeten unter T 9871 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche

seriösen Partner

f. lukrativen Mercedes/Porsche-Export u. Kfz.-Ersatzteilegeschäft in USA u. Südamerika. Für 25 000,– DM sind Sie 50%iger Teilhaber Jahreseinkommen 700 000 Dollar, nachweisbar. Anrufe nur montags–freitags zw. 8.00 u. 12.00 Uhr, mittags. Tel. 0 72 34 / 69 19 bis 7. Okt. '83, und Tel. 0 70 33 / 3 23 75 abends.

Selbständig machen

mit einer erfolgreichen Jahreswagenvermittlung. Hohe Gewinnspanne. Nebenberuflicher Start möglich. Eigenkapital nicht erforderlich. Fordern Sie das kostenlose Informationsmaterial HU 12 unverbindlich an.
Fa. Automarkt, Grenzweg
7500 Karlsruhe 41

Für unsere Kollektion in

Tischdecken, Frottierhandtüchern und Bettwäsche

suchen wir gut eingeführte

Vertreter

für SB-Märkte und größere Textil-Märkte in der gesamten BRD.

Egon Brockmeyer
Große Str. 11, 4500 Osnabrück
Tel.: 05 41 / 2 71 38–9
von 9.00–12.00 Uhr

Mittl. Bauunternehmung GmbH

Hoch-, Tief- und Industriebau am linken Niederrhein, kurzfristig aus Gesundheitsgründen zu verkaufen. Umsatz in den letzten 4 Jahren zwischen 7 u. 8 Mio. jährlich. Arbeiter, Angestellte ca. 100.

Angebote unter E 9992 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neu für alle Ärzte und Chefärzte: Liquidation an Privatpatienten mit Sofortfinanzierung der Forderung!

Für diese einmalige Dienstleistung suchen wir aktive

Vertriebspartner

im ganzen Bundesgebiet. Wir bieten Erfolgs- und Dauerprovision.
MEDKONTOR
Arzthonorar-Verrechnungsges. mbH
Max-Eyth-Str. 9, 7150 Backnang
Tel. 0 71 91 / 6 10 97

Führende skandinavische Hersteller von hochwertigen

Holz-Element-Häusern

sowie rustikalen

Wohn-Blockhäusern

besonders geeignet für biologische Bauweise, suchen Kontakt zu Bauherren und Vertriebspartnern.
NORSKE POLAR Holzhäuser
D-5948 Fredeburg
Tel. 0 29 74 / 3 36

Agent in Saudi-Arabien

übernimmt Generalvertretung für den Vertrieb Ihrer Produkte.
Ang. u. X 9875 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Industrielle Investitionen – Südafrika

Durchschnittl. Gewinn 24 % p. a.
Kontakt:
Slater & Hoy GmbH, Düsseldorf, Tel. (02 11) 45 10 56, Tx. 8 585 557

Hersteller/Importeur

sucht

Handelsvertreter

Bereiche Möbel, Geschenkartikel, Spielzeug für das gesamte Bundesgebiet

Tel. 0 22 73 / 35 53

Firmengründung im steuerfreien Ausland

Ein Konto in der Schweiz, die Chance für einen neuen Anfang, auch in Deutschland für in Konkurs gegangene Kaufleute.
M. H. Firmenberatung
2800 Bremen, Postf. 10 47 01
Tel. 04 21 / 31 10 39

Wir suchen Vertretungen für den **Vertrieb von Glückwunschkarten.**
Kaubisch GmbH, Tel. 0 89 / 64 30 57

Zur Übernahme gesucht

GmbH mit o. ohne Inhaber, für Bauarbeiten aller Art.
Zuschr. u. E 1036 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind einer der bedeutendsten Produzenten von Kraftstoff- und Heizöladditiven. Außerdem umfaßt unser Verkaufsprogramm eine ausgewogene Palette in Marken-Schmierstoffen.

Für den Verkaufsbezirk Essen-Recklinghausen und den Verkaufsbezirk Solingen-Lüdenscheid suchen wir sofort oder nach zu vereinbarendem Eintrittstermin zwei dynamische Verkäuferpersönlichkeiten als

Außendienst-Mitarbeiter

mit dem Status eines Handlungsreisenden

Wir bieten: Gehalt, Spesen, Provision, Kilometergeld sowie alle sonstigen Leistungen eines modern geführten Unternehmens.

Fleiß, Energie und Stehvermögen sind für die zu übernehmende Aufgabe unabdingbare Voraussetzung. Branchenkenntnisse sind erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Wenn Sie davon überzeugt sind, die gestellten Anforderungen erfüllen zu können, bitten wir Sie, mit uns Kontakt aufzunehmen unter D 9791 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marienkrankenhaus Hamburg

– Schwerpunktversorgung – 568 Betten – Akad. Lehrkrankenhaus –

Für den aus Altersgründen ausscheidenden

PERSONALLEITER

suchen wir zum 1. 1. 84 oder später einen befähigten Nachfolger.

Die Personalabteilung betreut etwa 1000 Mitarbeiter; Abrechnung mit eigener, moderner EDV-Anlage.

Die Vergütung richtet sich nach BAT/AVR III mit Bewährungsaufstieg, Zusatzversorgung, einschl. aller Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die entsprechend der caritativen Zielsetzung unseres Hauses tätig werden möchte und über entsprechende Berufserfahrungen verfügt.

Vollständige schriftliche Bewerbung, gern vertraulich, richten Sie bitte an den Direktor der Verwaltung, Herrn Strauß
Alfredstraße 9, 2000 Hamburg 76.

Vorstand eines angesehenen Unternehmens sucht

Cheffahrer

für Vertrauensstellung mit Wohnsitz im Süden Hamburgs. Voraussetzungen sind nachgewiesene Tätigkeiten in ähnlicher Funktion (aktuelle Referenzen bitte angeben), gute Umgangsformen und die Fähigkeit und Bereitschaft, Gartenpflege und einfache handwerkliche Aufgaben im Hause zu übernehmen sowie Mithilfe bei der Gästebewirtung zu leisten.

Der zeitgebundene Einsatz erfolgt im Rahmen einer Festanstellung nach Absprache.

Zuschriften erbeten unter PJ 46933 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Wir sind eine seit vielen Jahren erfolgreiche Spezial-Leasing-Gesellschaft und suchen für den systematischen Ausbau unserer Vertriebsorganisation

Leasing-Berater

als Partner unserer anspruchsvollen Kunden.

Unternehmerisch denkende Kaufleute mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, aber auch durchsetzungsstarke und dynamische Praktiker sollten sich bewerben.

Es handelt sich um eine Tätigkeit in den PLZ-Gebieten 2, 3 und 4, so daß Sie Ihren Wohnort nicht aufgeben brauchen. Es geht um ausbaufähige und abwechslungsreiche Positionen.

Die Dotierung entspricht dem hohen Anspruch dieser Aufgabe.

Persönlichkeiten senden bitte ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Angabe ihres Gehaltswunsches sowie des frühesten Eintrittstermines unter V 9584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

Futtermittel-Zusätze Tierernährung

Wir sind die deutsche Tochtergesellschaft eines amerikanischen Chemiekonzerns mit über 52 000 Mitarbeitern weltweit und einer Produktpalette, die von Petrochemikalien, Agrarchemikalien über Kunststoffe, elektronische Produkte bis zu Chemiefasern reicht.

Unsere Abteilung **Nutrition-Chemicals** wird erweitert. Für die Marktentwicklung, Beratung und Verkauf unserer Futtermittel-Zusätze Santoquin™, Aflaban®, Alimet® und MHA® suchen wir einen

Verkaufsberater

der eine naturwissenschaftliche Ausbildung, vorzugsweise aus dem Fach Biochemie/Biologie/Nahrungsmittelchemie mitbringt.

Das Einsatzgebiet erstreckt sich über die Länder BR Deutschland, Österreich, Schweiz und Ost-Europa.

Gute Englischkenntnisse sind erforderlich. Überdurchschnittliche persönliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Wir bieten leistungsgerechte Bezahlung und die sozialen Leistungen eines internationalen Großunternehmens sowie einen neutralen Firmenwagen (Mercedes), der auch zur privaten Nutzung zur Verfügung steht.

Mit interessierten Bewerbern unterhalten wir uns gern über Einzelheiten. Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte an die Personalabteilung der Monsanto (Deutschland) GmbH, Immermannstraße 3, 4000 Düsseldorf 1, Tel. (02 11) 3 67 50.

Monsanto

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

Werden Sie Ihr eigener Chef.

Wir bieten **Serviceberatern, Kundenberatern, Verkäufern, Reisenden, Markenartiklern** durch unsere 15jährige Erfahrung und Marktstellung den Erfolg, den sie suchen.
LPU Unternehmensberatung GmbH
Rüttenscheider Str. 163,
D-4300 Essen 1 · Tel. (02 01) 77 10 21

Australien-Auswanderer

haben eine gute Chance nur bei bereits vorhandener oder zu erwartender Einreisegenehmigung. Starthilfe selbstverständlich. Keine Rückzahlung.

Interessenten melden sich Chiffre-Nr. PE 47 004 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Edelpelztierfarm vergibt Regionalfarm mit Gebietsschutz, 50 000 bis 70 000,– DM jährlicher Verdienst. Neben- oder hauptberuflich. Eigenkapital erforderl. Näheres u. Tel. 0 62 41 / 3 57 04 oder schriftl. an: E. M. S. Chinchilla-Zuchtfarm GmbH, Postf. 152, 6520 Worms 26

STELLENGESUCHE

Außenhandels-/Industriekaufmann 47, langj. Berufs- u. Führungspraxis im Export u. Maschinenbau. Erfahren im Akquirieren und Verkauf von Maschinen, Anlagen u. techn. Artikeln im In- u. Ausland sucht Vertrauensstellung und/oder tätige Teilhaberschaft in zukunftsorientiertem Unternehmen (Industrie, Handel, Vertretungen). Angeb. erb. u. N 9867 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kinderpflegerin und Erzieherin

staatlich geprüft u. anerkannt, mit fachgebundener Hochschulreife, 25 Jahre alt, 8 Jahre Erfahrung in Kinder- und Jugendarbeit, Englischkenntnisse, zuverlässig, gewissenhaft, einsatzfreudig, strebsam und unabhängig, eigener Pkw, übernimmt die schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Familie oder Institution.
Angeb. erb. u. P 9868 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Mathematiker

28 J., mit sehr gutem Abschluß, Nebenfach Wirtschaftswiss., z. Z. als wiss. Hilfskraft tätig, Kenntnisse in Approximations-, Interpolationstheorie, Numerik und Informatik sucht interessante Anfangsstellung. Programmierkenntnisse in Basic, Cobol und Fortran.
Zuschr. erb. unt. H 9795 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Elektro-Wirtschaftsing. FH, 28 J., ungekündigte Stellung, z. Z. beratende Tätigkeit i. d. Automobilindustrie, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschriften unter D 9947 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bürovorsteher (ReNo) qualifizierte juristische Kenntnisse, Notariatsfachmann, belastbar u. flexibel, sucht verantwortungsvoll Tätigkeit im Bereich Anwalt/Notar, Makler/Bauges., Banken/Versicherungen, Industrie
Angeb. unt. M 9798 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Leiter Buchhaltungsleiter
46 J., verh., Bilanzen, Statistik, Verwaltung, Personal, EDV, langj. Auslandserfahrung, sucht Position in Übersee.
Ang. erb. u. L 9797 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Elektromeister
Mitte 30, techn. viels., möchte nach Kanada. Welche Priv.-Pers. od. Firma kann diese Möglichk. bieten od. vermitteln? Etwas Kapital vorh. Zuschr. erb. u. PM 47 011 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing., Innenarchitekt
mit Tischlerausbildung, 26 Jahre, zur Zeit tätig im Ladenbau, sucht neues Wirkungsfeld im Raum Nordrhein-Westfalen.
Ang. u. Z 9877 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
37 J., Erfahrungsprofil: Logistik, Anlagenexport, Firmenleitung Übersee, Englisch verhandlungssicher, vieljährige Auslandserfahrung Europa u. Übersee, sucht mehrjährige Auslandsaufgabe. Zuschr. unt. L 1019 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt/Jurist
sucht neue Aufgabe. Zuschr. unt. B 9433 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Leiter
Anf. 30, z. Zt. 15 Mitarbeiter, Erfahrung auf den Systemen 38, 360, 370 IBM, in Cobol/RPG III usw., sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. PG 47025 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Techniker
(Masch.bau, App.bau, Kernt.), 28 J., ledig, mit sehr guten Kenntnissen u. Bereitschaft zur Auslandstätigkeit, erbittet Angebote zum 1. 11. od. später unter N 9799 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Ing.
Fachr. Maschinenbau, 30 J., verh., langj. Erf. i. d. Konstruktion v. Sondermaschinen, spez. Prozeß-Automatisierung, hydr. u. pneum. Antriebs- u. Steuerungstechn., an Problemlösungen gewöhnt, Teamgeist u. Organis.-Talent, wünscht sich zu veränd. Zuschr. erb. u. PG 47 006 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Eckpfeiler
Export-Kfm. f. Sudan, Tansania, Sambia, Südafrika, abschlußsicher, wendig, Auslandserf., kurz: konzeptionelle Führungskraft von Format sucht Herausforderung als Aufgabe in Afrika od. Nah-/Fernost.
Zuschr erb. u. PR 47014 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Einsatzfr., 26jähriger
Außenhandelskaufmann
z. Z. tätig in London, su. ausbauf. Pos. in mittelst. Handelsfirma.
Zuschr. erb. unt. PU 47 000 an WELT-Verlag, Pf., 2 Hamburg 36.

Marketingmann
Dr. rer. pol., Anfang 30, 6 Jahre Instituts- u. Industrieerfahrung, derzeit Marketingleiter Markenartikel, sucht neue Entwicklungsmöglichkeiten in Industrie, Verband od. Agentur.
Zuschriften unter E 9638 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein- u. Verkaufsleiter
Textil, 40 J., langjährige erfolgreiche Tätigkeit im Groß- u. Einzelhandel, Führung des Außendienstes, sucht neues Aufgabengebiet. Zuschriften unter F 9993 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter Food
48 J., über 20 J. in dieser Position, sucht zum 1. 1. 84 neues Aufgabengebiet mit Wohnsitz in Hamburg.
Zuschr. erb. u. PB 47 002 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing. (FH)
allgem. Maschinenbau, 30 J., Abschlußnote 2, Kenntn. i. Verfahrenstechnik, sucht Anfangsstellung. Auch späterer Auslandseinsatz angenehm (Engl.-Kenntn.). Angebote erbeten an Holger Freund, Deelwisch 12, 2 Hamburg 54, Tel. 0 40 / 56 32 66

ZAV

Verkaufsleiter

51, verh., mobil, fundierte Kenntnisse im Bereich Marketing und Vertrieb der Lack- und Farbenindustrie. Ausarbeitung und Kontrolle von Umsatz-, Kosten- und Personalbudgets. Erfahrungen in der Sortimentspolitik. Planung und Steuerung einer effizienten Gebietsbearbeitung. Leiten und Motivieren von Innen- und Außendienstmitarbeitern durch kooperativen Führungsstil. Konzipierung und Durchsetzung der Unternehmensstrategie mit dem Ziel optimaler Rendite;

sucht entsprechendes Aufgabengebiet in der Bundesrepublik Deutschland, Schweiz oder Österreich.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf mit
Konrad Tack, Telefon 06 11/71 11 - 217

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 0611/7111 Telex 411632
Bundesanstalt für Arbeit

Niederlassungsleiter
eines Bauunternehmens, 40, ungekündigt, 15jährige Berufserfahrung in leitender Position, Organisation, Akquisition, Finanzierung.
Bau und Vertrieb
skandinavischer Fertighäuser, sucht neue verantwortliche Aufgabe mit Zukunftsperspektive.
Angebote unter V 1093 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen.

Zum Wiedereinstieg ins Berufsleben suche ich eine Tätigkeit, in der

Verantwortungsbewußtsein, Urteilsvermögen und Durchsetzungskraft

gefragt sind. Ich bin eine verheiratete Frau von 43 Jahren, habe ein abgeschlossenes Studium (Germanistik, Geschichte) mit 1. und 2. Staatsexamen, mehrjährige Schulpraxis, außerdem Erfahrung als Assistentin in einer großen Versicherung. Wirtschaftliche Gegebenheiten sind mir aus eigener Anschauung in der Schweiz, Frankreich und in der VR China bekannt. Führerschein, englische und französische Sprachkenntnisse sind vorhanden. Wo immer meine neue Aufgabe liegen mag – im Bildungsbereich, in der Verbandsarbeit, im Verlagswesen oder noch ganz woanders –, ich verfüge über die Fähigkeit zur Teamarbeit und die Bereitschaft zur Einarbeitung in fremde Sachgebiete. Kurzfristiger Stellungsantritt möglich, bezüglich des Standortes bin ich flexibel.
Ang. erb. unter B 9879 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinenbau-Ingenieur
35 J., verh., 2 J. Arbeitsvorbereitung im Lkw-Werk, 7 J. Verkauf u. Kundendienst (Werkstattleiter) von Kfz u. Landmaschinen, 2 J. Maschinening. auf einer Großbaustelle im Irak, Englischkenntnisse, sucht Tätigkeit im norddeutschen Raum, die gern mit Reisen im In- u. Ausland verbunden sein kann.
Zuschr. unter PO 46937 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Sie suchen den Fachmann!
Außendienstleiter, Ende 30, verheiratet, seit 14 Jahren bundesweit tätig in Finanzierungen, Bausparen u. Versicherungen sucht neue Position. Zuschriften erbeten an: V 9325, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

„Die Firma wird verkauft – der Mitarbeiterstamm reduziert – eine neue Vertriebsfirma gegründet."
Drei Aussagen vom Inhaber innerhalb der letzten Monate. Abstimmung, Organisation u. Zusammenarbeit sind nicht vorhanden. Bedingt durch diese berufliche Ungewißheit suche ich (36 J., m. Meisterbrief im Metallhandwerk u. Betriebswirt VWA, z. Zt. tätig im Verkauf techn. Organisationssysteme im Innen- u. Außendienst in Hamburg, Wohnsitz: Raum LG) ab Januar 84 eine ausbaufähige, verantwortungsvolle u. vielseitige Aufgabe im techn./kaufm. Organis.-Bereich. Erwarten können Sie Einsatzbereitschaft, geradliniges Verhalten.
Zuschr. erb. u. PF 47024 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Versierte Übersetzerin
(Engl./Franz. perfekt, span. Grundkenntn.) mit langj. Büroerfahrung, gute Schreibmaschinenkenntnisse, möchte jetzt im Hause tätig werden (auch Korr.).
Tel. 0 40 / 5 50 28 93

Hauswirtschafterin
in ungekünd. Stellung sucht z. 1. 1. 1984 neuen Wirkungskreis. Möglichst Kreis Ennepe-Ruhr-Kreis, aber nicht Bedingung u. evtl. auch halbe Tage.
Zuschr. u. K 9884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing
Maschinenbau
Pilot CPL – IFR
sucht neue Aufgaben.
Angeb. u. A 9878 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Angestellter, 44 J.
Lohn-/Gehaltsabrechnung f. Seeleute
verheiratet, 25 J. Berufserf., EDV-Erf. seit 1967 mit Fortbildg., gründliche Steuer-Tarif- u. Sozialvers.-Recht-Kenntn., su. neuen Wirkungskreis.
Ang. erb. u. K 9796 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kriminalbeamtin
im gehobenen Dienst, 27 Jahre, Abitur, Sprachkenntnisse Englisch/Französisch, möchte sich verändern.
Angeb. erb. u. F 9883 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schuhe: zukunftsorientierten, zielbewußten u. aufgeschlossenen Unternehmer bzw. Unternehmung im Großraum Hamburg.
Biete: erfahrenen, leistungsbereiten Maschinenbau-Ing., Dipl.-Ing. (FH), 37 J., verh., in ungek. Pos. i. d. Anlagen-Projektierung beschäftigt.
Zuschr. erb. u. PF 47005 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

E-Techniker, 35 J., staatl. gepr., sucht neues Betätigungsfeld unter PK 46934 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Junge, engagierte Arzthelferin
sucht Beschäftigung in Berlin ab 15. 10. 83.
Tanja Oefelein, 1000 Berlin 20, Heerstr. 301, Tel. 0 30 / 3 61 53 84, 11–15 Uhr.

Speditionskaufmann
(Export See), 30 J., letzter Standort Indonesien, sucht zum 1. 1. neuen Wirkungskreis im Ausland (vorzugsw. Fernost).
Zuschr. erb. u. PZ 47019 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Viels. 28jähr. gel.
Werkzeugmacher
7jähr. kfm. Erf., Eink., Verk. u. Außend., sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. unt. PD 47 003 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Junger Mann, 26 J., gute Umgangsformen, sucht Anstellung als **Fahrer/Cheffahrer**. Führerschein Klasse 1, 2 u. 3, Busführerschein. Erlernter Beruf Krankenpfleger. Tel. 02 01 / 68 63 00

Bauingenieur
35 J., seit 7 Jahren selbständig, sucht
Auslandstätigkeit
Erfahrung im konstr. Ing.-Bau, Bauleitung, schlüsselfertiges Bauen.
Zuschriften unter E 9882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jenisch (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



hochwasserfrei – 1000 m bis zur Innenstadt

Exklusives Einfamilien-Doppelhaus mit hohem Wohnwert, großzügige Wohnraumgestaltung, 152 m² Wohnfläche, 45 m² Nutzfläche, schlüsselfertige Erstellung bis ca. September 1984. Es bestehen Planungsvorschläge des *Architekten – um Ihre* Planung zu erleichtern.

Mehr Informationen durch

Grundstücksprojektierungs- und Verwertungs-Gesellschaft Berthold Kaaf mbH

GVK

Firmengruppe Berthold Kaaf
Eifelstraße 5, 5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 63 13 46

Friedrichshafen

Das Bauherrenmodell mit interessanten Perspektiven:



- Friedrichshafen- bedeutende Industrie- und Touristikstadt am Bodensee
- Kleine Wohneinheiten mit 1 bis 3 Zi Wohnungen
- erstklassiges Preis/Leistungsverhältnis des Objektes
- Beste Vermietbarkeit mit 10 jähriger Vermietgarantie
- Gute Wiederverkäuflichkeit durch günstige Infrastruktur
- Fertigstellungsgarantie bis 31 12.84
- Mwst - Option möglich

7250 Leonberg · Postfach 14
Tel 07152/20520

Volksbank Raiffeisenbank Leonberg eG

Eschweiler
3 Wohnhäuser m. 3 Gewerbehallen, gewerbl. Freifläche u. 25 Garagen, Grd. ca. 4000 m² an sehr belebter Ausfahrtstraße. Als Renditeobjekt geeignet. Nettomieteinn. p. a. ca. 81 000,–. KP 1 300 000,– DM.

Stadt Düren
Gewerbeobjekt, ca. 2500 m² m. Hallen, Betriebsgebäude u. Wohnhaus, WF ca. 264 m², Schwimmbad, Sauna, vielseitig verwendbar, DM 850 000,–

Alsdorf
Renditeobjekt 8-Fam.-Hs., m. Metzgerei, Mieteinnahme p. a. über DM 60 000,–, VB 1 100 000,00 DM.

Aachen
Renditeobjekt, Gewerbegebiet, neue Halle ca. 700 m² m. Büro, san. Einrichtg., Grd. ca. 1600 m², langfr. vermietet, 895 000,– DM. ME p. a. ca. DM 63 000,–

Düren
Gr. Renditeobjekt, 3-Fam.-Hs., Supermarkt, Gaststätte, 3 Kegelbahnen, Autozubehörgeschäft, *Lagerhallen, Pkw-Einstellpl.*, Garagen, alles bestens vermietet, Grd. ca. 6000 m², VB 3 Millionen DM, Mieteinnahme p. a. ca. 227 000,– DM.

Courtage 3,42 %

20 Jahre M. u. H. Muhs oHG
Immobilien, Jülicher Str. 115
5180 Eschweiler
Tel. 0 24 03 / 5 20 02 + 5 20 03.

MÜNSTER – St. Mauritz
Einfamilienhaus in ruhiger, bevorzugter Wohnlage, exklusive Ausstattung, ca. 190 m² Wohnfläche und ca. 90 m² voll ausgebauter Keller, Souterrain, z. B. als Einliegerwohnung nutzbar, Grundstück 611 m² à DM 400,–/m² Festpreis, Haus Verhandlungssache. Näheres unter G 1016 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Komf. Einfamilienhaus
mit Doppelgarage u. vielen Extras, Baujahr 1981, 217 m² Wohnfläche, 138 m² Nutzfläche, in bevorzugter Wohnlage von 4432 Gronau (Westf.), Grundstück 1053 m², zu verkaufen, Kaufpreis: 1 100 000,– DM.
Theo Büscher Immobilien GmbH
Antoniusstraße 4, 4432 Gronau
Telefon 0 25 65 / 20 11

Gelbklinkerbungalow
Winsen/Luhe
115 m² + 57 m² Einliegerwhg., Bad/WC + Du./WC, zentrale, ruhige Lage, f. Praxis geeign., Grdst. 742 m², DM 398 000,– VHB.
Tel. 0 40 / 6 72 09 78 ab 18 Uhr.

SCHWEIZ GELEGENHEIT
Berner Oberland, 1500 m, Sommer- u. Wintersportgebiet, ü. Brienzersee 1 Studiowg., 33 m², kompl. eingericht., Kü/Bad/WC/Balkon sfr. 129 500,–
1 Komfortwg. 110 m², 4 Z/Kü/Bad/WC, Balkon/Fernsicht sfr 295 000,–
Dipl.-Kfm. J. Faller, Immobilien
6552 Bad Münster Postf. 1101
Tel.: 06 71 / 3 43 88, auch n. 18 Uhr

Kaufen Sie sich ein Stückchen von Aachen
1 ganzes Stockwerk (2 ETW)
mit insges. 115 m² Wohnfläche und ca. 230 m² Grundstücksanteil zum
VORZUGSPREIS VON DM 189 750
(Preis pro m² DM 1650)
bieten wir an. Die ganze Anlage ist voll renoviert, bestens verwaltet und sehr gut vermietet
- in bevorzugter Wohnlage
- freifinanziert
- keine Maklergebühren
- günstige Finanzierung
- mtl. Belastung wird durch Miete u. Steuervorteile gedeckt.

INFORMATION UNTER
TEL. 02 41 / 6 90 95 oder 6 69 99

1,5–2,0 Millionen DM
für ca. 1–2 Jahre gesucht. Eine gute Verzinsung wird geboten. Sicherheiten: gegen Grundschuld auf wertvollen Grundbesitz.
Angeb. u. R 9802 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Lanzarote
Haus, 127 m² Nutzfl., kompl. eingericht. Wohnz., 2 Schlafz., Bad, Kü., 2 Garag., Werkst., Grdst. 3500 m², schöne Lage am Berg. v. Priv., VB 110 000 DM.
Zuschr. u. K 9974 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Langeoog
E. W. 37 m², 3 Zi., vollmöbl., erstkl. Isol., am Kurviertel, von Privat, 200 000 DM. Tel. 0 49 72 / 4 49

Erfolgsorientierte
Schweizer AG
sucht Darlehen ab
Schweizer Franken 40 000,-
Zins 12–14% p. a., je nach Laufzeit. Kapitalabsicherung über Sinking-Fund.
Anfragen erb. an Postfach 7526, CH-8023 Zürich.

Bauherrengemeinschaft
Köln
Stadtteil Raderberg, Anna-Straße 19

Steuerbegünstigte Eigentumswohnungen nach dem bewährten Hundegger Bauherrenmodell

Ihre Vorteile: Begehrte, ruhige und zentrale Wohnlage ● Angemessene Preise ● Sichere hohe Werbungskosten, letztmalig zusätzlich mit Mehrwertsteueroption ● Gesamtkosten- und Zinsgarantie ● Garantierte Mieterbeschaffung mit 5-jähriger Festmiete ● Inflationsgeschütztes Sachwertvermögen mit Wertsteigerung von Jahr zu Jahr ● Die Firmengruppe Hundegger hat 12 Jahre Abwicklungserfahrung mit Bauherrenmodellen ● Kostenlose Information von

Hundegger
Wohnbau-Immobilien-GmbH
Tel.: 02 21 / 21 93 47
5000 Köln 1, Hohenzollernring 55

BAD PYRMONT
WOHNEN AM KURPARK

Direkt am schönsten Kurpark Deutschlands mit seinem einmaligen Palmengarten, mitten im eleganten Kurleben, aber absolut ruhig gelegen, bieten wir Ihnen eine Reihe wunderschöner Eigentumswohnungen Mietwohnungen mit erstklassiger Ausstattung. Schreiben Sie uns oder rufen Sie unsere Frau Dombrowski an. Sie informiert und berät Sie gern.

AWI
Schulstraße 15a
3280 Bad Pyrmont
Tel. 05281/5051

Krefeld-Forstwald
bevorz. Wohngegend, halb freist. Doppelhs.-Hälfte, volle Südl., nicht verbaub., da Wasserschutzgeb., 140 m² Wfl., zusätzl. ausbauf. Dachstudio 38 m², Garage, Grdst. 414 m², Swimmingpool i. Garten, DM 455 000,–.
Tel. 0 21 51 / 39 95 51

„Super-Gelegenheit"
in Spanien
Bungalow: 2 Schlafzimmer, Salon, Terrasse DM 39 900,-
Luxus-Appartement, direkt am Meer DM 37 000,-
komplett ausgestattet
Sofort beziehbar
Verkauf und Finanzierung
R. I. B. Schmiedeke
6200 Wiesbaden, Postfach 53 44
Telefon 0 61 52 / 6 15 47
sowie 0 61 21 / 4 80 78

FRANKREICH – Bretagne
z. verk. Camping + Bar, 1 ha,
W. Boetens, La Ville Dono, F-22190 PLERIN, Tel.: (0 96) 74 51 24

Zu verkaufen
CRANS/SIERRE, SCHWEIZ
2½-Zimmer-Wohnung, Küche, Bad, Balkon, sowie Studio, Kochnische, Bad, Rasenplatz, beide möbliert, schönste, ruhigste Lage in kleinen Chalets am Waldrand. 2 Garagen.
Tel. 00 4 / 1 13 91 / 46 14 · Telex: 53 018

---

in oberschwäb. Kurstadt
BAD SCHUSSENRIED
2-Fam.-Haus + Einl.-Whg. Bj. 74, unverbaub. Südlage, 1050 m² Areal, 2 Wohn. à 110 m², Einl.-Whg. 55 m², Doppelgarage zu verkaufen, VB DM 560 000,– DM
Objekt sofort beziehbar.
Angebote unt. P 10 000 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

HORIZONS 2000
sucht AGENTEN, um eine einmal. Anlagemöglichkeit in erstklassig. Agrarland anzubiet. mit außergewöhl. hohem mittel- u. langfristig. Einommen. Projektiertes jährl. Einkommen über 50 % während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinlage $ 12 500,–. Material steht in Engl., Französisch, Deutsch o. Arabisch z. Verfügung.
Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 35 12, Telex 2 5 185

Ingrid Vahle · Vermögensberatung
ab 15% p.a.
Zuschr. u. S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Linz/Rhein
Eine herrliche Aussichtslage erwartet Sie mit Weitblick auf Eifelpanorma und Ahrtal auf einem von 17 Baugrundstücken, welche wir als Erschließungsträger für die Stadt Linz verkaufen. Die Grundstücke sind in herrlicher Südhanglage gelegen und sofort bebaubar. Der Kaufpreis beträgt ab 850 m² nur noch 100,00 DM/m², voll erschlossen. Beispiel: 850×100,000 DM = 85 000,00 DM Endpreis. Ab 550 m² beträgt der Kaufpreis 125,00 DM/m² voll erschlossen. Beispiel: 550×125,00 DM = 68 750,00 DM Endpreis. Rufen Sie uns doch einfach an oder vereinbaren Sie einen unverbindlichen Besichtigungstermin. Auskunft erteilt die Stadtverwaltung Linz oder die Bauunternehmung J. KLEIN GmbH, Asbacherstr. 116, 5460 Linz/Rhein, Ruf 0 26 44 / 47 26/28

GROSSE GEWINNMÖGLICHKEITEN FÜR MAKLER UND UNABHÄNGIGE VERKAUFSAGENTEN
Einmaliger Warenfond mit unbeschränkter Emissionshöhe steht Ihnen jetzt zur Verfügung. Geboten werden 4,5% Erstprovisionen auf Vekäufe plus 30% laufende Maklercourtage für die gesamte Laufzeit der Anlage. Außerdem Weiterverkaufsprovision. Mindestinvestition nur US-$ 5300.
HANDELN SIE JETZT!
Schreiben Sie uns oder rufen Sie wegen Broschüre und zusätzlicher Auskünfte bei uns an:
Filler, Weiner, Zaner and Associates
230 West Monroe Street
Chicago, Illinois, 60606 USA
Telex: 4 350 342
Telefon: (312) 3 46-34 07

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

TROPISCHE HAZIENDA IN KOLUMBIEN
verkauft Schweizer Ehepaar. 180 ha im Flachland. 60 Min. von Dep.-Hauptstadt. Bauerngut mit Herrschaftshaus, Personalunterkünften. Licht, Kraft, Wasser. Viehzucht in voller Produktion, Orangenplantagen im Aufbau, Wald und reiche Tierwelt. Grundbucheintrag. Stabile polit. Verhältnisse. VB SFR. 750 000 zuzügl. Vieh. Besitzer weilt z. Zt. in Zürich.
Kontakte über RA Dr. Hans H. Schmid, Fach 368, CH-8038 Zürich, Tel. 0 04 11 / 4 82 72 51. Telex: 56 470

Börsendienst für Wertpapier-Operationen mit Ihrer Hausbank!
Info: AWIA GMBH · Adenauerallee 11 · 5300 Bonn 1

München, von Privat, am Ammersee, Villa, Bj. 73, 1000 m² Grund, 7 Zimmer, 230 m², 2 Kamine, Sauna. VB. 1,14 Mio.
Tel. 02 21 / 48 22 91

Zu verkaufen in Italien Lago Maggiore
komplett restrukturiertes Einfamileinhaus (120 m² auf zwei Stockwerken) mit 200 m² Garten, im rustikalen Kern von Laveno, idyllische Lage in absoluter Seenähe. Preis: ca. 250 000 DM. Bitte schreiben Sie an
C. I. R. S. E. – Via Pontaccio, 12
I-20121 Milano/Italien
Tel. 00 39 / 2 / 87 50 91

Ferienvilla Hunsrück
Massivbau 4 Z/Kü/Du/WC, off. Kamin 70 m² WF, u. kellert. m. Garage / Öl-Zh 2048 angel. Grundst. m. Fernblick a. Soonwald, 6 km v. A 61, VB 255 000.
Dipl.-Kfm. J. Faller
Immobilien
6552 Bad Münster, Postfach 1101
Tel.: 06 71 / 3 43 88, auch n. 18 Uhr

Für Anzeigen von **Gewerblichen Maklern und Wohnungsvermittlern** gebräuchliche Abkürzungen		
	Hsm.	Hausmakler
	Mkl.	Makler
	RDM	Ring Deutscher Makler
	VDM	Verband Deutscher Makler
	VHH	Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Gewerbegrundstück
12 000 m², 4550 Bramsche, BAB Hansalinie, Vollerschlossen, ausgewiesenes G. E.-Gebiet, gute Infrastruktur, Verwaltungsgeb. Bj. 1962, 1200 m², 3 Hallen insges. 5500 m³ umbauter Raum, Lkw-Pflegehalle, 1 Wohnung, günstig für alle Branchen, speziell Baumarkt, Auslieferungshalle, Spedition etc. VHB 555 000,– DM.
Hosemann + Pardieck Immobilien RDM
4550 Bramsche, Große Str. 48
Tel. 0 54 61 / 9 46.

Eiscafé
m. Straßencafé in 47 Hamm, Citylage, sof. abzug., KP n. Vereinb. Sitzpl. innen u. außen ca. 100.
Zuschr. u. PO 47 012 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Vierfeld-Tennishalle
mit Nebenräumen i. Raum Krefeld preisgünstig sofort zu verkaufen.
Zuschriften unter D 1035 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

4400 Münster – Büro-/Praxisräume
231 u. 201 m² im EG eines repräsentativen Wohn-, Büro- u. Geschäftshauses in der Innenstadt zu vermieten oder zu verkaufen. Frei zu gestaltener Innenausbau, 4 Pkw-Einstellpl./Einheit, Erstbezug sofort.
Tel. 02 51 / 4 00 31 / 6 10 34 (privat)

MwSt.-OPTION – Letzte Möglichkeit für Kapitalanleger

4gesch. Wohnh. m. 8 kleineren komf. WE u. hohem Mietwert in bester Wohnl. u. Verkehrsanbindg. zw. Duisburg, Krefeld u. Moers. Keine BH-Gemeinschaft.

Verbürgte Fertigstellg.-Gar. 1984. Aufw. 1,6 Mio., Liqu.-Übersch. in Bauphase, pos. Ergebnis in Mietphase, EK-Finanzierg., steuerl. Verl. 83/84: 420 TDM. MwSt.-Erstattg.: 148 TDM, Baubeginn sofort, fordern Sie Unterlagen an:

WVB-KG, Tulpenstr. 122, 4100 Duisburg 46
Tel. 0 21 51 / 40 89 54

● Steuerfrei produzieren ●

Auf den Bahamas bieten wir Ihnen zur Neugründung bzw. Auslgarung der Produktionsstätten für Klein- und Mittelbetriebe günstige Gewerbegrundstücke. Nutzen Sie die Möglichkeit der steuerfreien Produktion und der zollfreien Einfuhr aus Entwicklungsländern in die EG.

Informationswoche: Von Mo., 26. 9., bis Fr., 30. 9. 83, stehen Ihnen Fachberater der Grand Bahama Developement Comp. Ltd., Freeport, zur Verfügung. Wir bitten um telefon. Terminenvereinbarung: Rolf Bareuter, Bockenheimer Anlage 1a, 6000 Ffm., Tel. 06 11 / 55 02 53.

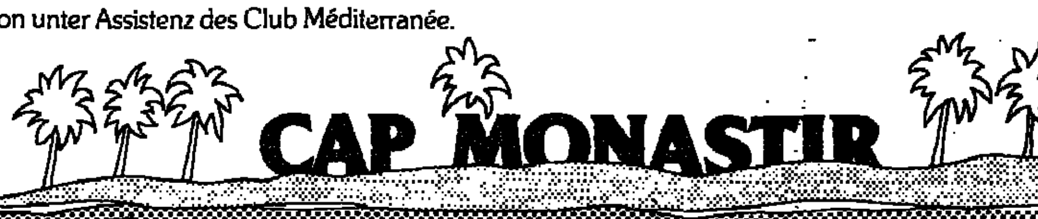
Investieren Sie in ein Paradies



Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen, Einkaufszentrum und Sportanlagen. (*) Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung. Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von: Wolf D. Ernt, Abt. Ferienimmobilien Cronstettenstraße 6 a, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611–1508250

(*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée.



Coupon
Bitte senden Sie sofort kostenlos und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:

Name ____________ Vorname ____________
Straße, Hausnummer ____________
PLZ / Stadt ____________

Das Thema der WELT am 13. Oktober '83

Im Büro der Zukunft:

Ist der Homo sapiens überflüssig?

Daten-, Nachrichten- und Bürotechnik wachsen zu einem System zusammen. Das Telefon wird zum Computer-Terminal, die Schreibmaschinen zum Textcomputer, das Bildschirmgerät zur Multi-Kommunikationszentrale. Die Arbeitsabläufe im Büro werden sich grundlegend ändern.

In dem 40seitigen farbigen WELT-REPORT

Bürotechnik und Kommunikation

untersuchen Experten, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind und welche phantastischen Möglichkeiten sich denjenigen bieten, die sich rechtzeitig auf die neue Bürowelt einstellen.

Kaufen Sie sich diese Ausgaben der WELT. Oder beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung.

Probelieferung kostenlos.

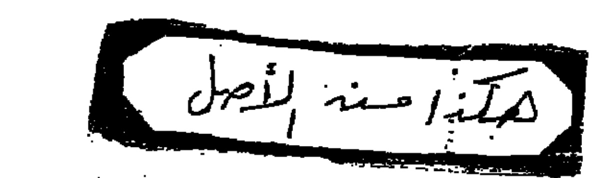


An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

01-716

Gastleser-Coupon
Bitte schicken Sie mir die WELT zwei Wochen kostenlos und unverbindlich zur Probe.

Vorname/Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Vorwahl/Tel.: ____________



Des Kaisers neue Lumpen

P. D. – Gelegentlich empfinden sich unsere öffentlich-rechtlichen Anstalten als die Hüter des Wortes. In den Verkehrsdurchsagen hat deshalb der bildhafte „Geisterfahrer" keine Chance mehr. „Falschfahrer" muß er jetzt heißen, selbst wenn der Begriff dann der Erläuterung bedarf.

Auch sonst begegnet man in Hörfunk und Fernsehen immer wieder einfallsreichen Worterfindern. So war jüngst im Programm zu lesen, daß da ein Konzert von einem „Klangerzeuger" zu hören sei, wobei offenblieb, ob man damit den Komponisten, den Instrumentalisten oder eine elektronische Musikmaschine meinte. Speziell die Jazz-Sendungen mit ihrem Hang zur Geschwätzigkeit erweisen sich als reiche Quelle neuer Wörter, die gewöhnlich der Kategorie der Euphemismen zuzurechnen sind. Da Jazzer allesamt edle, wenn auch angeblich oft verkannte Genies sind, müssen dunkle Flecken ihrer Biographie stets wegpoliert werden. Was in der Umgangssprache ein „Säufer" ist, wird für den Jazz-Moderator zu einem Musiker, der „mit Alkoholproblemen zu kämpfen" hatte. Und was man gemeinhin als „drogensüchtig" bezeichnet, reduziert sich auf eine „Drogenerfahrung", die jemand gemacht hat.

Längst auch haben wir uns daran gewöhnen müssen, daß linke ideologische Argumentation, die irgendein Hessen-Professor vorträgt, als „kritische Wissenschaft" deklariert wird, scheinwissenschaftliche grün-rote Utopien als „zukunftsorientierte Studien" angepriesen werden, so als sei alle bisherige Wissenschaft nur „unkritisch", jegliche Studien „vergangenheitsverhaftet" gewesen.

Wer mag da bei einer solchen Inflation der Schönfärberei noch lachen, wenn der alte Lumpensammler nun neuerdings als „Sammelbüro für Altkleidersammlung" firmiert?

Wissenschaftliches Symposium über Fledermäuse

Leckerbissen mit Panik

„Rufen Sie nicht gleich nach dem Kammerjäger, wenn Ihnen eine Fledermaus begegnet", riet Professor Uwe Schmidt. Für den Bonner Zoologen sind die Nachtschwärmer unersetzlich, ja, wertvoller als Brillanten. „Aber was tut man? Man schlägt sie einfach tot."

120 Wissenschaftler aus 15 Nationen waren in der vergangenen Woche Gast des Zoologischen Instituts der Bonner Uni, um auf dem 2. Europäischen Symposium für Fledermausforschung Ergebnisse und Erfahrungen auszutauschen. Mehr als bloße Sympathiewerbung für die „Mäuse mit Flügeln" war es allemal: Neurophysiologische Erkenntnisse sowie Kommunikations- und Ortungslaute zur „Gefühlsübermittlung" waren zwei der Haupttagungspunkte.

Wahre Horrormeldungen vom Aussterben der „nächtlichen Flattermänner", den einzigen Säugetieren übrigens, die ein echtes Flugvermögen entwickelt haben, brachten die Wissenschaftler auf die Palme. In der Tat: Ob Mausohr, Abendsegler, Kleine Hufeisennase oder Braunes Langohr, sie alle tauchen ausnahmslos unter der Rubrik „stark gefährdet" in der *Liste bedrohter Säugetiere auf.* Die Gründe für die Ausrottung der Fledermäuse, die im Normalfall 15 bis 20 Jahre alt werden können, liegen in der Zerstörung angestammter Quartiere in Dachstühlen und Höhlen. Naturbelassene Landschaftsräume verschwinden, und die schleichende Vergiftung durch Pestizide und andere toxische Umweltgifte tun ihr übriges.

Drei der insgesamt 19 Arten, die in der Bundesrepublik heimisch sind, werden als kaum noch überlebensfähig eingestuft. Vor einigen Jahren schon entdeckten Wissenschaftler ein Massensterben junger Fleder*mäuse im US-Staat Missouri. Schäd*lingsbekämpfungsmittel des Typs Dieldrin und Aldrin hatten sich über die Nahrungskette – in diesem Fall fliegendes Kleingetier – offenbar bis zur tödlichen Dosis akkumuliert.

Nach Darstellung der Forscher gibt es auf der Welt etwa 950 Arten von Fledermäusen, die sich in ihrem Sozialverhalten total voneinander unterscheiden. In Einzelfällen erreichen sie Spannweiten bis zu zwei Metern und ein Gewicht bis zu 1,5 Kilogramm. In den tropischen Regenwäldern Borneos und Neuguineas bilden sie Kolonien mit bis zu 50 Millionen Exemplaren. Als Leckerbissen werden sie in vielen Ländern hoch geschätzt; für 30 Dollar das Stück gelten sie in Guam als eine Delikatesse.

Doch gerade in *diesen Landstri*chen sind die Fledermäuse für die Flora absolut unersetzlich; denn sie tragen – darin den Bienen gleich – den Blütenstaub über riesige Flächen. Im schlimmsten Fall droht bei einem Aussterben der Fledermäuse Verödung, Versteppung oder gar eine ökologische Katastrophe. Deshalb, so Professor Schmidt, sei es heller Wahnsinn, auf der Grundlage eines Multi-Million-Dollar-Busineß ganze Landstriche auszuräuchern, nur weil die als Blutsauger verschrieenen Fledermäuse die liebe Nachbarschaft immer noch in Panik ausbrechen ließen.

Europäische Fledermausarten weisen keine Tollwut auf. Hingegen konnte Schmidt von Übertragungsfällen aus den Küstenstädten Hamburg, Rotterdam und Southampton berichten, wo tollwütige Fledermäuse mit Containerschiffen aus den USA eingeschleppt worden waren. In den Staaten sind innerhalb eines Zeitraumes von 40 Jahren zehn Personen von tollwütigen Fledermäusen gebissen worden.

Die Wissenschaftler nehmen ihre Aufgabe so ernst, daß sie bereits vor Jahren die BCI (Bat Conservation International) gegründet haben. Hauptanliegen: Das Aufzeigen des di*rekten Zusammenhangs zwischen* der Ernährungssituation in Ländern der Dritten Welt und der Population der nützlichen Schädlingsbekämpfer.

DIETER THIERBACH

Kunsthalle Bremen: Das Werk Walter Stöhrers

Weiber voll Industrie

Der 1937 in Stuttgart geborene Walter Stöhrer ist seit langem ein signifikanter Vertreter der Berliner Malerei. Als solcher ist er auch in internationalen Gruppenausstellungen – in Paris, Tokio, Louisiana (Dänemark), Florenz, Leipzig und Los Angeles – aufgetreten. Mit Horst Antes zusammen einer der bekanntesten Schüler von HAP Grieshaber, ist ihm seit Jahren breite Anerkennung zuteil geworden: Villa Romana – Preis Florenz, Berliner Kunstpreis der Akademie der Künste und viele andere. Auch in Bremen ist er seit 1981, dem Jahr, in dem er den Böttcherstraßenpreis erhielt, kein Unbekannter.

Mit anderen gilt er als eines der Markenzeichen eines neuen, in seinem Falle eher abstrakten, Expressionismus, der mit dem klassischen deutschen der „Brücke-Maler" wenig genug zu tun hat.

Nun hat ihm die Kunsthalle Bremen eine breite Retrospektive gewidmet, fast zur gleichen Zeit, da ein ganz anders gearteter Vertreter einer neuen Malerei, Markus Lüpertz, zum erstenmal in der Kestnergesellschaft debütiert. Was beiden, trotz tiefgehender Differenzen, gemeinsam ist: Sie sind vor allem Maler, und zwar trotz der literarischen oder gar philosophischen Motive, die ihnen unterstellt werden, und trotz der zumeist ironisch und distanzierend gemeinten Betitelung, mit denen sie den Interpreten entgegenkommen möchten.

Anders als vielleicht in einzelnen Fällen bei Lüpertz ist für den interpretationslüsternen Ikonologen bei Stöhrer absolut nichts zu holen. Zwar wird sich in Titeln wie „Wir erzählen einander Bruchstücke unserer eigenen fremden Biographie" oder „Das Spiel von den scheinbaren Handlungen" oder gar in „Große kosmische Weiber voll Industrie I" immer etwas hineindeuteln lassen. Der nüchterne Blick auf die Sache – in den genannten Fällen gute Sachen, die sich allerdings vielfältig wiederholen – zeigt nur immer wieder eines, das sich darum auch leicht einordnen läßt: das Strömenlassen und den Schwung breiter Farbbahnen, also der gestische Charakter dieser Malerei. Die räumliche Transformation und Transposition der Emotionalität ihres Autors sind ihr eigentlicher Existenzgrund. Stöhrers Bilder leben vom Grafischen und Skripturalen und von den Farbspannungen zwischen Rot, Blau und Orange im Kontrast zu Schwarz.

Das alles ist zweifellos mit handwerklich-technischer Brillanz gemacht. Und darauf kommt es Stöhrer an. Die ironischen Anspielungen in den Titeln sind nicht ernst zu nehmen. Schwerstarbeit erfordert auch die Beherrschung der großen Flächen, die nur ganz selten mit der Spritzpistole traktiert werden. Würde die ästhetische Leistung gemäß physikalischen Maßstäben nach Kilopond bewertet, so gehörte Walter Stöhrer sicher in die Gruppe der Weltmeister. Doch sonst?

Ob sein in einem seiner großen – und besseren – Bildern niedergelegtes Postulat „Die Schönheit wird konvulsiv sein, oder sie wird nicht sein" genügt, muß dahingestellt bleiben. Bleibt die Brillanz des Machens auch unbestreitbar, so gilt doch: Wie lange kann Schönheit konvulsiv sein? Die Malerei als Selbstdarstellung: Liegt hier nicht bereits das Ende des Weges, den Walter Stöhrer eingeschlagen hat? (Bis 16. 10.)

HERBERT ALBRECHT

Vom Rang eines Jean Paul: A. V. Thelen wird 80

Ruheloser Schelm mit Doppelgesicht

Die Meldungen, Vigoleis sei von hinnen gegangen, häufen sich in letzter Zeit: Es ist sogar zu Beileidskundgebungen gekommen, die ebenso rührend sind, wie sie mich amüsieren, denn wenn's dann einmal soweit ist, habe ich ja nichts mehr davon, da sie mich weder im Himmel noch in der Hölle erreichen; ich verschwinde ins Nichts, dans le néant, und *das ist gut so.*" In der Tat, *dem* Himmel sei Dank, auch wenn er selbst dessen fürsorglichem Obwalten nie so recht traute: Albert Vigoleis Thelen weilt unter uns und begeht heute seinen 80. Geburtstag.

Literaturnotorisch wurde „das Rindvieh der Verleger", wie sich der altfränkisch-sperrige Eigenbrötler aus Süchteln am Niederrhein ohne Häme sieht, vor drei Jahrzehnten mit dem knapp 1000 Seiten dicken Opus „Die Insel des zweiten Gesichts". Starker Tobak damals für die auf „Kahlschlag" und „Nullpunkt" fixierten Zunftbrüder Thelens. Auch für die deutschen Verleger. Da mußte sich erst ein Holländer vorwagen, dem dann der Düsseldorfer Eugen-Diederichs-Verlag folgte.

Zwar brachten die „Angewandten Erinnerungen des Vigoleis" dem Autor 1954 den Fontane-Preis ein, aber das Geld für die Fahrkarte zur Preisverleihung nach Berlin mußte sich der Geehrte borgen. Im Streit zwischen den Verlegern war das finanzielle Interesse Albert Vigoleis Thelens – der einprägsame Mittelname ist nicht dem Taufschein, sondern in leichter Abwandlung einem mittelalterlichen Epos entnommen – auf der Strecke geblieben. Die Zeiten waren nicht günstig für diesen pikaresken Abenteuerroman. Zu fern war er *damals dem „scharf akzentuierten,* blitzschnell zugreifenden, oft atemberaubenden Stil der Neueren". So wurde Thelens Lesung vor der Gruppe 47 eher mit Befremden als mit Beifall registriert, und die Laudatio auf den Fontane-Preisträger wertete das Werk als „fruchtbares Ärgernis in der deutschen Literatur unserer Zeit".

Sie ist aber nicht mehr die unsere, jene Zeit, und die heutige Lektüre des prallen, biographischen Schelmenromans führt zu angemesseneren Urteil. Man wird diesen mit Dirnen, Anarchisten, Hidalgos und Schmuggelkönigen gewürzten Bericht des mit *seiner Beatrice vor dem* Nationalsozialismus durch halb Europa nach Mallorca Geflüchteten in der Nachfolge von Cervantes, Jean Paul und Sterne sehen. Somit wird man dem Roman dieses großartigen Fabulierers den ihm zustehenden Platz in der ersten Reihe der großen Würfe unserer Epoche zumessen.

Thelen war 50, als er die „Insel" in Amsterdam ohne Notizen, nur aus seinem „magisch integrierenden Gedächtnis" heraus niederschrieb. Ein kompromißloser, eigenwilliger Mensch von Jugend an, „verzichtete" er auf das Abitur am Viersener Realgymnasium, versuchte sich „in Fabriken, am Schraubstock, am Amboß, am Webstuhl, am Zeichentisch". Der spätere Übersetzer aus sechs Sprachen betreibt philologische Studien, die er in Köln abschließt, wo er auch 1928 seine aus angesehener Baseler Familie stammende Frau Beatrice kennenlernt.

1931 verlassen beide vor dem aufkommenden Nationalsozialismus Deutschland und gehen über Amsterdam und Basel nach Mallorca in die Emigration. Dort betätigt er sich unter anderem als Fremdenführer, er schreibt Robert Ranke-Graves' „I, Claudius" und die Tagebücher des Harry Graf Kessler ins reine und darbt mit Beatrice nahe am Hungertod. *Bis der Faschismus ihn in Ge*stalt des Franco-Regimes einholt und beide nach lebensgefährlichem Versteckspiel und durch riskantes Pokern mit dem deutschen Konsul auf einem britischen Zerstörer nach Marseille entkommen.



„Rindvieh der Verleger", wie er sich selber nannte: Der Schriftsteller Albert Vigoleis Thelen, der heute 80 Jahre alt wird FOTO: ISOLDE OHLBAUM

In der Schweiz entgeht Thelen nur knapp der Auslieferung an die Nazis, wird 1939 ausgewiesen und findet im Weinschloß des portugiesischen Dichters und Mystikers Texeira de Pascoaes Unterkunft, dessen Übersetzer ins Deutsche und Niederländische er ist. 1947 ist er auch dem Salazar-Regime nicht mehr genehm: Das ständig von der Hand in den Mund lebende Paar landet wieder in *einer wenig gastfreundlichen* Schweiz, zieht von dort nach Amsterdam, um sich 1954 endgültig in der Schweiz niederzulassen, zunächst als hart arbeitende Gutsverwalter einer mexikanischen Millionärin und schließlich in mäßiger Unabhängigkeit bei Lausanne, am Chemin Isabelle de Montolieu, einer passenden Adresse für den großen Ästheten!

Thelens zweiter Roman, „Der schwarze Herr Bahßetup" (1956), hat nicht den Erfolg der „Insel", ist, wenn auch nicht im Umfang, so doch im Format, ein eher magerer Nachfolger des satirisch-zeitkritischen Erstlings. Er ist jetzt zum 80. Geburtstag des Dichters beim Düsseldorfer Claassen Verlag wiederaufgelegt worden, der bereits 1979 mit „Im Gläs der Worte" eine Gedicht-Anthologie des facettenreichen, sprachgewaltigen Schriftstellers herausbrachte und 1981 auch „Die Insel des zweiten Gesichts" neu druckte.

Es wäre zu wünschen, daß hier ein wichtiger Autor deutscher Sprache *nach Jahrzehnten auch selbstver*schuldeter Vergessenheit wieder die gebührende Aufmerksamkeit findet, daß ein neuer Leserkreis diesen gelehrten Dichter, diesen Schalksnarr der Sprache und großen Fabulierer, diesen humorvollen Menschenbeobachter entdeckt. Auch wenn er hohe Anforderungen stellt, wenn man sich oft genug wünscht, zu seinen Büchern ein Thelen-Wörterbuch mitgeliefert zu bekommen. So mag eines Tages aus dem „Rindvieh der Verleger" in Maßen ein Liebling der Leser werden.

PETER BÖBBIS

Film von Krasna und Marker: „Sans Soleil"

Zurück zu den Kindern

„Ich erinnere mich an den Januar in Tokio", schreibt Sandor Krasna. „*Oder vielmehr ich erinnere mich an* Bilder, die ich im Januar in Tokio gefilmt habe. Sie haben sich jetzt an die Stelle meines Gedächtnisses gesetzt, sie sind mein Gedächtnis. Ich frage mich, wie die Leute sich erinnern, die nicht fotografieren ..."

„Sans Soleil – Unsichtbare Sonne": Mitteilungen eines Kameramannes. Sandor Krasna, 1932 in Ungarn geboren, hat freiberuflich in den USA, in Island und Frankreich gefilmt; er hat Reiseberichte gedreht; er war Kameramann bei „Apocalypse Now". Seit 1976 wohnt er in Tokio. Er reist in die USA, häufig nach Afrika, und filmt und schreibt: „Mein unaufhörliches Hin- und Herreisen ist keine Suche der Gegensätze, es ist eine Reise zu den beiden äußersten Polen des Überlebens." Er zitiert eine japanische Hofdame des 11. Jahrhunderts, die lehrte, „aus der Betrachtung der geringsten Dinge eine Art melancholischen Trostes zu gewinnen ... Sie hatte eines Tages die Idee, die ‚Dinge, *die das Herz schneller schlagen las*sen', aufzustellen. Das ist kein schlechtes Kriterium; ich merke es, wenn ich filme."

Was dem Kameramann Krasna das Herz schneller schlagen ließ, was er gefilmt, was er beschrieben hat, ist unter der Regie des Franzosen Chris Marker (62) zum Kunstwerk geworden. *Marker arrangiert die Bilder und* die Texte des Kameramanns, rückt sie durch Kommentar und Vortragsart in Distanz, verfremdet sie durch elektronische Musik (die Krasnas jüngerer Bruder Michel komponiert hat), relativiert ihre Wirklichkeit durch elektronisch geschaffene Videobilder.

Geboten wird ein farbiges (die Aufnahmefähigkeit mit 100 Minuten freilich strapazierendes) Kaleidoskop faszinierender Impressionen. Weder Japan noch Afrika ist so bisher gezeigt worden. Eine ungewöhnliche Beobachtungsgabe und eine große Offenheit teilen sich mit. Der Animismus, der Krasna in beiden Kulturen anzieht und den er in pittoresken Zeremonien, Riten, Votivbildern entdeckt, wird zum Prinzip auch der dokumentarischen Kameraführung: „Die Fähigkeit, mit den Dingen zu kommunizieren, in sie einzudringen, vorübergehend sie zu sein."

Doch das Sammelwerk der Bilder und Sequenzen wird erst durch jene Art literarischen Kommentars erschlossen, für den Chris Marker eine *gewisse Berühmtheit erlangt hat.* Montaigne, Voltaire, Diderot sind hier die Ahnherren. Ein ethnographischer Essay entsteht, dessen Skepsis gegenüber dem eigenen kulturellen Hintergrund und der Geschichte doch nie einen Zweifel am Eurozentrismus läßt.

Angefangen bei seinem ersten (gemeinsam mit *Alain Resnais* gedrehten) Film über Afrika, „Les Statues meurent aussi" (1952), über seine China-, Sibirien-, Kuba- und Israel-Filme hat Marker diesen Kommentar von der parallelen Beschreibung zum Kontrapunkt seiner Bilder entwickelt. Hier läßt er eine Frau aus den Briefen Krasnas zitieren und über Krasna berichten.

So transportieren die Bilder eine intellektuelle Fracht aus Reflexionen über Zeit und Geschichte, über die Unmöglichkeit einer scharfen Trennung zwischen Wirklichkeit und Fiktion, über das Bewußtsein also, aus dem der Film entstand. Die beklagte „Eitelkeit der westlichen Welt, die nicht aufgehört hat, das Sein gegenüber dem Nichtsein und das Gesagte gegenüber dem Nichtgesagten zu privilegieren" – diese Vanitas-Eitelkeit kann auch hier nicht abgelegt werden. Und es ist Ruhepunkt und Ausdruck der Resignation zugleich, wenn gegen Ende des Bilderstroms wieder auftaucht, was am Anfang *stand: ein Bild von drei weißblonden* Kindern in Island im Wind, aufgenommen vor zwanzig Jahren in miserabler Qualität, aber für Sandor Krasna einmalig, von keinem anderen Erinnerung überstrahlt und in neuer Suche unerreichbar – sein „Bild des Glücks".

DIETMAR BITTRICH



Mit der dokumentarischen Kamera zwischen Japan und Afrika: „Sans Soleil", Ausschnitt aus dem Film von Chris Marker FOTO: DIE WELT

Frankfurt: Chr. Nel inszeniert den „Freischütz"

Nicht mal saurer Wald

Zum „Freischütz", dieser deutschesten aller deutschen Opern, *haben unsere jungen* Theatermacher gar kein Verhältnis. Kaum einer von ihnen nimmt sich das Stück vor. Es findet ja fast gar nicht mehr statt in deutschen Opernhäusern. Das ist doch blamabel.

Aber noch viel blamabler ist das, was nun in Frankfurt herauskam, wo Christof Nel das Werk in Bühnenbildern von Axel Manthey und mit Kostümen von Karin Seydtle inszenierte. Das hat mit Carl Maria von Weber mit seinem „Freischütz" doch gar nichts zu tun. Zu sehen ist hier nur die schwache Karikatur eines Werks. Es ist eine ganz trist-langweilige Aufführung überdies. Sie wird gelegent*lich komisch, aber stets da, wo* Anlaß zur Komik gar nicht gegeben ist. Sie ist ridikül. Sie ist dumm. Sie gibt das Stück, willentlich oder nicht, der Lächerlichkeit preis. Ärgeres hat man selbst in Frankfurt kaum gesehen.

Das Stück modern aufzuzäumen ist ja fast gar nicht möglich. Ein Wald ist ein Wald geblieben bis heute. Und ein Grünrock ein Grünrock. Daß der Wald die Hauptsache in diesem Stück ist, ist eine Binsenweisheit nicht erst seit Pfitzner. Ohne Wald kann es den „Freischütz" gar nicht geben. In Mantheys Bildern gibt es Wald nicht einmal in der Wolfsschlucht. Da kommen ein paar zweidimensionale Comic-Monster auf die Szene und beäugen das Freikugel-Gießen aus zahllosen Menschenaugen. Furcht oder doch wenigstens Unheimlichkeit verbreiten sie mitnichten.

Nun liegt es ja auch gar nicht mehr im Zug der Zeit, im Wald etwas Unheimliches, für den Menschen Be*drohliches zu sehen. Er soll doch nur* mehr ein moribundes Opfer menschlicher Hybris sein. Aber nicht einmal dieser kranke Wald kommt hier vor.

Nun kann man, kühn genug, auch sagen, Webers „Freischütz"-Wald sei nichts als ein Symbol deutschen romantischen Geistes, Geborgenheit und Unbehaustheit, Idylle und Abgrund zugleich. Im „Freischütz"-Wald wohnen eben Eremit und Samiel. Webers Musik malt Inniges und Gefährliches mit gleicher Genauigkeit aus. Die Herzenswärme der Guten aber ist in Nels Regie abgekühlt zu fortdauernder Depression. Agathe ist völlig gebrochen. Gottvertrauen hat sie längst verloren. Max windet sich in hysterischen Krämpfen ohne Unterlaß. Er ist zurechnungsfähig kaum noch. Nel übertreibt noch die kleinste Nebenfigur, den harmlosesten Dialogfetzen ins Groteske.

Der beständige Widerspurch zu Webers Musik ist enervierend. Schlimmmer noch: Vor dieser abgeschmackten Grafik-Moderne auf der Bühne vermag sie ihre Stimmung gar nicht zu entfalten. Das ist zum wenigsten dem Dirigenten Michael Luig und seinem Orchester anzulasten, auch wenn da einiges präziser und tonschöner klingen sollte, die Hörner zumal. Es ist wohl so: Wenn die Bühne so vollständig von allen guten musikalischen Geistern verlassen ist, kann eine Oper gar nicht mehr herausgerissen werden.

Das betrifft auch die Sänger, die dann ständig anzuspielen haben gegen das, was sie singend ausdrücken sollen und wollen. Sie treffen vielleicht noch die Noten, aber nicht mehr den Sinngehalt ihrer Arien. Sie können nur noch ihre Stimmen präsentieren.

Da ist Beatrice Niehoff mit betont lyrischem, im dramatischen Schluß ihrer Kavatine leicht überfordertem Sopran die Agathe. Barbara Bonney gibt das Ännchen ernster, aber doch auch stimmlich unscheinbarer, als es sich gehört. Walter Raffeiner protzt als Max mit kraftvollen Tönen, als wolle er die Bayreuther Klagen über das Aussterben der Heldentenöre Lügen strafen. Aber pfleglicher singen sollte er doch. Gerolf Scheder ist der Kaspar: Trotz allen Schamanentums, das die Regie ihn treiben läßt, die *einzige Figur, die singend und spie*lend noch etwas darstellt auf der Bühne. Er, immerhin, ist ausgezeichnet. Wie auch Manfred Schenk, der mit profundem Baß seine Eremiten-Psalter tönt.

Zu verstehen aber ist der „Freischütz", so gespielt, überhaupt nicht mehr. Wehe den Kindern, die damit hier in die Kunstwelt der Oper eingeführt werden sollen. Sie nehmen Schaden für lange. Die massiven Buh-Rufe gegen das Regie-Team sind dafür eine viel zu geringe Strafe.

REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

Das 1. Internationale Filmfestival in Israel findet gegenwärtig in Haifa statt. Unter den elf teilnehmenden Staaten ist die Bundesrepublik mit vier Beiträgen vertreten.

Einen neuen „Duden" mit 1500 Seiten hat das Bibliographische Institut in Mannheim unter dem Titel „Deutsches Universalwörterbuch" jetzt vorgestellt.

Die Pariser Orchester eröffnen die neue Saison mit einem überwiegend „deutschen Programm". Das Orchestre de Paris spielt Wagner, Liszt und Beethoven, die Neuen Philharmoniker von Radio France geben Brahms und Schumann, das Ensemble Orchestral de Paris Haydn und Mozart.

„Meisterwerke des Impressionismus und Postimpressionismus aus *sowjetischen Museen*", eine Ausstellung in Lugano (siehe WELT v. 23. 7.) wird bis zum 15. November verlängert.

Der „Papst der naiven Malerei", der französische Kunstkritiker Anatole Jacovsky, ist im Alter von 74 Jahren in Paris gestorben.

JOURNAL

Generalversammlung der Görres-Gesellschaft

DW. Freiburg i. Ü.

Die Generalversammlung der Görres-Gesellschaft wird in diesem Jahr vom 1. bis 5. Oktober in Freiburg in der Schweiz abgehalten. Kolloquiums-Thema der Sektion für Philosophie wird sein „Erkenntnisproblematik und Sprachzweifel in Philosophie und Literatur". „Die Ethik pädagogischen Handelns" wird die Pädagogen beschäftigen, die „Ethik der Kommunikation" die politische und Kommunikationswissenschaft. Rahmenthema der Sektion für Soziologie ist die „Soziologie der Ethik". Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler werden sich mit der „Verkürzung der Arbeitszeit" beschäftigen, die Sektion für Geschichte mit „Kirche und soziale Frage im Mittelalter". Die Präsidentschaft übernimmt Professor Paul Mikat.

Experten-Tagung über alte Instrumente

dpa, München

Das Sammeln und Bewahren wissenschaftlicher Instrumente steht im Mittelpunkt einer Tagung im Deutschen Museum in München. 85 Experten aus den großen naturwis*senschaftlich-technischen Museen* oder Instrumentensammlungen der Welt tauschen bis zum Freitag auf dem 3. Internationalen Wissenschaftlichen Instrumenten-Symposium ihre Erfahrungen aus. Den Experten geht es um eine verstärkte zentrale Erfassung und Katalogisierung bekannter oder in Vergessenheit geratener Instrumentensammlungen im deutschsprachigen Raum.

Katalog über Randgebiete der darstellenden Kunst

DW. Frankfurt

„Schauplatz der Spielkünste" *nennt die Internationale Theater*-Buchhandlung in Frankfurt (Kronberger Str. 19) einen Katalog, mit dem sie rund 1600 Bücher anbietet. Es handelt sich dabei um Werke über die Randgebiete der dramatischen Kunst, um Pantomime und Artistik, Puppentheater und Schattenspiel, Zauberkunst und Zirkus. Berücksichtigt sind nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Werke. Der Katalog kostet 5 Mark.

Max-Ernst-Retrospektive wird verlängert

AFP, Saint-Paul-de-Vence

Die Max-Ernst-Retrospektive in der Fondation Maeght im südfranzösi[illegible] Saint-Paul-de-Vence ist we[illegible]es unerwartet großen Andrangs bis zum 15. Oktober verlängert worden. Insgesamt 73 000 Besucher haben die seit 5. Juli geöffnete Ausstellung mit 160 Werken des Künstlers bislang gesehen.

Goethe, Marx und Ho Tschi Minh

AFP, Hanoi

Auf dem ersten vietnamesischen Schriftstellerkongreß seit zwanzig Jahren hat der Hanoier Regierungschef Pham Van Dong dazu aufgerufen, „die *Gesellschaft zu beschrei*ben". Er rief seine Zuhörer auf, sie müßten „die Realität und den Menschen in all ihren Aspekten, rosigen oder schwarzen, widerspiegeln". Aber die Autoren sollten „nicht vergessen, daß wir ein intelligentes, schöpferisches und kampferfahrenes Volk sind". Auch mahnte der Ministerpräsident zur Lektüre von Marx, Lenin und Engels, deren Werke „neue Kraft und neue Kenntnis verleihen". Aber auch auf das „universale Literaturerbe" legte Dong nachdrücklich Gewicht, nach dessen klassischer Konzeption „die großen Werke diejenigen sind, die die ewigen Gedanken und Gefühle beschreiben". Dong, der wahlweise Goethe, Napoleon und seinen Kampfgefährten Ho Tschi Minh zitierte, trat dabei für eine geschliffene vietnamesische Literatur in einer „klaren" Sprache ein. „Das letzte Wort hat der Leser", schärfte er seinem Publikum ein.

Sergej Levitzky †

Sergej Levitzky, einer der bedeutendsten Philosophen des russischen Exils, ist im Alter von 75 Jahren in Washington gestorben. Levitzky, der in der großen Öffentlichkeit des Westens viel zuwenig bekannt wurde, galt in der russischen Emigration als geistiger Wegbereiter der Philosophie des Solidarismus. In ihr sah er den Weg, das Dilemma von Kommunismus und Kapitalismus zu überwinden. Wie sehr er mit seinen „solidaristischen" Ideen intuitiv die Entwicklungen und Bewegungen im Osten erfaßte, erweist sich bereits an der Tatsache, daß die bedeutsamste politische und geistige Kraft, die während der letzten Jahrzehnte in der kommunistischen Welt ans Tageslicht trat, den Namen „Solidarität" trägt. In Washington, wo er bis zu seiner Emeritierung als Professor an der Georgetown University lehrte, schrieb er sein bedeutsamstes Buch: „Die Tragödie der Freiheit", in der er Freiheit als ein großes schicksalsbedingtes Geschenk bezeichnete, das dem unvollkommenen Menschen gegeben werde. Eine deutsche Übersetzung wird vorbereitet. cgs.

Der Teide stoppte die Feuerwalze auf Teneriffa

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Wir schlugen mit Zweigen auf das rasend schnell vorpreschende Feuer. So lange, bis der Husten stärker wurde. Immer abwechselnd. Aber plötzlich waren wir von den Flammen umzingelt. Schrecklich lange Minuten. Zwei Mädchen klammerten sich aneinander fest, ein junger Mann schlug wie irrsinnig immer auf dieselbe Stelle, bis er halb ohnmächtig zusammensackte." So schilderten freiwillige Helfer ihre grauenhafte Angst vor dem Verbrennen. Im letzten Moment konnten sie sich durch eine Lücke in der Feuerwand retten. Seit Sonntag rückt ein riesiges Feuer auf der Kanareninsel Teneriffa nach Süden vor. 2500 Hektar Wald wurden bereits vernichtet.

3000 Menschen – Soldaten, Anwohner, Polizisten und Touristen – helfen den Feuerwehren, die verzweifelt gegen den Brand kämpfen. Weiten Teilen der „glücklichen Insel" drohen unabsehbare ökologische Schäden. Von der Nordküste dringt die brennende Wand auf einer 20 Kilometer breiten Front nach Süden vor. Die kleine Stadt Icod und eine Reihe von Dörfern zwischen Los Realejos und Garachico, vor allem einsame Höfe, waren von Flammen umzingelt und von der Umwelt abgeschnitten. So lange, bis der Rauch qualmender Baumstümpfe und schwarzer nadelloser Pinien sie wieder freigab. Über Stunden, bis zum Morgengrauen am Dienstag, mußte man um den Bestand des Orotavatals mit seinen Dörfern und Bananenplantagen fürchten. Umsichtige und rechtzeitige Räumungsbefehle über Radio und Telefon retteten wahrscheinlich Hunderte von Menschenleben.

Wenn die Feuerwalze gestern vorerst gestoppt wurde, dann nicht, weil Truppen, Feuerwehren und freiwillige Helfer sie unter Kontrolle bekommen konnten, sondern weil das nackte Vulkangestein des Teide den vom Wind gepeitschten Flammen keine Nahrung mehr gab. 3700 Meter hoch, gibt der vor Urzeiten verloschene Krater, der höchste Berg Spaniens, den Blick frei auf eine trostlos graue Fläche im Norden bis hin zur Küste.

Von den 12 Löschflugzeugen, die Spanien besitzt, fliegen acht über brennenden Wäldern bei Gerona und Alicante, bei Malaga und in Galicia. Doch zur Zeit sind diese eher „üblichen" Brände aus dem Bewußtsein verdrängt. Eine Maschine fiel aus und drei wurden auf den langen Weg nach Teneriffa beordert. 5500 Liter Wasser saugt jede von ihnen beim Wassern aus Stauseen oder aus dem Meer. Mit Tonnenwucht prallen die Wassermassen dann in die Brandherde, während die Propellermaschinen schon wieder zum Wassern ansetzen. Doch auch dieser massive Einsatz kam für viele Bewohner der Insel zu spät. Sie mußten Haus und Hof verlassen und haben kaum noch Hoffnung, daß die Flammen ihr Hab und Gut verschonen. (SAD)

Mühsam der Wildnis abgerungen sind die Camps der Garimpeiros. Viele von ihnen tauschen das Elend im Slum einer Großstadt nur mit dem Elend im Dschungel. FOTO: DPA

Das Ende eines glänzenden Traums

DW. Brasilia

In dem sonst undurchdringlichen Dschungel am Amazonas verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer, denn die Meldung war aus einem Stoff, aus dem dort die Träume sind: In der Serra Pelada, einem riesigen Becken mitten im Regenwald hatte Julio de Deus Filho einen 62,3 Kilo schweren Goldklumpen gefunden. Für den zweitschwersten Goldklumpen, den die Erde je freigab (der schwerste mit 68,8 Kilo wurde in Australien gefunden), zahlte eine brasilianische Bank dem halbverhungerten Goldsucher 3,3 Millionen Mark.

Und auch dieser Fund wird, wie schon viele kleinere vor ihm, wieder neue Massen von Abenteurern und armen Schluckern in jene unwirtliche Gegend rings um den Amazonas und den Rio Madeira im Nordwesten Brasiliens locken, in ein riesiges Gebiet, das sich bis nach Peru ausdehnt und in den das vielleicht größte Goldvorkommen der Erde vermutet wird.

Anfang der 70er Jahre kamen von dort die ersten Erfolgsmeldungen, nachdem in Jahrhunderten Regen und Flüsse das teure Metall aus den Anden herausgewaschen hatten. Schnell entwickelte sich das Gebiet zum „Klondike" Südamerikas. Mehr als 300 000 der hier Garimpeiros genannten Goldsucher kamen seitdem, um ihr Glück zu machen. Doch die Wirklichkeit am Ufer des Amazonas hat wenig zu tun mit den romantisierenden Geschichten vom Goldrausch in Alaska oder Kalifornien. Straßen gibt es so gut wie keine, Ausrüstung und Nahrung müssen eingeflogen werden. Die Gewässer, in denen die Männer suchen oder ihre Berge von Dreck auswaschen sind verseucht von Piranhas und elektrischen Welsen, *die mit ihren Stromschlägen sogar* erwachsene Männer bewußtlos machen können. Schwärme von Mosquitos hinterlassen große eiternde Wunden bei den Glücksrittern, mörderische Temperaturen von 40 Grad und kriegerische Indianer-Stämme machen das Leben zur Hölle.

Da ist auch kein Platz für den einsamen Goldsucher, der seine Nuggets im Gürtel versteckt und einmal im Jahr die Zivilisation sucht. In der Serra Pelada sind es kleine Gruppen von Garimpeiros, die oft 14 Stunden am Tag die Erde oder das Wasser durchwühlen und wochenlang nicht mehr Gold finden, als unter einem Fingernagel Platz hätte. Was sie der Wildnis abringen, verkaufen sie für einen armseligen Kurs Unternehmern, meist früheren Kumpanen, die einmal den großen Fund gemacht haben. Diese halten sich die weniger glücklichen Leidensgenossen von einst gefügig, indem sie ihnen Geld zu Wucherzinsen leihen und so auch die Preise fürs Gold bestimmen.

Doch trotz allem verliert der Traum vom großen Geld nichts von seiner Anziehungskraft – vorwiegend allerdings deshalb, weil nur Hunger und Elend in irgendeinem Großstadt-Slum die Alternative sind. So zog erst vor wenigen Wochen ein dürftiges neuentdecktes Vorkommen nahe Jarú, rund 1000 Kilometer westlich von Brasilia, innerhalb kürzester Zeit 4000 Newcomer an.

Aber es sind nicht nur die Ärmsten der Armen, die sich in das Abenteuer der Goldsuche stürzten, erzählte jüngst Fernando Lopez Burgos, ein Geologe der brasilianischen Regierung, dem US-Magazin „Newsweek": „Wir haben hier auch Doktoren, Rechtsanwälte und Ingenieure, die alle Ausschau nach einem Extra halten ..."

Das haben eine Menge Geschäftsleute längst gefunden, ohne daß sie auch nur einen einzigen Haufen Dreck hätten sieben und waschen müssen. So wurden die schwimmenden Supermärkte auf den Flüssen, die all das bieten, was die Garimpeiros zum Leben und Arbeiten brauchen, zu wahren Goldgruben. Doch hier in der Abgeschiedenheit der unbarmherzigen Wildnis braucht es oft nicht einmal Wucherpreise, um die nackte Gewalt zu entfesseln. *Obwohl* die meisten Camps auch einen Polizeiposten haben, gelten im Dschungel andere Gesetze – vor allem, wenn es um Diebstahl von *Gold geht*. Aber der Tod ist den Männern hier eher vertraut.

Ob all dies am 15. November dieses Jahres endet, bleibt zweifelhaft. An diesem Tage nämlich soll die Serra Pelada für private Goldsucher keinen Platz mehr bieten. Schaufeln und Hacken sollen den riesigen Schaufelbaggern der „Companhia Vale do Rio Doce" weichen, die das Gebiet nach allen Regeln industrieller Kunst ausbeuten soll.

Für viele der Goldsucher bedeutet das einen guten Job, bei schmalem aber sicherem Einkommen. Der Traum vom Glück eines Julio de Deus Filho und seinem beziehungsreich „Kanaan" genannten Goldklumpen, *dürfte damit allerdings ein* für allemal ausgeträumt sein.

Rheuma – die teuerste Krankheit der Welt

dpa, Bonn

Zehn Millionen Menschen in der Bundesrepublik leiden nach eigener Aussage an rheumatischen Erkrankungen. Drei Millionen von ihnen müssen ständig ärztlich behandelt werden. „Damit ist Rheuma zur teuersten Volkskrankheit der Welt geworden", sagte gestern Wolfgang Lange, Pressesprecher der „Deutschen Rheuma-Liga" in Bonn. Rheuma steht an erster *Stelle der Kosten bei den* Krankenversicherungsträgern und nach den Herz- und Kreislaufpatienten an zweiter Stelle der Erkrankungen.

Nach Angaben der Rheuma-Liga entfallen 13 Prozent der Arbeitsunfähigkeitsfälle auf Rheumaerkrankungen. Allein 17 Prozent der Frührentner seien Rheumakranke. Alle Kosten wie ärztliche Behandlungen, Krankenhausaufenthalt, Produktionsausfall und verminderte Einnahmen der Versicherungsträger zusammengerechnet machten jährlich 35 bis 45 Milliarden Mark aus. Ein von der Rheuma-Liga ausgerufener „Tag des Rheuma-Kranken" am 1. Oktober sei als Appell an die Bundesbürger gedacht, sich vermehrt um die Probleme der Rheumakranken zu kümmern.

Hubschrauber abgestürzt

dpa, Straubing

Ein Hubschrauber der Bundeswehr ist aus ungeklärter Ursache auf einen Acker bei Metting (Landkreis Straubing-Bogen) gestürzt. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt.

Konzert verboten

dpa, München

Das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München hat einen geplanten Auftritt des Reggae-Musikers Peter Tosh im Circus-Krone-Bau verboten. Die Behörde befürchtet, daß es bei dem Konzert wie schon 1981 zu Rauschgiftdelikten kommen könnte.

Teletex in die USA

dpa, Bonn

Amerikaner und Deutsche können seit gestern zwei DIN-A4-Seiten umfassende Briefe innerhalb von 15 Sekunden austauschen, sofern sie über Speicherschreibmaschinen, sogenannte Teletex-Maschinen, verfügen. Nach Österreich und Kanada sind die USA das dritte Land, mit dem die Bundespost den Teletex-Verkehr aufnimmt.

Beisetzung erzwungen

AP, Woodbury

Ein Richter in Woodbury im US-Bundesstaat New Jersey hat gestern die Beisetzung eines zehnjährigen Mädchens angeordnet, das schon vor zweieinhalb Monaten gestorben ist. Die Eltern hatten seit dem Tod des Kindes, das an Zuckerkrankheit starb, für die Wiedererweckung ihrer Tochter *vom Tod gebetet und sich* geweigert, die kleine Faith Anne beerdigen zu lassen.

Überschwemmung: 1500 Tote

AFP, Neu-Delhi

Die Überschwemmungskatastrophe, *die weite Gebiete* der indischen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar, Assam, Sikkim und Maharashtra heimsucht, hat seit Monaten laut offiziellen Zahlen über 1500 Menschenleben gekostet. Nach einheimischen Zeitungsberichten wurden mehr als eine halbe Million Menschen evakuiert.

Die Gewalt soll neuen Richtlinien weichen

BBC erlegt Redakteuren, Regisseuren und Schriftstellern Beschränkungen auf / Reaktion auf zehnjährige Untersuchungen

FRITZ WIRTH, London

Die Sendung war „live", lief am *Samstagabend um sechs* Uhr und nannte sich mit etwas aufdringlich-plumper Ironie, derer die BBC zuweilen fähig ist, die „späte Frühstücks-Schau". Zu sehen waren etwa 30 aneinandergereihte Autos, eine hohe Holzrampe und ein junger Mann, der sich anschickte, mit seinem Auto über diese Rampe zu jagen und über die 30 Autos zu springen, was neuer Weltrekord gewesen wäre. Der junge Mann hatte irgend etwas falsch berechnet, überschlug sich mit seinem Auto in der Luft, landete rücklings auf dem 27. Wagen und im Krankenhaus. Seine Verletzungen waren lebensgefährlich. Die BBC schaltete eilig ab und versprach Krankenhaus-Bulletins vom fliegenden Stuntman. Die Telefonapparate der Anstalt waren für die nächsten Stunden blockiert. Tausende empörter Zuschauer verbaten sich diese selbstmörderische „live"-Schau eines Kamikaze-Autofahrers.

Es wird sie nicht mehr geben. Denn eine Woche nach dieser Sensationsschau gab die BBC neue Richtlinien für die Darstellung von Gewalt und Sensationalismus im Fernsehen heraus. Sie erlegt Nachrichtenredakteuren, Dramaturgen, Regisseuren und Schriftstellern erhebliche Beschränkungen bei der Darstellung von Gewalt oder peinlichen Emotionen auf. Diese Richtlinien sind nicht so sehr die Reaktion der BBC auf die mißglückte Sensationsschau vor 14 Tagen, sondern auf zehnjährige Untersuchungen über die Wirkung von Gewaltszenen *auf die Zuschauer*.

BBC-Mann Will Wyatt, der die Studie verfaßte, sieht einen Zusammenhang zwischen Gewalt auf dem Bildschirm und wachsender Jugendkriminalität. „Einige Leute, besonders unreife und geistig instabile, könnten nachahmen, was sie sehen, oder zu gewaltsamen Taten veranlaßt werden, nachdem sie derartige Aktionen auf dem Bildschirm gesehen haben."

Wörtlich heißt es in den BBC-Richtlinien: „Fernsehen mag ein Fenster zur Welt sein, doch es gibt wenige wirkliche Fenster, aus denen ein normaler Mensch eine Hinrichtung erlebt oder sieht, wie eine Frau zusammengeschlagen wird."

An die Adresse der Schriftsteller und Regisseure von Fernsehdramen gerichtet, heißt es in diesen Anweisungen: „Kein Schriftsteller, so berühmt er auch sein mag, besitzt das gottgegebene Recht, seine Zuschauer *mit einem Drama zu konfrontieren*, das die Mehrheit der Bürger als ungeeignet für eine öffentliche Ausstrahlung betrachtet."

In den Richtlinien werden die Fernseh-Redakteure darüber hinaus angewiesen, in ihren Nachrichtensendungen künftig keine Leichen mehr zu zeigen, eine Anweisung, an die sich die BBC während des Falkland-Krieges strikt gehalten hatte.

Diese Säuberung britischer Bildschirme von Gewalt, Brutalität und Sensationalismus ist ohne Zweifel ein Erfolg der selbsternannten „Fernsehwächterin der Nation" Mary Whitehouse, die seit zwei Jahrzehnten einen Feldzug gegen „crime and sex" auf den Bildschirmen führt. Die BBC mag nicht garantieren, daß sie *dieses Phänomen mit ihren Richtlinien* endgültig und radikal von den Bildschirmen verbannt hat. Sie hat jedoch versprochen, daß ihre Bildschirme zumindest bis um 21 Uhr am Abend sauber und jugendfrei bleiben sollen. BBC-Programmdirektor Audrey Singer: „Gewalt ist leider immer noch Teil unseres Alltags. Wir können diesen Teil nicht völlig ignorieren."

Moskaus Dank an die „Käfer" von Kansas

rtr, Kansas City

Seit *dem Abschuß der südkoreanischen* Verkehrsmaschine über der Sowjetunion sind die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen kühl – in Kansas City sind sie auf dem Nullpunkt. Letztes Jahr hatte die Stadtverwaltung mit Freuden sowjetischen Dokumentarfilmern geholfen, das Leben im mittleren Westen der USA einzufangen. Jetzt stellte sie fest, daß daraus ein Propaganda-Streifen geworden ist, mit dem sie sich ganz und gar nicht identifizieren wollen.

So fälschte ein Film ...

Oberbürgermeister Richard Berkley hält das Ganze für „unglücklich. Ich bin traurig und enttäuscht. Der Film ist irreführend. Da werden Leute gezeigt, die auf den Straßen umherirren und im Park schlafen. Da gibt es Szenen mit der Unterstellung, es handele sich um Fälle von Polizei-Brutalität." Berkley weiter: „Der Film vermittelt nicht den Eindruck, als könne man in Kansas City angenehm leben. Er zeigt weder die kulturellen noch die sportlichen Veranstaltungen, die wir anzubieten haben."

Der einstündige Film mit dem Titel „Im Herzen Amerikas" *wurde im November* aufgenommen und dieses Frühjahr in der Sowjetunion als Teil einer Serie über das Leben in den Vereinigten Staaten gezeigt. Der sowjetische Fernsehstar Valentin Sorin hatte das Aufnahmeteam begleitet und führt durch den Streifen.

... voll von Propaganda

Anne Canfield, die für das Aufnahmeteam aus der Sowjetunion die Termine arrangiert hatte, hält den Streifen für „absurd, voll von Schwulst und Propaganda". So habe das Team Aufnahmen in der Warentermin-Börse der Stadt gemacht und die Händler dort als „geldgierige kapitalistische Käfer" beschrieben. Dann seien arbeitslose Stahlarbeiter interviewt, die Aufnahmen vom Werk aber am Sonntag gemacht worden, als man dort nicht gearbeitet habe.

WETTER: Warm

Wetterlage: Das umfangreiche Hoch über Mitteleuropa verlagert seinen Schwerpunkt zum Balkan, bleibt aber für NRW noch wetterbestimmend.

Deutscher Wetterdienst 27. September 1983, mittags

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16 °C. ● bedeckt. ≡ Nebel. • Sprühregen. ● Regen. * Schneefall. ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Nach Auflösung von Dunst und Frühnebel wieder sonnig und trocken. Von Frühtemperaturen um 10 Grad C am Nachmittag Erwarmung auf Werte um 24 Grad C. Tiefsttemperaturen in der kommenden Nacht erneut um 10 Grad C. Schwacher Wind aus wechselnden Richtungen.

Weitere Aussichten:

Am Donnerstag heiter bis wolkig und noch warm am Freitag leicht unbeständig und kühler.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	20°	Kairo	29°
Bonn	22°	Kopenh.	18°
Dresden	21°	Las Palmas	32°
Essen	20°	London	17°
Frankfurt	19°	Madrid	24°
Hamburg	17°	Mailand	22°
List/Sylt	17°	Mallorca	26°
München	17°	Moskau	10°
Stuttgart	18°	Nizza	24°
Algier	15°	Oslo	17°
Amsterdam	18°	Paris	21°
Athen	26°	Prag	20°
Barcelona	25°	Rom	23°
Brüssel	21°	Stockholm	16°
Budapest	20°	Tel Aviv	30°
Bukarest	20°	Tunis	17°
Helsinki	12°	Wien	19°
Istanbul	22°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.18 Uhr, Untergang: 18.06 Uhr, **Mondaufgang:** 21.59 Uhr, Untergang: 14.19 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der zweitgrößte Korse starb in Neuilly

A. GRAF KAGENECK, Paris

Tino Rossi, einer der populärsten Schlagersänger Frankreichs in diesem Jahrhundert, ist am Montagabend in seiner Wohnung im Pariser Prominentenvorort Neuilly im Alter von 76 Jahren gestorben. Man nannte ihn „den größten Korsen seit Napoleon". Der in Ajaccio geborene Sohn einfacher Fischer hatte nie Gesang *oder Musik studiert, weil den Eltern* das Geld dafür fehlte. Aber Tino war von der Natur mit einer vollen, weichen, etwas schmelzigen Tenorstimme ausgestattet.

Für zwei Generationen von Franzosen verkörperte der Sänger zwischen 1920 und 1960 den Inbegriff des französischen Chansons. Sein Repertoire war eine Mischung aus volkstümlichem Singsang, religiösem Inbrunstlied (Ave Maria) und südländischer Serenade. Insgesamt hat Tino Rossi 2000 Schlagertitel kreiert. Er verkaufte mehr als 200 Millionen Schallplatten. Allein mit 30 Millionen Exemplaren wurde sein wohl beliebtestes Lied, „Petit Papa Noël" (Kleiner Weihnachtsmann), verkauft.

In den beiden letzten Jahrzehnten sank der Stern Rossis rasch. Fernsehen, amerikanischer Rock und die Elektronik ließen ihn bei der jungen Generation in Vergessenheit geraten. Hin und wieder stellte ihn ein nostalgischer TV-Programmdirektor noch einmal als Vertreter einer verflossenen Kunstrichtung vor die Kamera. Nach dem Kriege hatte der Korse vorübergehend politische Schwierigkeiten, da er während der deutschen Besatzungszeit weitgehend von der Gunst der Besatzer gelebt und häufig vor deutschen Soldaten gesungen hatte. Aber hier war er nicht allein unter seinen Kollegen von Film, Theater und Kabarett. Seine vielen Freunde in aller Welt sorgten rasch dafür, daß der kleine Ausflug des Vielgeliebten in die Kollaboration der Vergessenheit anheimfiel.



Für die Nachricht von seinem Tod unterbrach der französische Rundfunk sein Programm: Tino Rossi

Tino, der seine korsische Herkunft stets betonte, wurde zur Verkörperung des „Latin Lover", und der Start einer Filmkarriere war unausweichlich. Er spielte in fast 30 Spielfilmen, darunter „Marinella", der 1936 alle Besucherrekorde brach. Tino Rossi erhielt bis zu 10 000 Liebesbriefe am Tag. Frauen warfen sich unter sein Auto und rissen ihm bei den Konzerten die Kleider vom Leibe.

Als die französischen Rundfunksender in der Nacht zum Dienstag ihre Sendungen unterbrachen, um den Tod von Tino Rossi bekannt zu geben, riegelte die Polizei sofort seine Villa ab. Mireille Mathieu war eine der ersten, die sich gestern vor dem Sarg verneigten. Auch der Staatssekretär für Sicherheitsfragen, Joseph Franceschi, sein Freund und auch ein Korse, gehörte zu den ersten Besuchern.

ZU GUTER LETZT

„Schwere Gefechte in El Salvador am Wochenende getötet" Überschrift einer Reuter-Meldung!

